

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



„Service“ vor dem Amt: Auf einer Schreibmaschine werden Formulare, Eingaben u.ä. gegen Entgelt eingetippt.

Alte Leute stehen Schlange vor einer Ausgabe-stelle für billige Grundnahrungsmittel.

Der Advokat (Rechtsanwalt) wartet auf deutsche Kundschaft.

Eine ganz normale Erscheinung in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Ein Luxuswagen und ein Bettler, der Abfälle nach Eßbarem durchsucht.



Folgen des deutschen Drangs nach
Osten: Bulgarien steht am Rande
des Abgrunds

Seite 8



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Rot-grüne Koalitionsvereinbarung	3
Migrationspolitisches Reförmchen	3
Kaum Neues in der Innen- und Rechtspolitik	4

Auslandsberichterstattung

Kurdistan: Der Krieg der türkischen Armee geht weiter	5
Baskenland: Wahlen polarisieren ..	6
Italien: Regierung D'Alema	8
Chile: Pinochet verhaftet	7
Bulgarien am Rande des Abgrunds	8
Nigeria: Proteste gegen Ausbeutung der Ölfördergebiete	9
Palästina: „Friedensabkommen“?	
Ein Kommentar	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Hamburg: Skandalöse Geld- beschaffung bei Gefangenen	13
Schleswig-Holstein jetzt mit zweierlei Rechtschreibung	13
Stuttgart: Proteste verschieben Klinikfusion	14
Niedersachsen: Abschiebung nigerianischer Flüchtlinge	15
Leipzig: Wirtschaftsförderung aus Gewerkschaftssicht	16
Erfurt: Verstoß gegen neues Flüchtlingsgesetz	17
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
IG Metall: Diskussion um Entgeltrahmentarif	19
ÖTV: Erster Internet-Streik	19
Streik der Tischler in Hamburg ..	20
Widia: Auseinandersetzung um Sechs-Tage-Woche	21

Diskussion und Dokumentation

PDS-Fraktion zum Koalitions- vertrag	22
Stellungnahmen gegen Kriegs- einsatz im Kosovo	23

Letzte Seiten

Sechs Belgrader porträtierten ihre Stadt	26
Rundreise von Gewerkschaftern aus Diyarbakir	26
Ludwig Feuerbach: Anthropologie und Kritik der Religion	27

Termine	28
---------------	----

**IN BONN EHEGATTENSPLIT-
TING:** Zur rot-grünen Ankündigung,
das Ehegattensplitting in vier Jahren
bei 8.000 DM Monatseinkommen zu
kappen, gab es konträre Reaktionen.
Die frauenpolitische Sprecherin der
PDS, Petra Bläss, und die finanzpo-

litische PDS-Sprecherin Barbara Höll
kritisierten die Koalitionsvereinbarun-
gen als „nicht mal halbherzigen Einstieg
in den Ausstieg“. Damit verabschiedeten
sich SPD und Grüne von ihren eigenen
frauenpolitischen Forderungen, kriti-
sierten sie. „Eine Begründung für die
Kappung des Splittingsvorteils bei Ein-
kommen von 160.000 DM auf 8.000 DM
bleiben die InitiatorInnen schuldig. Noch
immer soll damit gutverdienenden Ehe-
leuten (wie z.B. Bundestagsabgeordneten
mit einem Jahreseinkommen ab 1999 in
Höhe von 155.000 DM) für ihren Ehe-
partnerInnen ohne eigenes Einkommen
ein Steuergeschenk oberhalb des Sozial-
hilfeniveaus (nämlich 667 DM monatlich)
gewährt werden. Kennen die Koalitionä-
rInnen eigentlich das Sozialhilferecht
und die dort festgeschriebenen Bedürf-
tigkeitsgrenzen?“ Die rotgrüne Koalition
zementiere so „die patriarchale Sonder-
rolle Deutschlands.“ Der CSU dagegen
gehen die Koalitionsvereinbarungen viel
zu weit. Sie verstießen gegen den „Schutz
der Familie“ und seien verfassungswid-
rig, tobten Waigel und Stoiber. Sowohl
Waigel wie die bayerische Landesregie-
rung wollen deshalb gegen die geplante
Kappung vors Verfassungsgericht ziehen.

RU 486 / § 218: Als einen „überfälligen
Schritt in die richtige Richtung“ hat die
frauenpolitische Sprecherin der PDS Pe-
tra Bläss die Ankündigung der desi-
gnierten Bundesfrauenministerin Chri-
stine Bergmann, die Abtreibungsspielle RU
486 zuzulassen, begrüßt. „Dabei geht es
um nicht mehr – aber auch nicht weniger
– als darum, daß die Politik nicht länger
die Wahl zwischen verschiedenen Ab-
bruchmethoden einschränkt.“ Gleich-
zeitig forderte Petra Bläss erneut die Ab-
schaffung des § 218. Die Debatte um die
Zulassung der RU 486 gehe am eigentli-
chen Problem vorbei. „Und das heißt:
Noch immer stehen Frauen unter der Ku-
ratel des § 218, das heißt ihnen wird auch
unter einer rot-grünen Regierung das
Recht auf Selbstbestimmung über ihren
eigenen Körper abgesprochen. Hier liegt
der eigentliche politische Handlungsbe-
darf, aber auch die Chance, mit neuen
Mehrheiten einen Strafrechtsparagrafen
dorthin zu befördern, wo er hingehört –
auf den Müllhaufen der Geschichte.“

KRISENREAKTIONSKRÄFTE: Die vertei-
digungspolitische Sprecherin der Grü-
nen, Angelika Beer, hat den Salto Mortale
ihrer Fraktion in der Verteidigungspo-
litik bei den Koalitionsverhandlungen
mit einer eher beiläufigen Äußerung
noch bekräftigt. In Zeitungsinterviews
(*Kieler Nachrichten*, *Lüneburger Zei-
tung*) forderte sie eine Verkleinerung der

Bundeswehr auf 200.000 Mann – von bis-
her 340.000 Mann – die von SPD-Spre-
chern sofort zurückgewiesen wurde.
Gleichzeitig aber kündigte sie an, dass
die „Krisenreaktionskräfte“ der Bundes-
wehr, die zur Verbesserung der weltwei-
ten Interventionsfähigkeit der Bundes-
wehr von Ruhe aufgebaut worden waren
und die pazifistische Teile auch der Grü-
nen bisher immer hatten auflösen wollen,
nunmehr „modern ausgerüstet“ würden.
Also nicht Auflösung, sondern Ausbau
und noch mehr Waffen für weltweite In-
terventionen – mit grüner Zustimmung.

CSU-VOLKSABSTIMMUNG: Der bayeri-
sche Ministerpräsident Stoiber hat ange-
kündigt, die von ihm geführte Landesre-
gierung werde im Bundesrat einer Ver-
fassungsänderung zwecks Einführung
bundesweiter Volksbegehren und Volks-
entscheide mittragen. Stoiber will diese
völlige Kehrtwende christsozialer Politik
– die, wenn ihr die CSU-Abgeordneten im
Bundestag folgen, auch dort eine Zwei-
drittelmehrheit für eine entsprechende
Verfassungsänderung zur Folge hätte –
damit begründen, so könne die CSU ein
Volksbegehren oder einen Volksentscheid
gegen eine Reform des Staatsbürger-
schaftsrechts organisieren. Pech für den
Ministerpräsidenten: einmal verliehene
Staatsbürgerschaften dürfen auf gar kei-
nen Fall wieder aberkannt werden – das
wäre eine Ausbürgerung, die seit der NS-
Zeit verboten und weltweit geächtet ist.
Zudem ist in der CSU schon Streit aus-
gebrochen: Theo Waigel lehnte Stoibers
Position ab und warnte, wenn Volksent-
scheide erst einmal zugelassen seien,
könne so auch der § 218 zu Fall gebracht
werden, Sonderrechte der Kirchen usw.

ZWANGSARBEITER-STIFTUNG: Auf ei-
nem Treffen mit Konzernchefs in Hanno-
ver vereinbarte der SPD-Kanzlerkandi-
dat, auf die immer deutlicher vorge-
brachten Forderungen nach Entschädi-
gungszahlungen deutscher Konzerne für
während der NS-Zeit ausgebeutete
Zwangsarbeiter nun doch mit einer bun-
desweiten Stiftung zu reagieren. Bis zur
Wahl hatten die meisten Konzerne solche
Entschädigungen zumeist rundweg ab-
gelehnt – eine Position, die nach der Nie-
derlage der Schweizer Banken in den
USA erheblich ins Wanken geraten war,
zumal angesichts der Höhe der Forde-
rungen gegen Degussa u.a. Jetzt soll der
Bund helfen, mit dem Instrument einer
Bundesstiftung überlebende Zwangsar-
beiter zu entschädigen und die Konzerne
vor größeren Forderungen zu schützen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? SPD und
Grüne haben vereinbart, vom 9. bis 13.11.
ihre Regierungserklärung einzubringen
und die Ausschüsse des Bundestags zu
bilden. In den folgenden drei Wochen soll
der Haushalt 1999 beraten und die vielen
schon für 1999 angekündigten Gesetzes-
änderungen auf den parlamentarischen
Weg gebracht werden.

Von einem Aufbruch ist noch wenig zu spüren

Über den Kurs, den die neue rotgrüne Regierung in Bonn in der nächsten Zeit einschlägt, wird in diesen Tagen viel spekuliert. Mit Recht.

Oskar Lafontaine hat zwar recht, wenn er auf dem SPD-Parteitag darauf hinweist, daß vieles, was nun in der Koalitionsvereinbarung steht, vorher im SPD-Wahlprogramm angekündigt war. Die Rücknahme der Senkung der Lohnfortzahlung, der Verschlechterung beim Kündigungsschutz, der Rentensenkung beispielsweise. Schließlich hatte die SPD auch bei Wählern über 45 Jahren und über 60 Jahren die höchsten Zugewinne. Aber trotz dieser klaren Ankündigungen in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung: Vieles bleibt im dunkeln, bleibt diffus. Auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik ist zum Beispiel noch weitgehend offen, mit wieviel Zwangsmitteln gegen Arbeitslose die neue Regierung operieren will und wie der zur „Chefsache“ erklärte „Aufbau Ost“ eigentlich aussehen soll.

Noch ärgerlicher freilich sind die politischen Themen, bei denen die neue Regierung anscheinend alles beim alten lassen will. Europol und Schengen werden sogar ausgebaut. Die NATO-Osterweiterung und EU-Osterweiterung werden als Diktat des Westens gegen den Osten vollstreckt. Der Krieg auf dem Balkan geht weiter. Das PKK-Verbot wird mit keinem Wort kritisiert, die Waffenexporte in die Türkei auch nicht. Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr werden nicht etwa abgeschafft, sondern womöglich sogar noch ausgebaut.

Die Kritik deutscher Großmachtpolitik und der Militarisierung der deutschen Außenpolitik, antiimperialistische und antimilitaristische Politik sind schon lange ein schwacher Punkt der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken in diesem Land. Nur so ist zu erklären, daß Zeitschriften wie „Konkret“ und „Jungle World“ sich vor den Wahlen leisten konnten, bis zum Abwinken über „völkische“ Tendenzen in der PDS herzuführen – und zugleich mehr oder weniger offen zur Wahl der Grünen aufzurufen, obwohl doch sonnenklar war, daß die Grünen jeden Balkankrieg mitmachen und einzig und allein die PDS gegen solche Bundeswehrinterventionen im Ausland auftritt. Nun kommt die Quittung. Freiwillig ändert rot-grün hier (fast) gar nichts. Je älter die Grüne Partei wird, um so mehr akkumulieren ihre Mitglieder Leitungsfunktionen in der Gesellschaft und Vermögen, und um so enger rücken sie an den deutschen Staat heran.

Vielleicht ist das Problem aber noch größer. Immerhin hat sich bei den Bundestagswahlen die FDP besser gehalten,

als viele erhofft hatten, und ist die FDP die einzige Partei, die aus den Protesten der Studierenden im letzten Jahr Mitgliederzuwächse erzielte. Vielleicht ist also in Wirklichkeit die Rechtsentwicklung in der grünen Partei nur die parteipolitische Reaktion darauf, daß größere Teile der Mittelklasse von ihrer Opposition gegen deutsche Machtpolitik gänzlich abgerückt sind und sich auf das beherrschende „Gestalten“ der Welt werfen.

Vielleicht am bezeichnendsten für die

grünen Koalitionsverhandlungen.

Wir beginnen in dieser Ausgabe mit der Beschreibung und Kritik der rot-grünen Koalitionsvereinbarungen auf dem Gebiet des Staatsbürgerschaftsrechts und der Innenpolitik. Im Diskussionsteil dokumentieren wir zudem eine erste Bewertung der Koalitionsvereinbarung durch die PDS-Bundestagsfraktion.

Darstellung und Kritik der Vorhaben auf den Gebieten Außen-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik folgen. *rül, sec*



So sah der Berliner „Tagesspiegel“ die Arbeitsmarktpläne der alten Regierung vor den Wahlen. Und was wird rotgrün nun machen?

innere gesellschaftliche Struktur, die die neue rot-grüne Regierung anstrebt, sind einige Andeutungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Die Senkung der Sozialhilfe, nach altem Recht für 1999 wegen des „Lohnabstandsgebot“ eigentlich unabweichlich, wird für zwei Jahre ausgesetzt – immerhin. Von einer Rücknahme des Asylbewerberleistungsgesetzes aber, das erst im Frühsommer von der alten Regierung unter Mithilfe der SPD-Länder beschlossen worden war, findet sich in der Koalitionsvereinbarung kein Wort. Zu jeder Sorte Arbeit erpressbare fremde – zumeist osteuropäische – Dienstboten – daran scheint auch die neue rot-grüne Koalition weiter interessiert zu sein. Eine Art ökologische Dienstbotengesellschaft für bessere Leute scheint das Arbeitsmarktpolitik der Zukunft zu sein. Das verheißt für die jetzt anlaufende Osterweiterung der EU nichts Gutes.

Im Konflikt zwischen Eigentum und Arbeit, zwischen anweisender, disponierender, befehlender Arbeit und untergeordneter, ausführender, zu Gehorsam verpflichteter Arbeit, zwischen reich und arm scheint sich die Mehrheit der Grünen aus der Opposition verabschiedet und für das Mitmachen auf der angenehmeren Seite dieser gesellschaftlichen Widersprüche entschieden zu haben. Das ist vorderhand das wesentliche und auch das unangenehmste Ergebnis der rot-

Grüner Tiger als SPD-Bettvorleger

Rot-grün bringt nur migrationspolitisches Reförmchen zustande

Von Katina Schubert

HoffnungsträgerInnen wollten sie sein. Über sieben Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne deutschen Paß wollten sie neue Perspektiven verschaffen, und das in einer Gesellschaft, in der Rassismus, Ausgrenzung und Verachtung anders Aussehender fast normal ist. Doch was ist nach den rot-grünen Koalitionsverhandlungen geblieben von den hehren Ansprüchen der Grünen? Was konnten sie gegen eine SPD durchsetzen?

Einen „großen Erfolg“ feierte Kerstin Müller, als sie Mitte Oktober die Ergebnisse der rot-grünen Verhandlungskommission der Öffentlichkeit präsentierte. Das Staatsbürgerschaftsrecht wollen die neuen Koalitionäre endlich reformieren. Einschneidend dürfte sein, daß die Behörden künftig doppelte Staatsbürgerschaften hinnehmen müssen. Das eröffnet rund zwei Millionen Menschen die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen, ohne ihre alte Staatsangehörigkeit

➔ aufgeben zu müssen. Entsprechend begeistert fiel die Reaktion von vielen MigrantInnenverbänden insbesondere türkischer Provenienz aus. Doch nicht nur Türiinnen und Türken werden von der neuen Regelung profitieren. Auch IranerInnen können jetzt hoffen, relativ zügig deutsche Staatsangehörige zu werden.

Auch die Einbürgerung selbst will die rot-grüne Regierung erleichtern. Künftig soll einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung bekommen, wer mindestens acht Jahre legal und ohne Straffälligkeit in der BRD gelebt hat. Jugendliche können sich bereits nach fünf Jahren einbürgern lassen, sofern sie sich keiner Missetaten schuldig gemacht haben. Bislang lag die Frist für die Anspruchseinbürgerung bei 15 Jahren, bei Jugendlichen bei 6 Jahren.

Den völkischen Charakter des Staatsbürgerschaftsrechts wollte die neue Koalition abschaffen, aber sie traute sich nicht so recht. Was bleibt, ist eine Minimallösung: Geburtsrecht nur für die dritte Generation der MigrantInnen. Denn wer hier als Kind ausländischer Eltern(teile) geboren wird, bekommt keineswegs automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Nur wenn mindestens ein Elternteil auch schon hier das Licht der Welt erblickt hat oder vor dem 14. Lebensjahr eingereist ist, können die Kinder mit Geburt den deutschen Paß bekommen.

Auf dem Gebiet des Staatsbürgerschaftsrechts hat sich die SPD auf ganzer Linie durchgesetzt. Die Grünen wollten wie die PDS die automatische Staatsangehörigkeit für alle Kinder, von denen mindestens ein Elternteil dauerhaft hier lebt. Sie sind gescheitert. Sie wollten die Fristen für die Anspruchseinbürgerung auf fünf Jahre verkürzen. Die SPD beharrte auf ihrer Position und siegte.

Auch von den vollmundigen Versprechen des kleineren Koalitionspartners, das repressive Ausländergesetz für dauerhaft hier lebende MigrantInnen durch ein Niederlassungsrecht zu ersetzen, ist in der Koalitionsvereinbarung nichts zu lesen. SPD und Grüne konnten sich nicht einmal darauf einigen, die jüngsten Verschärfungen des Ausländergesetzes zurückzunehmen, geschweige denn, dieses zu ersetzen. Nur das Aufenthaltsrecht ausländischer EhepartnerInnen wollen die Koalitionäre etwas verbessern. Künftig muß eine Ehe nicht mehr vier, sondern nur noch zwei Jahre Bestand im Bundesgebiet haben, ehe die ausländische Ehepartnerin oder der -Partner ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommt. Im Fall außergewöhnlicher Härten können die Ausländerbehörden schon jetzt auf die Mindestbestandszeit verzichten. Die Härteklausel will rot-grün großzügiger auslegen, damit insbesondere Frauen, die Mißhandlungen und Vergewaltigungen durch ihre Ehemänner erfahren haben, im Fall einer frühen Trennung nicht wie jetzt in der Regel ausgewiesen werden.

Die Visums- und Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder aus den ehema-

ligen Hauptanwerbestaaten Türkei, Jugoslawien, Marokko und Tunesien will rot-grün offenkundig ebenso von der alten Bundesregierung übernehmen wie das Asylbewerberleistungsgesetz. Beides wollten die Grünen abschaffen.

Nur einen kleinen Erfolg konnten sie in der Asylpolitik verzeichnen. Geschlechtsspezifische Verfolgung soll als Asylgrund Anerkennung finden. Was jedoch künftig als geschlechtsspezifisch gilt, bleibt offen. Im übrigen zeichnete sich für diese Forderung bereits im letzten Bundestag eine interfraktionelle Einigung ab. Kein Durchdringen bei der SPD gab es für die Grünen bei anderen asylpolitischen Ankündigungen ihres Wahlprogramms. Das Flughafenverfahren wollten sie abschaffen. Vereinbarung wurde ein Prüfauftrag. Auch die Forderung, politische Verfolgung durch nicht-staatliche Organisationen als Asylgrund anzuerkennen, lief ins Leere. Die SPD weigert sich, den Asylkompromiß von 1992 in Frage zu stellen. Die Grünen werden daher mit ihrem Eintritt in die Bundesregierung auf dem Feld der Asylpolitik zu Erfüllungsgehilfen der bis dato perfekt funktionierenden Großen Koalition der Flüchtlingsabwehr und -abschreckung. Damit steht die PDS als einzige linke Opposition im Bundestag vor erheblichen Herausforderungen.

Katrina Schubert ist Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Antirassismus, Flüchtlinge und ImmigrantInnen der PDS. Aus Platzgründen wurde ihr Beitrag von der Redaktion gekürzt.

Bündnisgrüne Kapitulation

Kaum Neues in der Innen- und Rechtspolitik

Rechtzeitig zu den Koalitionsverhandlungen hatten acht Bürgerrechtsorganisationen* den Mitgliedern der Verhandlungskommissionen ein von Rechtsanwalt Rolf Gössner verfaßtes Memorandum: „Umdenken und Umsteuern in der Politik der ‚Inneren Sicherheit‘ – Zumutungen an eine rot-grüne Bundesregierung“ überreicht. „Der durch die Bundestagswahl 1998 möglich gewordene Machtwechsel bietet die historische Chance, den in den vergangenen Jahren systematisch malträtierten Bürgerrechten wieder die Geltung zu verschaffen, die ihnen in einer freiheitlichen, sozial- und rechtsstaatlichen Demokratie zukommt,“ heißt es darin. Die Verfasser reklamieren ein Ende des permanenten Abbaus von Grund- und Bürgerrechten, sie fordern die Abkehr von einer repressiven Kriminalpolitik, die sie „längst gescheitert“ bezeichnen, und die Absage an die Dominanz polizeilicher und strafrechtlicher Mittel bei der „Lösung“ von Problemen und Konflikten, die sozialpolitisch und ökonomisch verursacht sind.

Neben der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts und einer grundlegenden Änderung der Asyl- und Flüchtlingspolitik (siehe dazu den Artikel zur Migrationspolitik der rot-grünen Koalition) fordern sie ausdrücklich:

„• besonders problematische Gesetzverschärfungen der Vergangenheit – Terrorismusgesetze, Großer Lauschangriff, Verdachtsunabhängige Kontrollen etc. – entweder rückgängig zu machen oder aber einschränkend zu novellieren;

• Gesetze, die Bürgerrechte stark einschränken, einer gründlichen Revision zu unterziehen und auf ihre Bürgerrechtsverträglichkeit und Effizienz zu untersuchen;

• vor polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen gegen Kriminalität an die erste Stelle vorsorgende soziale, pädagogische und wirtschaftliche Hilfen zu setzen;

• die gescheiterte Drogenprohibition durch eine behutsame Liberalisierung und Entkriminalisierung zu ersetzen, die Hilfe statt Strafe ermöglicht; damit werden auch Polizei und Justiz entlastet;

• Bagatelldelikte, die mit Bußgeldern ausreichend sanktionierbar sind, zu entkriminalisieren;

• die Polizeien in Bundesverantwortung einer demokratischen Reform zu unterziehen und geeignete Konsequenzen aus der notorisch mangelhaften Kontrolle von Polizeihandeln zu ziehen;

• Polizei und Geheimdienste strikt zu entflechten und dem in der Vergangenheit systematisch negierten, nach wie vor verfassungskräftigen Gebot der Trennung von Polizei und Geheimdiensten wieder volle Geltung zu verschaffen;

• die demokratische Kontrolle sämtlicher Apparate der ‚Inneren Sicherheit‘ zu verbessern;

• für einen wirksamen Datenschutz zu sorgen, der der Entwicklung der Informationsgesellschaft Rechnung trägt;

• die mangelhafte demokratische Legitimation und Kontrolle von EUROPOL und des Schengener Informationssystems kritisch zu überprüfen und der unerträglichen Immunität der Europolizisten zu widersprechen.“

Um es kurz zu machen: Von diesen Forderungen hat nicht eine einzige auch nur ansatzweise Eingang in den Koalitionsvertrag, Abschnitt „IX. Sicherheit für alle – Bürgerrechte stärken“ gefunden. Folgt man dem Vertrag, soll im wesentlichen alles beim Alten bleiben. Weder werden die Gesetzesverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen der letzten Jahre – einschließlich der zum Ausbau der Festung Europa – in Frage gestellt noch die sog. Antiterror-Gesetzgebung der 70er Jahre (das hätte auch das Zeichen für ein Ende des staatlichen Rachefeldzugs gegen die Gefangenen aus der RAF gesetzt!) noch die in der CDU/CSU-Ära über das ganze Land geworfenen und immer weiter verdichteten Überwachungsnetze. Die SPD, damals in der Opposition, hatte die Politik der Repression

und Entdemokratisierung in einer Großen Koalition weitgehend mitgetragen. Jetzt, als führende Regierungspartei, verweigert sie den Kurswechsel und bindet die Grünen, bisher widerstandslos, in die nun ganz Große Koalition ein. Selbst in einzelnen Bereichen wie der Drogenpolitik, wo die Positionen nicht nur der Grünen, sondern auch in Teilen der SPD eine deutliche Liberalisierung hätten erwarten lassen, ist ein ernsthafter Wille zur Änderung, etwa durch konkrete Schritte zur Entkriminalisierung des Drogenkonsums, zur Legalisierung weicher Drogen, nun nicht mehr zu verspüren. Liberale Kritiker verhöhnen den neuen Bundesinnenminister Otto Schily als Schatten Kanthers.

Im Bereich der Rechtspolitik ist als positiv lediglich zu vermerken, daß die Forderung nach Verbesserung des Zeugnisverweigerungsrechts für Journalisten aufgegriffen ist. Andere genannte Vorhaben sind noch zu vage, um ein Urteil abzugeben; das trifft insbesondere für die vereinbarte „Reform des strafrechtlichen Sanktionensystems und die Schaffung zeitgemäßer Sanktionsformen (z.B. gemeinnützige Arbeit)“ zu.

Rolf Gössner schrieb in einem das Memorandum begründenden Aufsatz in der Zeitschrift „Ossietzky“ (20/98) in Abwandlung eines Zitats von Che Guevara: „Seien wir realistisch: Verlangen und versuchen wir das Mögliche und Machbare!“ Auf anderen Feldern der Politik bemüht die neue Koalition den Hinweis auf die Haushaltslage, den Finanzierungsvorbehalt, um mangelnde Verbesserungen und Reformunwillen zu bemänteln. Auf dem Gebiet der Stärkung von Grundrechten, der Demokratisierung der Gesellschaft wie im besonderen auch der Kriminal- und der Rechtspolitik verfängt die Entschuldigung mit Sachzwängen nicht – hier zeigen sich die (gesellschafts-)politischen Zielvorstellungen, die die rot-grüne Regierung verfolgt, ohne Bemäntelungen. Hier hätte sie Weichen stellen, deutliche Zeichen setzen können – und hat es gewissermaßen auch getan: Der Verzicht auf auch nur eine annähernde Korrektur der innenpolitischen Brutalitäten der letzten Legislaturperiode macht deutlich, daß die SPD-geführte Koalition im Zweifelsfall die Staatsautorität durchzusetzen sucht und nicht die Selbstbestimmung stärkt und daß sie bei der Behandlung von Problemen und Konflikten nicht den Prinzipien der Demokratie und der Solidarität, sondern der Ausschließung und Ausgrenzung folgt.

So gibt es in der Innenpolitik – abgesehen von der Reform des Staatsbürgerrechts –, legt man den Koalitionsvertrag zugrunde, nur einen wirklichen Kurswechsel: den der Bündnisgrünen, die lange neben der PDS parlamentarische Ansprechpartnerin für Bürgerrechts- und Antirepressionsinitiativen waren und nun in die Pflicht genommen werden für eine Politik, die sie zuvor in

vielen Punkten bekämpft haben. *ssc*

* Gustav Heinemann-Initiative; Humanistische Union; Internationale Liga für Menschenrechte; Strafverteidiger-Vereinigungen; Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen; BAG Kritische Polizistinnen und Polizisten; Deutsche Vereinigung für Datenschutz; Europäische Vereinigung von Juristen und Juristinnen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt

Kurdistan

Der Krieg der türkischen Armee geht weiter

Der „Löwe von Damaskus“, wie sich der syrische Staatschef Assad gerne nennen läßt, scheint zu einer zahnlosen alten Katze geworden zu sein.

Das jedenfalls ist der Eindruck, den das Türkische Regime nach seinem neuesten antikurdischen „Abkommen“ mit Syrien verbreitet. Mehr als das Papier dürfte das Abkommen, das die Türkei wenige Tage vor dem Beginn ihrer 75-Jahr-Feiern erzielte, zwar nicht wert sein. Aber von einer politischen Lösung der kurdischen Frage ist wieder einmal keine Rede mehr. Der einseitige Waffenstillstand der PKK hat nicht zum Beginn eines politischen Dialogs geführt, sondern das türkische Militär nur noch aggressiver gemacht. Ein Ende des Waffenstillstands der PKK scheint unter solchen Umständen nur noch eine Frage der Zeit.

Immerhin: das Ziel der Generäle in Ankara, den PKK-Vorsitzenden zu fangen oder zu ermorden, ist wieder einmal gescheitert. Dabei hätte das Regime bei seinem Aufmarsch gegen Syrien so gerne einen großen Schlag gelandet – zum 75. Jahrestag der Republikgründung der PKK-Vorsitzende tot oder in Auslieferungshaft! Dieser schmutzige Plan ist fehlgeschlagen. Zu einem inszenierten „Pressetermin“, bei dem er nach kurdischen Angaben festgenommen oder ermordet werden sollte, kam der PKK-Vorsitzende nicht, und von einer Auslieferung seitens Syrien kann auch keine Rede sein. Statt dessen meldete sich der PKK-Vorsitzende „aus Kurdistan“ in MED-TV zu Wort und rief die kurdische Guerilla zu Alarmbereitschaft gegenüber den wütenden Angriffen des türkischen Militärs auf. Nach israelischen Geheimdienstbehauptungen soll Öcalan angeblich inzwischen in Moskau sein – von russischen Stellen wurde das aber sofort dementiert.

Von einer „Endlösung der Kurdenfrage“, die das Militär so gerne behauptet hätte, also keine Spur. Dafür ist die kurdische Bevölkerung angesichts des aggressiven Vorgehens der türkischen Seite und der anhaltenden Verweigerung jedes Dialogs und jedes Schritts zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage aufs äußerste empört und gereizt. Über zehntausend Kurdinnen und Kurden gingen allein am letzten Samstag in der BRD

und anderen westeuropäischen Städten aus Protest gegen die neuesten türkischen Aggressionen, gegen den Mordversuch an dem PKK-Vorsitzenden und gegen die türkischen Störungen des kurdischen Fernsehsenders MED-TV auf die Straße. In Berlin, Hannover und Hamburg kam es dabei erneut zu den seit Kanthers PKK-Verbot von 1993 alltäglich gewordenen Verhaftungen, die Demonstration in Hannover war gleich ganz verboten worden. Ein Zeichen für den Kurs des neuen, aus Hannover kommenden Bundeskanzlers? Auf jeden Fall hält die deutsche Politik unmittelbar vor dem Regierungswechsel in Bonn an ihrer Unterstützung des türkischen Regimes und seiner mörderischen Kurdenpolitik fest, und die Tatsache, daß in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen kein Wort zur Türkei- und Kurdenpolitik festgehalten ist, läßt schon jetzt eine „Kontinuität“ der antikurdischen Allianz zwischen Bonn und Ankara befürchten.

Doch zurück zum Abkommen zwischen der Türkei und Syrien. Von kurdischer Seite wird darauf hingewiesen, daß beide Staaten ein ähnliches Abkommen schon 1992 geschlossen hatten. Das stimmt. Aber damals hatte die Türkei nicht auf so ultimative Weise mit einem militärischen Angriff gedroht, und damals hatte auch nicht Ägypten das Abkommen vermittelt. So bleibt zu befürchten, daß die türkischen Drohungen und die enge Allianz mit Israel dieses Mal eine schwere innere Krise des Regimes in Damaskus bloßgelegt haben. Assad – ohnehin kein Freund der kurdischen Sache, wie von Ankara immer fälschlich behauptet – bekam offenbar aus Sorge um die türkisch kontrollierte Wasserzufuhr an seiner Nordgrenze weiche Knie. Diese Erfahrung wird – unabhängig von der weiteren Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes – die rechten politischen Kräfte in der Türkei und in Israel stärken, die auf eine Politik der militärischen Drohungen und Erpressungen gegenüber den Staaten des Mittleren Ostens setzen. Insofern hat die Entwicklung der letzten Wochen den Mittleren Osten in der Tat, wie von kurdischer Seite erklärt, an den Rand eines neuen Krieges getrieben.

Die PKK hatte zum Glück mit einer solchen Entwicklung schon länger gerechnet und Ausweichpläne vorbereitet, so daß das Attentat und der Versuch der Auslieferung fehlgeschlagen sind. Trotzdem ist der politische Schaden groß. Denn die ohnehin geringen Aussichten der PKK, durch ihren einseitigen Waffenstillstand die Kräfte in der Türkei, die auf eine politische Lösung der kurdischen Frage drängen, ermuntern und stärken zu können, scheinen nunmehr nahe Null. Darauf weisen auch jüngste Stellungnahmen von kurdischer Seite hin, die den türkischen Aufmarsch an der syrischen Grenze und das versuchte Attentat auf Öcalan als Teil eines „großen Plans“ der USA, Israels und der Türkei

➔ bewerten, im Mittleren Osten „die Karten neu zu mischen“. Auch von europäischer Seite ist bisher jeder wirksame Schritt zu einer politischen Lösung der kurdischen Frage ausgeblieben. Lediglich die russische Duma verabschiedete am 23. Oktober mit 303 von 405 Stimmen eine Resolution, in der eine internationale Kurdistan-Konferenz der UNO gefordert wird und die türkischen Drohungen gegen Syrien zurückgewiesen werden.

In dieser ohnehin extrem angespannten politischen Situation haben sich am Vortag der 75-Jahr-Feiern der Türkei erneut kurdische politische Gefangene in ihren Zellen angezündet, aus Solidarität mit der PKK und dem kurdischen Befreiungskampf. Fünf von ihnen kamen zu Tode, mehrere weitere wurden lebensgefährlich verletzt. Die Zahl der Opfer, die das kurdische Volk in seinem Befreiungskampf bringt, wird immer größer – und die europäische, die internationale Öffentlichkeit schweigt zynisch weiter. In Istanbul wurden bei einem Versuch der HADEP, aus Anlaß der 75-Jahr-Feiern der Türkei an die ungelöste kurdische Frage zu erinnern und für eine demokratische und politische Lösung dieses Konflikts einzutreten, am 25. Oktober erneut 500 Personen festgenommen. Auch die Samstagmütter wurden erneut überfallen. Ein Ende des Waffenstillstandes der PKK scheint unter solchen Umständen nur noch eine Frage der Zeit. *rül*

Quellen: YEK-KOM Bültleni, KIZ-Pressemitteilungen seit 19.10.98

Baskenland

Wahlen polarisierten das Land

Von Ralf Streck, Donostia-San Sebastian

Die in Spanien regierende „Volkspartei“ (PP) hat bei den baskischen Regionalwahlen stark zugelegt. Dies war die Überraschung vom Sonntag in den drei „Baskischen Provinzen“. Mit 16 Sitzen, fünf mehr als 1994, wird die PP ins Regionalparlament von Vitoria einziehen. Nicht überrascht hat der Zuspruch der Wähler für die linksnationalistische Koalition „Euskal Herriarrok“ (EH), die statt der ETA nahen Partei „Herri Batasuna“ (HB) angetreten ist. EH schaut stolz auf einen Zuwachs von 3 Sitzen und wird 14 Sitze einnehmen. Zwar verlor die „Baskisch Nationalistische Partei“ (PNV) einen Sitz, trotzdem bleibt sie mit 21 stärkste Partei im Baskenland.

Auch die Sozialisten legen zu. Sie werden zwei Sitze mehr bekommen, trotzdem gestand Nicolas Redondo, Chef der Sozialisten im Baskenland die Niederlage ein: „Trotz des Zuwachses wurden wir als zweitstärkste Kraft auf den vierten Platz verdrängt“.

Verluste erlitt auch die kommunistisch dominierte „Vereinten Linke“ (IU). Sie

muß sich ebenso mit 2 statt 6 Abgeordneten von 1994 begnügen. IU-Chef Javier Madrazo akzeptierte das „schlechte Ergebnis“. Dafür sei die Polarisierung zwischen Basken und Spaniern im Wahlkampf verantwortlich. Er warf der PP und Sozialisten vor, Angst geschürt zu haben. Zu den Verlierern gehört auch die baskische „Solidaritätspartei“ (EA), die nur noch 6 Sitze statt 8 erreicht hat.

Die baskischen Wähler im Baskenland haben klar gemacht, wem sie die führende Rolle im Friedensprozeß zumessen, der Koalition EH. Über 220.000 Wähler, damit 50.000 mehr, haben ihre Bemühungen belohnt, zu einer friedlichen Lösung und zum Selbstbestimmungsrecht im Baskenland zu kommen. Belohnt wurde damit die Initiative für den Friedensplan von Lizarra, der den Waffenstillstand von ETA ermöglicht hat. Innerhalb des baskischen Nationalismus wurde eine dringend nötige Korrektur nach links vorgenommen, PNV und EA mußten Federn lassen. Das ist wichtig und ein Erfolg.

Aber im Baskenland leben nicht nur Basken. Und die nichtbaskischen Wähler haben klar gemacht, vor wem sie nach wie vor Angst haben, denn der Friedensprozeß ist noch neu und viele Wunden sind noch frisch. Daß ETA am Samstagabend im britischen Fernsehen quasi ihren Abgang erklärte, hat das Ruder nicht herumgerissen, kam zu spät. Fast 100.000 Stimmen Zuwachs für die Spanien regierende Volkspartei ist die traurige Botschaft dieser Wahl. EH hat es versäumt, mit den Ängsten der Nichtbasken umzugehen. Sie argumentierte weitestgehend nationalistisch, der Sozialismus, den sie auch vertritt, war bestenfalls zweitrangig. Bei ihrem Versuch, im nationalistischen Lager zu angeln, hat sie die Immigranten aus anderen Teilen Spaniens der Kampagne der Regierung und der Sozialisten überlassen. Diese haben das geschickt benutzt und bei einem Wahlsieg der Nationalisten quasi ethnische Säuberungen an die Wand gemalt. Sie haben die mobilisieren können, die sonst den Wahlen ferngeblieben sind. Und die klammern sich in ihrer diffusen Angst an die Regierung. Anders ist der Zuwachs für die Volkspartei nicht zu erklären, schließlich hat sie bisher nichts getan, um einer friedlichen Lösung näher zu kommen, eher das Gegenteil.

EH hat somit zwar einen Wahlsieg errungen, aber in einem polarisierten Wahlkampf die progressiven Kräfte insgesamt geschwächt. Die Vereinte Linke ist in diesem Wahlkampf zwischen die Mühlsteine eines spanischen und baskischen Nationalismus geraten. Ihre Basis unter den immigrierten Arbeitern zu Gunsten der Sozialisten weggebrochen. Sie hat ihren mutigen Kurs, sich als einzige Partei Spaniens dem Friedensplan von Lizarra anzuschließen, fast mit dem politischen Verschwinden im Baskenland bezahlt. Wenn es EH also tatsächlich neben Selbstbestimmung um Sozialismus geht, sollte sie über diesen Umstand nachdenken.

Italien

Regierung D'Alema – für Zündstoff ist gesorgt

Mit der Bildung der Regierung D'Alema (DS, Linksdemokraten) ist die Regierungskrise, die Rifondazione comunista mit der Ablehnung des Finanzgesetzes eingeleitet hatte, beendet – allerdings anders, als sich das der PRC-Sekretär Fausto Bertinotti vermutlich vorgestellt hat. Die von Rifondazione abgespaltenen „Italienischen Kommunisten“ sind mit zwei Ministern (Justiz und Regionalangelegenheiten) in die Regierung eingetreten. Vor allem aber ist der rechte Christdemokrat Cossiga mit seiner Partei UDR dazugekommen, der als Hauptgewinner der Entwicklung gilt.

Die neue Koalition, erstmals mit einem Ex-Kommunisten als Ministerpräsidenten, ist von vornherein mit Zündstoff gespickt. Die strategischen Interessen ihrer Teilnehmer laufen nicht nur auseinander, sondern gegeneinander. Cossiga hat kein Interesse an einer dauerhaften Stützung von Linksparteien. Sein strategisches Ziel ist der Aufbau eines neuen christdemokratischen Zentrums vor allem auf Kosten von Berlusconi's Forza Italia. 31 Parlamentsabgeordnete hat er Berlusconi schon abspenstig gemacht. Cossigas Regierungsbeteiligung soll nun das Sprungbrett sein, um die UDR – bisher mehr Projekt denn reale Partei – landesweit aufzubauen. Die Rechten aus Forza Italia und Alleanza nazionale laufen Sturm gegen die neue Regierung und haben am 24.10. Hunderttausende gegen die „Kommunisten und Verräter“ (gemeint sind die Linksparteien bzw. Cossiga) nach Rom mobilisiert.

Auf der linken Seite steht Rifondazione – jetzt außerhalb der Koalition – der neuen Regierung und ihrem Programm ablehnend gegenüber. Bertinotti spricht von einer „Regierung, die stark von gemäßigten Merkmalen gekennzeichnet ist, fast eine Brücke zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links“. Den Vorwurf, er habe mit dem Ausstieg von Rifondazione Cossiga den Weg geebnet, läßt Bertinotti nicht gelten. D'Alema hätte sich statt nach rechts (zu Cossiga) nach links orientieren können: „Es war ein Fehler, nicht sofort auf die Karte einer Linksinregierung zu setzen. Wir hatten die Rücknahme des Finanzgesetzes verlangt. Es lag an euch, einen alternativen Vorschlag zu machen oder sich für eine Regierung der Klärung zu entscheiden, die eine Wiederaufnahme des Dialogs erlaubt hätte.“

D'Alemas Regierungserklärung liegt für Bertinotti auf Clintons und Blairs Linie: Manchen Leuten die Verbesserung der Lebensbedingungen versprechen, ohne die strukturellen Gründe für diese Bedingungen zu nennen, ohne die entgegenstehenden Interessen oder Privilegien antasten zu wollen. Wie soll es mit Rifondazione weitergehen? „Von den Be-

dürfnissen der Volksmassen neu ausgehen“, gibt Bertinotti als Linie aus. Soziale Bewegungen sollen „die Konflikte wieder zum Laufen bringen“, um die Bedingungen und die Kraft für eine Reformpolitik neu zu schaffen. Dabei hat das parlamentarische Gewicht von Rifondazione stark abgenommen. Die verbliebenen Abgeordneten können zahlenmäßig keine eigene Gruppe mehr bilden, sondern sind Teil der „gemischten Gruppe“, die von einem Grünen repräsentiert wird.

Andererseits hat sich unter der Führung des Ex-Präsidenten von Rifondazione, Cossutta, eine Partei der italienischen Kommunisten (PdCI) neu gegründet. Schon der Name (vom alten Partito Comunista Italiano PCI nur durch ein kleines „d“ unterschieden) sowie die Parteisymbole machen deutlich: Die neue Partei soll im Unterschied zu Rifondazione ganz in der Kontinuität der früheren kommunistischen Partei Italiens stehen. Cossutta kritisiert Bertinotti als „unverantwortlichen Maximalisten“ und „unterstützt von extremistischen Kräften“. Dagegen hätten die Kommunisten nicht früh genug Stellung bezogen. Jetzt müßten sie „die eingezogene Fahne der allgemeinen Interessen des Landes wieder in die Hand nehmen.“

Die Partei wird sich schon bei den Kommunalwahlen Ende November erstmals an Wahlen beteiligen. Wahlforscher sehen sie bei guten 3% (Rifondazione erreichte ca. 8%). Von den 108.000 Mitgliedern von Rifondazione hatten sich zum Zeitpunkt der Gründung am 11.10. dem PdCI rund 3.000 angeschlossen. Dabei sind die Spaltungstendenzen auf den höheren Parteiebenen stärker als auf unteren. Die stärkste Zustimmung erhält Cossutta bei gewählten Abgeordneten aller Ebenen, im Parlament, bei den Regionen, Provinzen und Kommunen. Schätzungen gehen davon aus, daß sich ca. 40% von ihnen der neuen Partei anschließen.

Der Ablauf der Auseinandersetzung innerhalb von Rifondazione – die Eskalation ohne Bereitschaft zu Vermittlung, die Entscheidung grundlegender Fragen ohne Einschaltung eines Parteitags, die schnelle Neugründung – legen den Schluß nahe, daß der Streit um das Finanzgesetz 1999 der Anlaß, aber nicht der eigentliche Grund für die Spaltung war. Tatsächlich gab es seit Monaten an der Parteispitze eine interne Debatte um die Positionen: ganz aus der Regierungskoalition herausgehen bzw. im Gegenteil mit eigenen Ministern in die Regierung einsteigen. Die Einschätzung des Bertinotti-Flügels war dabei: Aus einer Stagnation der Partei und zunehmender Enttäuschung in der Wählerschaft käme Rifondazione nur durch stärkere Konfrontation mit der Regierungspolitik und zur Not Ausstieg aus der Koalition heraus. Der Cossutta-Flügel dagegen strebte die Verbesserung der politischen Resultate durch die Stabilisierung der Regierung über eine stärkere Einbindung von Rifondazione an.

Nach außen hin wurde dieser Streit als Diskussion um die Einschätzung des Finanzgesetzes geführt, wobei je nach gewollter Richtung dieser oder jener Aspekt in den Vordergrund gestellt wurde. Eine angemessene Diskussion der Grundsatzfrage in der ganzen Partei gab es nicht. Auf beiden Seiten klingt jetzt Erleichterung durch, daß man sich künftig nicht mehr in einer gemeinsamen Partei mit den jeweiligen Gegenvorstellungen auseinandersetzen muß. Tatsächlich stehen aber beide Seiten vor dem ungelösten Problem, wie eine linke, sozialistische Partei heute außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf erfolgreich verbinden und sich gegen die Rechte behaupten kann, wenn sie durch entsprechende Wahlergebnisse vor diese Aufgabe gestellt wird. *rok*

Pinochet verhaftet

Die Caseroleras trommeln wieder

Von Leonel Yañez

(Santiago de Chile, 21. Oktober, npl). - Die Wohnviertel der Wohlhabenden in der chilenischen Hauptstadt befinden sich wieder einmal im Aufruhr. Jeden Abend finden sich wütende Demonstranten vor den Botschaften Großbritanniens und Spaniens ein, Flaggen und Fotografien der englischen Königin werden verbrannt. Ihnen gegenüber stehen Polizisten mit Knüppeln und Wasserwerfern. Nachmittags trommeln Hausfrauen in den Bezirken Providencia und Las Condes auf Kochtöpfen – ein schepperndes Konzert, das schon einmal von den sogenannten „caseroleras“ (caserola = Kochtopf, die Red.) intoniert wurde, um gegen Präsident Allende zu protestieren.

Auch diesmal handelt es sich um Solidaritätsbekundungen mit Augusto Pinochet, Autor des blutigen Putsches von damals und langjährigen Diktators, der während seines Krankenhausaufenthalts in London auf Antrag der spanischen Justiz festgenommen wurde. Die Bewohner der Nobelviertel, darunter die steinreiche Oberschicht des südamerikanischen Landes sowie hohe Militärs, halten ihrem Helden die Stange. Sie erklärten britische wie spanische Diplomaten zu unerwünschten Personen, nicht einmal mehr die Müllabfuhr versieht ihren Dienst in den kulturellen Einrichtungen dieser Länder. Zu einem Boykott von Waren aus den beiden europäischen Staaten rief die Senatorin Evelyn Matthei auf, deren Vater Luftwaffenkommandeur unter Pinochet war. Die Abgeordneten zweier rechter Oppositionsparteien begannen inzwischen damit, die Sitzungen des Parlaments zu bestreiten.

Am Dienstagabend ging jedoch auch die Linke auf die Straße. Tausende Studenten legten das Zentrum von Santiago

de Chile lahm und feierten die Festnahme des Mannes, der für Folter und Mord an Oppositionellen während der Diktatur (1973-1990) verantwortlich ist. Im Anschluß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Tränengas einsetzte und über 50 Demonstranten festnahm. Menschenrechtsgruppen kündigten für die kommenden Tage weitere Kundgebungen an.

Die Proteste richten sich gegen die Regierungskoalition von Christdemokraten und Sozialisten, die sich vehement gegen die Maßnahme der britischen Behörden aussprach. Die Festsetzung Pinochets widerspreche diplomatischem Gepflogenheiten und sei eine Einmischung in die chilenische Rechtsprechung, so Präsident Eduardo Frei. Der renommierte Rechtsexperte Hernan Montealegre hingegen meint, daß die dem Ex-Diktator vorgeworfenen Verbrechen durchaus eine internationale Strafverfolgung rechtfertigten.

Trotz aller Emotionen in Chile liegt das Schicksal Pinochets derzeit in Händen europäischer Richter und Politiker. Madrids Untersuchungsrichter Baltasar Garzon will den 82jährigen sobald wie möglich vernehmen und bereitet einen Auslieferungsantrag vor. Dann soll ihm wegen der Ermordung spanischer Staatsbürger während der Diktatur und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Prozeß gemacht werden.

Die zuständige Staatsanwaltschaft bezweifelt jedoch die Zuständigkeit spanischer Gerichte. Generalstaatsanwalt Jesus Cardenas erklärte am Dienstag in der spanischen Hauptstadt, zuerst werde nun diese Frage geprüft. Über das weitere Vorgehen müsse dann das Oberste Gericht entscheiden, da Pinochet in Chile Senator auf Lebenszeit ist. Viele Juristen bezweifeln dies, da es sich um Verbrechen handelt, für die es keine Immunität geben könne.

Die Politik zieht es vor, in der heiklen Affäre keine Position zu beziehen. London will den Fall den Gerichten überlassen. Auch Spaniens Regierungschef Jose Aznar hofft, daß der Kelch an ihm vorüberzieht: „Vielleicht muß sich die Regierung gar nicht zu dem Fall äußern,“ sagte Aznar vor Journalisten. Sollte die Auslieferung beantragt werden, liegt die endgültige Entscheidung darüber jedoch in Händen der Politiker.

Hinter den Kulissen hat das Tauziehen offenbar begonnen. Niemand will sich öffentlich für Pinochet einsetzen, andererseits würde ein Verfahren die guten Beziehungen zu Chile und einflußreichen Kreisen in anderen Ländern Lateinamerikas stören.

Britische Zeitungen berichten, daß auch die USA versuchten, eine Auslieferung zu verhindern, damit keine Details über ihre Beteiligung an dem Militärputsch 1973 bekannt werden. Den Berichten zufolge sollen mehrere Hundert US-Berater Pinochet bei seiner Machtergreifung unterstützt haben.

Bulgarien steht am Rande des Abgrunds

von Emil Hruska

Die folgenden Informationen und Gedanken sind ein Resultat mehrerer Aufenthalte in Bulgarien und der zielbewußten Erfassung der Unterlagen über dieses Land. Beides, sowohl der Aufenthalt als auch die Erfassung der Informationen, ist auf der Grundlage zustande gekommen, daß der Autor dieses Beitrages als Angestellter in einem Industriekonzern an der Vorbereitung der Produktionsverlagerung in das Gebiet mit sehr billigen Arbeitskräften und günstigen Rahmenbedingungen mitwirken mußte.

Zuerst einige Grundinformationen: Bulgarien existiert als ein Staat vom Jahr 681 an; jahrhundertlang war es durch die Türkei beherrscht. Erst im 19. Jahrhundert wurde es mit russischer Hilfe befreit.

Die heutige Bulgarische Republik hat eine Fläche von 110.994 qkm und eine Bevölkerung von mehr als 8 Mio. Einwohnern: Bulgaren (85,8%), Türken (9,79%), Roma und Sinti (3,4%) und andere Nationen. Im erwerbsfähigen Alter sind 56,9% der Einwohner, in den Städten leben 68,1%, die durchschnittliche Lebensdauer beträgt 70,6 Jahre. Die voraussichtliche demografische Entwicklung ist negativ: im Jahre 2020 sollen in Bulgarien nur etwas über 7 Millionen Einwohner leben, davon 27% im Alter über 60 Jahre.

Ökonomische und soziale Lage

In der letzten sieben Jahre ist die Zahl der Bulgaren gestiegen, die sich selbst als „Rand der Gesellschaft“ bezeichnen – von 2% auf 24%. Fast 40% der Bulgaren sagen, daß sie mit ihrem Gehalt nicht auskommen können. Das Monatseinkommen von 73% der Familien reicht nicht für die Deckung der Ausgaben für die Miete, Lebensmittel, Strom, Wasser, Heizung, Hygiene und Ausbildung. 20% Bulgaren können täglich nicht genügend essen, 34% haben oft Hunger.

Unter den ehemaligen Ostblockländer hat Bulgarien das niedrigste Einkommen. Derzeit macht der Durchschnittslohn in Bulgarien ca. 180 DM aus. Die Arbeitskraft ist also 25mal billiger als im Westen.

Was die Arbeitslosigkeit angeht, ihre Quote betrug Ende 1997 13,4%. Ende dieses Jahres erwartet man fast 20% oder auch mehr. Das Arbeitslosengeld macht 36 bis 68 DM aus.

Die Hauptursache der kritischen sozialen Lage und der beträchtlichen sozialen Spannung liegt im totalen Zerfall der Wirtschaft (einschließlich der früher verhältnismäßig entwickelten Landwirtschaft), der durch die politischen Veränderungen, vor allem durch die Privatisie-

rung verursacht wurde. Die großen Industriebetriebe stehen vor der Schließung, für bulgarische Erzeugnisse gibt es nur wenig Interesse und das ehemalige nationale Eigentum kaufen die ausländische Investoren für nichts.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Lage in der Landwirtschaft, die den traditionellen Sektor der bulgarischen Wirtschaft darstellt.

Derzeit arbeiten in diesem Sektor 25% der Einwohner (1994 waren es 23%), wobei die Landwirtschaft 12% des Brutto-sozialprodukts ausmacht (in EU-Länder sind es nur 2,2 bis 2,5%, die Zahl der Be-

Verkehr, 76% haben ständig Angst vor Gewalt. Der Anteil der Schattenwirtschaft am Brutto-sozialprodukt macht in Bulgarien bis 45% aus.

Bulgarien und das deutsche Kapital

Die direkten Auslandsinvestitionen in Bulgarien betrugen 1997 insgesamt 514,2 Mio. US-\$. Der größte Investor ist Deutschland (261,9 Mio. US-\$), es folgen Belgien und Holland.

Was die derzeitige Aktivität der Bundesrepublik in Bulgarien angeht, seien einige historische Gegebenheiten erwähnt. Ende der 30er Jahre war der bul-



Eine ganz normale Erscheinung in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Ein Luxuswagen und ein Bettler, der Abfälle nach Eßbarem durchsucht.

schäftigten in der Landwirtschaft ist vier Mal niedriger). Die Ursache für die Vermehrung der Landwirte ist eindeutig: Die Schließung der Industriebetriebe. Den Arbeitslosen empfiehlt man, in die Landwirtschaft fortzugehen, als „alternative Beschäftigung“. Ein wichtiges Motiv ist auch die Tatsache, daß die landwirtschaftliche Produktion steuerfrei ist.

Die Arbeitslosigkeit und das soziale Elend fallen zeitgleich zusammen mit der Rückgabe des Bodens an ehemaligen Eigentümern, die selten Interesse haben, den Boden landwirtschaftlich auszunutzen. Es kommt zu der paradoxen Lage, daß einerseits die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft steigt und andererseits die landwirtschaftliche Produktion stagniert oder sogar sinkt.

Mit der katastrophalen ökonomischen und sozialen Lage hängt direkt die riesige Kriminalität und die Steigerung der Schattenwirtschaft zusammen. 80% der Bulgaren fürchten Überfälle und Diebstahl auf der Straße oder im öffentlichen

garische Handel zu 80% mit Deutschland verbunden.

1940 unterschrieben die Regierungen beider Staaten ein Geheimabkommen über die Entwicklung des bulgarischen Außenhandels, das zu einer direkten Abhängigkeit vom Dritten Reich führte.

Der Prozeß der praktischen Integration Bulgariens und Deutschlands wurde dann durch einen bilateralen Regierungsausschuß für Wirtschaftsfragen gesteuert.

Am 5. September 1944 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland abgebrochen, zu diesem Zeitpunkt hatten die deutschen Firmen Kapitalbeteiligungen in 162 bulgarischen Unternehmen und kontrollierten mehr als 30 große Aktiengesellschaften. Die deutschen Firmen befaßten sich vor allem mit der strategischen Produktion und dem Handel (Schiffbau, Metallbearbeitung, Rohstoffgewinnung usw.), sie hatten Anteile in Banken und Versicherungsanstalten.

Zu bedeutenden Schritten, die sozusagen zur Erneuerung und Kräftigung der Schlüsselrolle Deutschlands in der Wirtschaft und Politik Bulgariens führten, ist es 1997 gekommen. Im bulgarischen Parlament wurde das Regierungsabkommen über die „technische Zusammenarbeit im Rahmen des Transformationsprogramms“ zwischen Bulgarien und Deutschland ratifiziert.

In diesem Abkommen, das die bulgarische sozialistische Opposition als ein „Dokument der Kapitulation“ bezeichnet, redet man über die Erweiterung der Tätigkeit der deutschen Berater, über die Ausbildung der bulgarischen Führungskräfte für Wirtschaft und Politik in Deutschland, über Lieferungen von Maschinen und Einrichtungen aus Deutschland usw. Laut dem Abkommen sollen die deutschen Experten und ihre Familienangehörigen – im Unterschied zu Bürgern anderer Länder – in Bulgarien absolute Bewegungsfreiheit haben und ihr Eigentum soll nicht versteuert werden. Die deutschen Lieferungen werden von allen Gebühren befreit.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1998 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Beratung für Bulgarien übernommen. Bei seiner Tätigkeit soll sich das Ministerium auf die Schlüsselbereiche der bulgarischen Wirtschaft, der Gesellschaft und der Staatsverwaltung konzentrieren.

Für die Unterstützung der deutsch-bulgarischen „Zusammenarbeit“ wurde der Koordinierungsrat errichtet, der 6 Arbeitsgruppen hat (z.B. Telekommunikation, Energie, Investitionen usw.), ab 1995 existiert der „Arbeitskreis der deutschen Wirtschaft in Bulgarien“.

Anfang dieses Jahres schrieb Bundeskanzler Kohl an den bulgarischen Ministerpräsident Kostow, daß für das Engagement der deutschen Unternehmer in Bulgarien notwendige, noch günstigere Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Der Lohn für Bulgarien soll vor allem die angebliche deutsche Unterstützung beim EU- und NATO-Beitritt sein, was auch die „Hauptdevise“ der heutigen rechten bulgarischen Regierung ist.

Als „klassisch“ nach den Erfahrungen aus der Tschechischen Republik und anderen östlichen Ländern kann man das Vorgehen der deutschen Konzerne bei der Beherrschung der bulgarischen Presse bezeichnen. Hier kann man eindeutig sagen, daß diese Beherrschung einen unteilbaren Bestandteil des „Dranges nach Osten“ darstellt und nach dem schon erprobten Schema verläuft.

Die wichtigsten bulgarischen Blätter, vor allem die Tageszeitungen „24 Stunden“, die ehemalige gewerkschaftliche Zeitung „Trud“ (Die Arbeit), die Wochenzeitung „168 Stunden“ und auch andere Periodika beherrscht der deutsche Konzern „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, der in Bulgarien unter dem Namen „Bulgarische Zeitungsgruppe“ wirkt.



Warten auf deutsche Kundschaft

Bemerkungen zur politischen Szene

Seit Frühling 1997 existiert in Bulgarien eine rechte Regierung, die eindeutig auf die Zusammenarbeit mit Deutschland und mit der NATO orientiert ist. Diese Regierung entstand aus den vorzeitigen Parlamentswahlen (auf Grund der Unruhen, nach denen die sozialistische Regierung zurückgetreten ist), bei denen die rechte „Vereinigung der demokratischen Kräfte“ 52,26% Stimmen erhalten hat.

Die außenpolitische Orientierung auf Deutschland und die NATO äußert sich markant auch in einem so empfindlichen Bereich wie der heutigen Lage in Jugoslawien (Kosovo). Die bulgarische Regierung ist schon den begrenzten Sanktionen gegen Belgrad beigetreten. Im März dieses Jahres hat die bulgarische Regierung eine beträchtlich vorzeitige Erklärung über ihre Bereitschaft, Flüchtlinge aus dem Kosovo aufzunehmen, herausgegeben.

Man kann sagen, daß die offizielle Stellungnahme Bulgariens in dieser Frage ganz den NATO-Stellungnahmen entspricht. Die Opposition kritisiert diese Tatsache scharf und behauptet, daß man auch an die künftigen Beziehungen mit dem benachbarten slawischen Land denken muß, das in der Vergangenheit immer ein natürlicher Verbündeter Bulgariens war.

Ein zweites Embargo gegen Jugoslawien hätte für die bulgarische Wirtschaft katastrophale Folgen. Die Verluste Bulgariens in den Jahren 1993–1995, als auf dem Balkan die traditionellen Handelswege unterbrochen wurden, wurden inoffiziell auf mehr als 3 Mrd. US-\$ geschätzt, was 30% der bulgarischen Auslandsschulden ausmacht.

Zur Lage der bulgarischen Linke

Ohne zu Übertreiben kann man sagen, daß die bulgarische Linke stark entkräftet, zersplittert und fast nicht aktionsfähig ist. Zur Linken zählen sich eine große Zahl von Parteien und marginalen Parteien, die ihre Kräfte in unendlichen Streitereien und unfruchtbaren Diskussionen erschöpfen. In dieser Zeit kann man deshalb nicht über die reale Alternative zur rechten Regierung reden.

Die stärkste linke Partei, die Bulgari-

sche Sozialistische Partei (BSP), hat 1990 die meisten Mitglieder der aufgelösten Bulgarischen Kommunistischen Partei übernommen. Ab 1989 hat die BSP zwar zweimal die Wahlen gewonnen, aber sie war nicht imstande, die Macht zu behalten. Heute befindet sich die BSP in einer tiefen Krise und wird durch den Kampf verschiedener Fraktionen hin und her geschleudert (die Marxistische Alternative, die Vereinigung für Sozialdemokratie, die Bewegung für Einheit und Erneuerung u.a.).

Im linken Spektrum sind auch die Parteien tätig, die sich zur kommunistischen Bewegung zählen. Ihre Aufzählung wirkt leider etwas komisch: Es gibt zwei Bulgarische Kommunistische Parteien, ferner die Bulgarische Kommunistische Partei der Bolschewiken, die Erneuerte Kommunistische Partei, die Bulgarische Kommunistische Partei der Marxisten, die Bulgarische einheitliche Kommunistische Partei und andere eher marginale Gruppierungen. Die wichtigste von ihnen ist die Kommunistische Partei, deren Vorsitzende Alexander Paunow (ein gebildeter Marxist, Absolvent der Ökonomischen Hochschule in Prag) ist. Auf Grund von Paunows Initiative hat Anfang diesen Jahres ein Versuch stattgefunden, alle kommunistischen Parteien zu vereinigen. Obwohl die einheitliche kommunistische Partei formal noch nicht entstanden (die Eifersucht unter Parteien, vor allem auf der Führungsebene, hat sich hier völlig zum Ausdruck gebracht), ist dieser Versuch vom Standpunkt der Einheitsbildung von unten als bedeutungsvoll einzuschätzen.

Die Balkanländer sind schon einige Jahre ein Brennpunkt der Aufmerksamkeit und des Interesse fast der ganzen Welt. Sie sind ein Platz der ethnischen Konflikte, ein Übungsplatz für NATO-Truppen, sie sind ein Raum, der vom Anfang dieses Jahrhunderts an die Großmächte dazu lockt, ihn zu beherrschen. Die Wege dazu sind bekannt und erprobt: Vor allem „divide et impera“. Und dort, wo der ökonomische und politische Zwang nicht reicht, kann man militärische Mittel benutzen.

In Bulgarien werden diese militärischen Mittel bislang noch nicht eingesetzt.

Vortrag, gehalten bei der Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am 17. Oktober in Köln.

Nigeria

Proteste gegen Ausbeutung der Ölfördergebiete

Ölpipeline explodierte, viele hundert Tote. Medien berichten über die Katastrophe. Ein typisches Muster der Berichterstattung.

Dennoch wird dann auch klar, daß nicht nur die Ogoni von den Ausbeutungsmethoden der Ölkonzerne betroffen waren

und sind. Man erinnert sich noch an Ken Saro-Wiwa und seine Gefährten, die 1995 von der damaligen Regierung hingerichtet worden waren.

Nigeria hat inzwischen eine neue Militärführung erhalten, die auch Wahlen und eine Form von Demokratie angekündigt hatte.

Der in London lebende Schriftsteller Soyinka war in den letzten Tagen aus dem Exil zurückgekehrt; er war mehrfach verfolgt worden. In den Medien fand dies Anerkennung – man vermutete bereits Schritte in Richtung auf eine Besserung der innenpolitischen Lage.

Doch die Fragen der Ölausbeutung und der Umweltverschmutzung, der Entschädigungen für die Fischer und die bäuerliche Bevölkerung blieb unangetastet. Die Proteste setzten sich fort. Wochen und Tage zuvor kam es in der Region dieser Pipeline (Apawor, nahe dem Niger-Delta) zu heftigen Auseinandersetzungen.

Nach dem Tod von zwei Protestierenden gegen den Ölkonzern Chevron im Mai 1997, die damals mit anderen eine Offshore-Ausbeutung verhindern wollten, waren gerade Schadensersatzklagen gegen den Konzern eingereicht worden.

Zeitgleich waren zwei Ölproduktionsstätten von Chevron besetzt worden, um erneut auf die Umweltschäden durch den Konzern aufmerksam zu machen. 30 Arbeiter dieser Stationen waren verhaftet worden.

Ebenso waren von diesen Protesten 15 Bohrstationen von Shell betroffen, dem größten Ölproduzenten in dem westafrikanischen Land.

Nigeria – sechstgrößter Ölproduzent – bezieht 90% der Staatseinkommen aus dem Erdöllexport. Von diesem Reichtum erhalten die Betroffenen praktisch nichts. Der Boykott der Ölproduktion ist deshalb ein empfindlicher Schlag gegen die Ölgiganten wie auch gegen die neue Staatsführung.

Die Jugendlichen, die diese Aktionen ausführen, gehören zu der Ethnie der Ijaw, der viertgrößten Bevölkerungsgruppe Nigerias. Die Proteste galten der Zerstörung ihrer Ländereien durch die Ölverschmutzungen, der fehlenden Infrastrukturereignisse in ihrer Region.

Lange Zeit hatten die örtlichen Bewohner mehr Mitspracherecht, die Ausweisung der auswärtigen Ingenieure und andere Maßnahmen gefordert.

Der Grund für diesen vermutlich aus Fahrlässigkeit entstandenen Riesenbrand ist eventuell darin zu sehen, daß die Pipeline gezielt durch Bohrungen angezapft wurde, und sich mehr als 1000 Leute des auslaufenden Brennstoffs bedienten.

Das Ergebnis ist bekannt: ein Brand mit zahlreichen Toten.

Dahinter verschwindet die seit Jahren entstandene ökologische Verseuchung, eine Wüstenlandschaft durch die rücksichtslose Ölausbeutung der internationalen Konzerne. mc

Palästina

„Friedensabkommen für den Nahen Osten?“ – Ein Kommentar

Unter dem Titel „Friedensabkommen“ liefen in der letzten Woche die Beschreibungen über die merkwürdigen Vereinbarungen, die zwischen der PLO, der israelischen Regierung und der Clinton-Administration abgeschlossen wurden.

An konkreten Entwicklungen gab es folgendes: ein Teilrückzug der israelischen Armee aus weiteren 13% palästinensischem Gebiet, eine Ankündigung zur Freilassung einiger Gefangener aus israelischen Gefängnissen auf der einen Seite; Abgabe von (nicht-quantifizierten) Waffen, Reduktion der palästinensischen Polizeitruppen, verstärktes Vorgehen ge-



Protestaktion in der vergangenen Woche in Ramallah für die Freilassung der palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen. (Bild: Junge Welt)

gen islamischen Bewegungen in den palästinensischen Gebieten unter US-Aufsicht, Änderung der PLO-Charta auf der anderen Seite. Alles andere bleibt ungeklärt. Für dieses „Abkommen“, das im Vergleich zu den Oslo-Abkommen zahlreiche Rückschritte enthält, waren schon Monate im voraus die Konturen klar. Gerangelt wurde um das Ausmaß der Korruption der Arafat-Administration.

Wer nun hierin eine grundlegende Neuentwicklung zum Frieden in der Region zu erkennen vermag, muß schon selbst zum Propagandisten der Realpolitik geworden sind. Unangetastet und ungeklärt bleiben grundlegende Fragen: hierzu zählen die Siedlungs- und Siedler-Frage, die Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, die Rückkehr

der Flüchtlinge, die Anerkennung eines palästinensischen Staates, Demokratisierung etc. Nichts davon wurde angegangen, im Gegenteil konnte sich die abwärts gerichtete Entwicklung noch stärker durchsetzen.

Erstens hat sich die israelischen Regierung, gestärkt durch die Ernennung von Ariel Sharon zum neuen Außenminister (anstelle des gemäßigten Levy), im wesentlichen in ihrer Hartnäckigkeit behaupten können. Es werden neue „bypass-Straßen“ für die Siedlungen gebaut.

Zweitens ist die Mobilisierung der israelischen Rechten gegen dieses Abkommen kein Grund, selbst an den Sinn dieser Entwicklung glauben zu müssen. Ihre biblische Ideologie kennt ohnehin nur „heiligen Boden“. Drittens ist der Einfluß Arafats (nur noch einmal) verlängert worden, der in den letzten Jahren fast jeden Ausverkauf palästinensischer Rechte mitgemacht hat, indem er sich im Inneren mit autokratischer Gewalt behauptet hat.

Er konnte sich der Hilfe der Israelis und der USA versichern, wenn es zum Bürgerkrieg gegen die „Hamas“-Fraktionen kommen sollte. Auch ein palästinensischer Hafen und Flugplatz werden komplett durch Israelis kontrolliert werden. Viertens sind die Auflösungserscheinungen der „arabischen Solidarität“ durch jene verstärkt worden, die früher am lautesten danach riefen. Wobei anzumerken ist, daß die Rolle des jordanischen Königs Hussein schon immer eng an die US-Unterstützung gebunden war. Und schließlich ist die Rolle der US-Geheimdienstes CIA durch direkte Präsenz in dem Konflikt hervorgehoben

worden, die typische Form des „american peace“.

Gerade diese Variante ist allerdings von einigem Zündstoff, gerät doch durch sie der „Erfolg“ der Clinton-Administration in noch engere Abhängigkeit von den Entwicklungen in der Region. Im auch und gerade in dieser Region deutlich sichtbaren Krieg zwischen Reichtum der korrupten Bourgeoisie und Armut der in den Slums gehaltenen Elendsbevölkerung proben die USA erneut (vergeblich) ihren Einsatz für Infiltration und Eroberung – zur Sicherung weltpolitischer Dominanz und Durchsetzung. In ihrem Konzept sind – aus realistischen Gründen – allerdings bereits Evakuierungspläne für einen gescheiterten Arafat mit samt seiner Entourage enthalten. mc



IBEROAMERIKA-GIPFEL: Die Staats- und Regierungschefs aus 21 Ländern Lateinamerikas sowie Spaniens und Portugals vereinbarten bei ihrem Gipfel in der vergangenen Woche in Portugal eine engere Zusammenarbeit und beschlossen die Schaffung eines gemeinsamen Sekretariats. In ihrer „Erklärung von Porto“ verurteilten sie das US-Embargo gegen Cuba. Der Abschluß der Konferenz verzögerte sich infolge einer längeren Ansprache des kubanischen Staatschefs Fidel Castro. Cuba wurde mit der Ausrichtung des nächsten ibero-amerikanischen Gipfels 1999 beauftragt. Vor dem Konferenzgebäude wurde für die Aufhebung der USA-Blockade gegen Cuba demonstriert.

Brasilien: Nach der Wahl die harte Realität – IWF stellt Bedingungen

(Rio de Janeiro, 20. Oktober 1998, pulsar-Poonal).- Mit seinen bekannten Rezepten hat der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Hilfsprogramm für Brasilien vorgestellt, das den Niedergang der Wirtschaft stoppen soll. Vertreter der Finanzorganisation machten allerdings zur Bedingung, daß das Land selbst 20 Milliarden Dollar aufbringt, um im Gegenzug weitere 40 Milliarden vom IWF als Kredit zu erhalten. Weitere Forderungen beziehen sich auf eine Reduzierung der sozialen Ausgaben, höhere Steuern und eine bessere Steuereintreibung. Voraussehbar sind in Brasilien auch höhere Kreditzinsen. Das wird vor allem die Bankkunden treffen, die zu flexiblen Zinsen Geld geliehen haben. Die Wirtschaftskrise soll in ihrer ganzen Schärfe im kommenden Jahr spürbar werden. Pessimistische Schätzungen gehen davon aus, daß dreieinhalb Millionen Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Um bei den Staatsausgaben sparen zu können, dürften viele öffentliche Angestellte von der Regierung entlassen werden.

Proteste gegen MAI-Verhandlungen

Ein breites Bündnis aus Gegnern des Multilateralen Investitionsabkommens (MAI) besetzte in der vergangenen Woche

mehrere Stunden lang das Gebäude der Internationalen Handelskammer (International Chamber of Commerce, ICC) in Paris. Die Aktion „Ins Herz der Bestie“ sollte die tragende Rolle der internationalen Wirtschaftsorganisation bei den Verhandlungen zum MAI ins „Licht der Öffentlichkeit“ bringen, die in der Seine-Metropole am selben Tag wieder aufgenommen wurden.

Rund 200 Demonstranten nutzten die Räumlichkeiten, in denen die Wirtschaftsvertreter sonst ihren eigenen Worten zufolge „ihr einzigartiges Gewicht in der Gestaltung der weltwirtschaftlichen Regeln“ in die Waagschale werfen, zu einer Protestkundgebung mit Vertretern aus zahlreichen Ländern des Südens und des Nordens.

Obwohl die französische Regierung in der vergangenen Woche ihren Austritt aus den Verhandlungen zum MAI erklärte und damit das Abkommen zumindest in der OECD vorerst zu Fall gebracht ist, besteht kein Zweifel, daß sowohl die Bemühungen der ICC als auch der Protest weitergehen werden. Nächstes Ziel von Protestaktionen soll die als „fundamental antidemokratisch“ kritisierte Welthandelsorganisation (WHO) sein, in der im kommenden Jahr voraussichtlich Verhandlungen über ein dem MAI verwandtes Vertragswerk beginnen werden. Die endgültige Entscheidung darüber fällt allerdings erst Ende November in

Genf, wenn die WTO-Arbeitsgruppe über Handel und Investitionen ihren Abschlußbericht vorlegt. (Aram Ziai/Junge Welt 22.10.98)

KP Sudan: Kampf gegen Islamisten

Am 20. August wurde eine Fabrik im sudanesischen Al Shifa von US-Raketen unter dem Vorwand bombardiert, daß dort tödliches VX-Nervengas für Terroristen hergestellt würde. Der Besitzer, der den Betrieb erst Ende März diesen Jahres erwarb, versicherte, daß dort Pharmazeutika hergestellt werden.

In einer Erklärung betont die sudanesisch-kommunistische Partei, daß zwei Punkte hierbei wichtig seien. Einerseits sei die Aktion der USA eine klare Verletzung des Völkerrechts, andererseits setze sich die Nationale Islamische Front aktiv bei der Ausbildung, Unterstützung und beim Export des Terrorismus ein und benutze im Bürgerkrieg im Südsudan und in den Nuba-Bergen chemische Waffen gegen die Zivilbevölkerung. Des weiteren sei die NIF in die Lagerung, Produktion und Nutzung chemischer Waffen verwickelt, das im Sudan herrschende Militärregime zögere weder inner- noch außerhalb des Landes, Massenvernichtungswaffen anzuwenden, um seine schlechten Ziele zu erreichen.

Weiter heißt es in der Erklärung:

„Der von dem NIF-Regime entfesselte Terror richtet sich nicht nur gegen die US-Regierung, sondern in erster Linie gegen das sudanesisch Volk und seine politischen, gewerkschaftlichen und militärischen Führer und Aktivisten. Durch ihren Aggressionsakt hat die US-Regierung dem NIF-Regime in die Hände gespielt.“

Das Regime hat den Vorfall genutzt, um die Aufmerksamkeit der Welt von seinen täglichen Verbrechen gegen das sudanesisch Volk abzulenken.

Solidarität mit dem Volk und die Unterstützung seines Kampfes sowie des Kampfes seiner Vertreter, der Nationaldemokratischen Allianz, ist der einzige Weg, das NIF-Regime im Sudan zu stürzen.

Wir begrüßen den Appell an die Vereinigten Nationen, eine Untersuchungskommission in den Sudan zu schicken. Allerdings würden wir vorschlagen, daß eine solche Kommission sich nicht auf die Recherche in der Fabrik in Al Shifa beschränken sollte, sondern alle Rüstungsfabriken untersuchen sollte.“

Die Sudanesisch-kommunistische Partei ruft bei dieser Gelegenheit ihre Bruderparteien auf, die Anstrengungen zur Solidarität mit dem Volkskampf gegen das Terrorregime der Islamisten im Sudan zu verstärken. Sie setzt sich für die Demokratie ein, für eine friedliche Lösung im Bürgerkrieg und für den Aufbau eines neuen zivilen und fortschrittlichen Sudan. (aus: UZ, Zeitung der DKP, 16. Oktober 1998)

(Zusammenstellung hav)

Bonn. Unter dem Motto „Keine Ruhe für die bolschewistische Schandausstellung“ durfte die NPD mit gerichtlicher Genehmigung am 24.10. neben der Bonner Beethovenhalle, in der zur Zeit die Wehrmachtsausstellung zu sehen ist, eine Kundgebung abhalten. Ca.



1000 überwiegend junge Neonazis und Nazi-Skinheads folgten dem Aufruf.

Ein breites Bündnis antifaschistischer und demokratischer Organisationen hatte zu Gegenaktionen aufgerufen. Mehr als 2000 Polizisten sahen es als ihre Hauptaufgabe an, die vielen Gegendemonstranten in Schach zu halten, die entschlossen waren, den NPD-Aufmarsch zu verhindern. Der Versuch einer Straßenblockade wurde mit äußerster Härte – es gab mehrere Verletzte – verhindert, obwohl der Polizeieinsatzleitung zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt war, daß der NPD-Demozug hier gar nicht vorbeikommen würde. DemonstrantInnen wurden dann stundenlang eingekesselt. Über 60 AntifaschistInnen wurden vorübergehend inhaftiert und nur durch Vermittlung von Grünen-Politikern, die in der Beethovenhalle ihren Sonderparteitag durchführten, wieder freigelassen und der Vorwurf des Landfriedensbruchs fallengelassen. Die Antifaschistische Initiative Wuppertal stellte Strafanzeige gegen den Bonner Polizeipräsidenten.

Gerichtsentscheidungen sorgen z.Zt. ständig dafür, daß NPD/JN-Aufmärsche stattfinden können, obwohl sich in diesen Organisationen massiv militante Neonazis sammeln. Rot-Grün wird überlegen müssen, wie einer weiterer Formierung der Rechten auch auf gesetzlicher Ebene begegnet werden kann. u.b.

Solidaritätstreffen für griechische NS-Opfer

DORTMUND. Am 14.11. werden die Gemeinde der Griechen in Dortmund und Umgebung e.V., VVN-BdA und das Internationale Rombergparkkomitee eine gemeinsame Veranstaltung zur Unterstützung der Forderungen griechischer NS-Opfer nach Entschädigung durch die BRD durchführen. Ende 1997 hat ein griechisches Landesgericht in der Stadt Levadia die Bundesrepublik dazu verurteilt, rund 55 Millionen Mark Entschädigung an die Familien der Opfer des Massakers der Hitler-Wehrmacht vom Juni 1944 in Distomon zu zahlen. 214 Menschen, überwiegend Greise, Frauen und Kinder, fast die Hälfte der Einwohner Distomons, waren als „Vergeltung“ für die Aktionen der Partisanen von deutschen Soldaten niedergemetzelt worden – auf viehische Art und Weise. So geschah es auch in vielen anderen griechischen Gemeinden.

Brandanschlag auf Roma-Familie

FRANKFURT. In der Nacht vom 18. auf den 19.10.98 wurde ein Brandsatz in ein Haus in Fechenheim geworfen, das von einer aus Rumänien stammenden Roma-Familie bewohnt wird. Allein das schnelle Reagieren eines Bewohners, der den Brandsatz entfernte, verhinderte, daß es Schaden an Leib und Leben der Familienmitglieder gab. Nach Information der Roma-Union leben allein zehn kleine Kinder in dem Anwesen. Die Roma-Union wies bereits mehrmals darauf hin, daß

in Frankfurt eine besorgniserregende Stimmung gegen Roma festzustellen ist. Auch in Fechenheim, wo die Roma-Union in Konflikten zwischen Rom und Nicht-Rom versuchte zu vermitteln, stieß sie zum Teil auf enorme Ressentiments und rassistische Einstellungen, deren Zielsetzung letztlich die Vertreibung der Familie war. Für die Roma-Union ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar, daß die Polizei ein ausländerfeindliches Motiv ausschließt und entsprechend ermittelt. Die Roma-Union fordert die Verantwortlichen auf, die Sicherheit der Familie zu gewährleisten, umgehend Polizeischutz oder eine andere Wohnung zur Verfügung zu stellen sowie die rückhaltlose Aufklärung des Brandanschlags.

Pressemitteilung, 20.10.98

Städtereklame: Mit DVU-Wahlwerbung Geld verdienen?

ESSEN. Im Gegensatz zu früheren Wahlkämpfen gab es in den letzten 10 Tagen vor der Bundestagswahl in Essen massive öffentliche Werbung für DVU, REP und – deutlich bescheidener – die NPD. Es ist hier nicht die Rede von den kleinen Dreiecksständen, die Gemeinden allen zur Wahl zugelassenen Parteien zugestehen müssen. Es geht um die kommerzielle, bezahlte Parteienwerbung. Führen doch die meisten Werbeagenturen ihre Geschäfte unter der Devise: auch braunes Geld stinkt nicht.

Wenn allerdings selbst kommunale Firmen mit diesem Motto ihre Geschäfte betreiben, beginnt der Skandal. Die

Deutsche Städtereklame GmbH (DSR), deren Gesellschafter bundesdeutsche Kommunen sind, hat vor der Bundestagswahl am 27.9.1998 pro Standort der Großplakatwände in Essen für 10 Tage Anmietung zwischen 100 und 250 DM an DVU und REP verdient. Die rechtsradikale Werbung tauchte durchaus in besten Lagen wie der Schützenbahn im Stadtzentrum auf und ansonsten vorwiegend in sozialen Problemvierteln im Essener Norden und Nordosten.

In der September-Ratssitzung machte die Grüne Ratsfraktion diesen Vorgang zum Thema der aktuellen Stunde. Oberstadtdirektor Hartwig versprach dort immerhin, sich im zuständigen Aufsichtsrat um das Problem zu kümmern. Von SPD und CDU fehlte jede Reaktion.

Walter Wandtke

Neuer Leukämiefall nahe dem AKW Krümmel

ELMSHORN. In der Nähe des AKW Krümmel ist erneut ein Erwachsener an Leukämie erkrankt. Seit Anfang der 90er Jahre sind im Umkreis von fünf Kilometern um den Reaktor neun Kinder sowie zwei Erwachsene an Leukämie erkrankt. Im bundesweiten Vergleich zu den anderen AKWs sind um Krümmel die meisten Leukämiefälle registriert. Greenpeace, der BUND und Bürgerinitiativen wiederholten daraufhin ihre seit Jahren bestehende Forderung, den Schrottreaktor, in dem zwischen 1988 und 1998 insgesamt 146 meldepflichtige Ereignisse auftraten, sofort stillzulegen. Das AKW, das seit Juni für Wartungsarbeiten abgeschaltet ist, soll nach Angaben des Betreibers im Laufe des Oktobers wieder ans Netz gehen. Eine Genehmigung des rot-grün-geführten Energieministeriums ist dafür Voraussetzung. S.P.

Lebenshilfe fordert Antidiskriminierungs-Gesetz

BONN. Vor laufenden Kameras überreichten Vertreter/innen der Lebenshilfe 238 221 Unterschriften gegen das sogenannte „Kölner Maulkorb-Urteil“ an die – jetzt ehemalige – Bundestagspräsidentin Süßmuth. Sie unterstützte dabei die Lebenshilfe in der Forderung nach einem Antidiskriminierungs- bzw. Gleichstellungsgesetz sprechblasenartig: „Es ist eine Verpflichtung, nun politisch zu handeln.“ Das im Januar gefällte Urteil des Kölner Oberlandesgerichts, das behinderten Menschen im Kreis Düren das Sprechen und Lachen in ihrem eigenen Garten zeitweise verbietet, habe die Bemühungen um die Integration behinderter Menschen „erheblich zurückgeworfen“. Die Teilnahme am Aktionstag „Blaue Parade“ zur Gleichstellung behinderter Menschen und zum 40. Geburtstag der Lebenshilfe, auf der sie eigentlich die Unterschriften entgegennehmen sollte, hatte Süßmuth noch kurzfristig abgesagt. dm

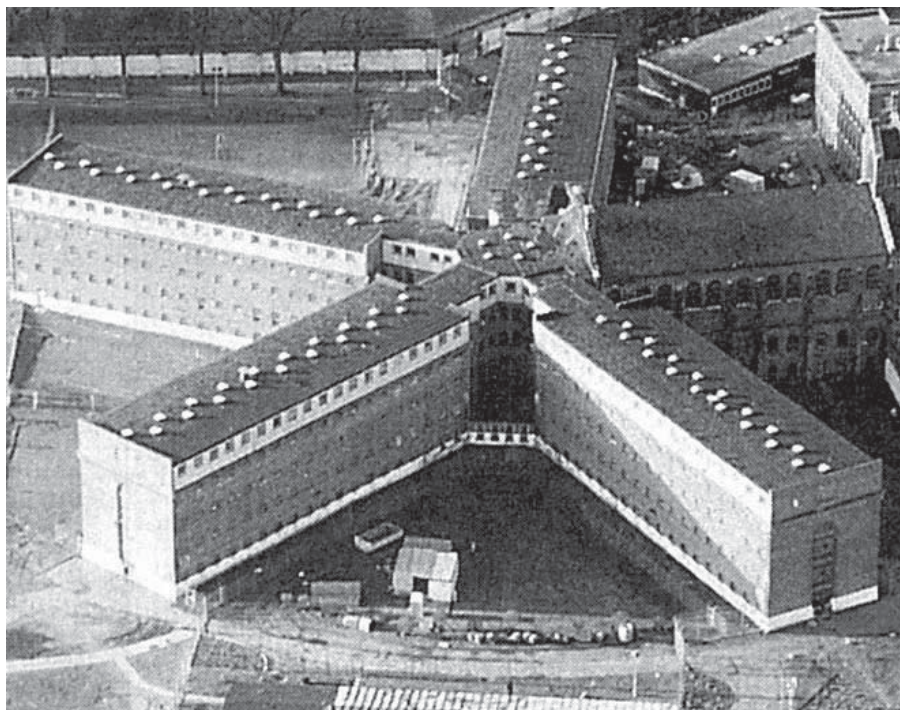
Skandalöse Geldbeschaffung

HAMBURG. Aus welcher Behörde hört man heute keine Klagen über mangelnde Finanzmittel, überall herrscht Ebbe in den öffentlichen Kassen. Not macht bekanntlich erfinderisch – das sagten sich offensichtlich auch einige Verantwortliche der Justizbehörde und ersannen eine neue Methode der Geldbeschaffung.

Gegen Gefangene in Hamburgs Knästen, die sich „etwas zuschulden kommen lassen“, also z.B. sich mit einem anderen Gefangenen prügeln, Anweisungen des Vollzugspersonals nicht bedingungslos folgen oder etwa ihrer Pflicht zur Zwangsarbeit nicht nachkommen, wird, so sieht es das Strafvollzugsgesetz vor, ein Disziplinarverfahren eröffnet, sie werden bestraft. Sei es, daß ihnen das TV-Gerät weggenommen wird oder daß sie

sperrt war, einen Haftkostenbeitrag in Höhe von DM 21,25 zu zahlen – ein Beitrag, für den ein Gefangener ca. 3 Tage arbeiten muß, denn Gefangenen erhalten im Schnitt eine „Entlohnung“ von 8.- DM täglich. Insbesondere für Gefangene, die über einen längeren Zeitraum isoliert waren, ergibt das schon mal eine Summe, die sie aus ihrem „Arbeitsverdienst“ kaum zahlen können. Wer etwa, und das ist so selten nicht, einen Monat lang weggesperrt wurde, hat nach Aufrechnung der Justizbürokraten dann die Summe von DM 467,50 (22 Arbeitstage x 21,25) zu zahlen. Den gleichen Betrag „verdient“ er in ca. 3 Monaten.

Nicht nur, daß es schon ziemlich böseartig ist, sich derartige Methoden der Geldbeschaffung für den gebeutelten Ju-



für Tage, Wochen oder gar Monate von den übrigen Gefangenen isoliert werden. Schlimm genug, daß man glaubt, allein mit Repression ließen sich die Probleme eines erzwungenen Zusammenlebens, eines Mikrokosmos auf engstem Raum lösen.

Doch wer in den letzten Wochen eine „Arreststrafe“ zu verbüßen hatte oder auch für längere Zeit wegisoliert wurde, erhielt danach ein Schreiben der Justizverwaltung, in dem ihm mitgeteilt wurde, er habe „... an x Tagen schuldhaft nicht gearbeitet...“ und sei deshalb „... gemäß § x der Verwaltungsgebührenordnung zur Zahlung eines Haftkostenbeitrages verpflichtet“. Wie in dem Schreiben mitgeteilt wurde, habe der betreffende Gefangene für jeden Tag, den er zwangsweise auf der Isostation wegge-

stizhaushalt auszudenken, eine solche Praxis widerspricht auch dem Grundgedanken des Strafvollzugsgesetzes. Sie zeigt allerdings, und insofern ist sie nur ein Beispiel mehr in einer Kette von Entscheidungen und Vorgängen, woher nach Übernahme der Amtsgeschäfte von Senatorin Peschel-Gutzeit der Wind weht: Gefangene sind – mindestens in den Augen der Justizbürokraten – in jeder Weise verfügbar, mit ihnen kann man machen, was man will.

Einer erfolgreichen Wiedereingliederung in die Gesellschaft mag das nicht dienlich sein – doch darum geht es längst nicht mehr. Heute folgt man wie in anderen Bereichen vor allem dem eigenen Gutdünken, getreu dem Motto: legal, illegal – scheißegal.

jes

Schleswig-Holstein jetzt mit zweierlei Rechtschreibung

KIEL. 56,4 % der Wähler haben bei dem Volksentscheid am 27.9 für den Antrag der Volksinitiative „Wir gegen die Rechtschreibreform“ gestimmt, 29.1 für den Gesetzentwurf des Landtages und 14,6 gegen beide. Proteste gegen diese Entscheidung zeigten sich danach vielfältig. Eine Flut von Leserbriefen in den Zeitungen bis hin zu Schüleraktionen. In der 12 000 Einwohner Stadt Tornesch demonstrierten am 9.10, organisiert von der Schülervertretung der Realschulen unter Beteiligung aller Schulen des Ortes, 600 Schüler gegen die Wiedereinführung der alten Regeln.

Zwei Jahre wurde bereits nach den neuen Regeln an den Schulen unterrichtet. Von den 312 000 Schülern haben 90 000 nur die neuen Regeln gelernt.

Auf einer Konferenz der Landtagsfraktionen wurde jetzt der Streit um die Umsetzung beigelegt. Es wird wieder nach den alten Regeln unterrichtet werden. Aus der Verwendung der neuen Rechtschreibung darf den Schülern aber keine Nachteil entstehen. Die Lehrer sollen die Regeln der neuen Rechtschreibung korrigieren, aber nicht als Fehler werten. So weit noch vorhanden, sollen Schulbücher nach der alten Rechtschreibung eingesetzt werden. Die Landesregierung will sich auf der Konferenz der Kultusminister für eine einheitliche Regelung einsetzen. Dann soll der Landtag entscheiden, wie weiter verfahren wird.

Der Sprecher der Volksinitiative Matthias Dräger setzt immer noch auf die bundesweite Signalwirkung der Entscheidung. Er fordert neue Beratungen der Länder und hofft auf ein Volksbegehren, dass in Bayern im März beginnen soll. In Baden-Württemberg hat die Regierung aber inzwischen die Einführung der neuen Rechtschreibung als Amtssprache ab dem 1.1.99 beschlossen. Matthias Dräger ruft in Schleswig-Holstein dazu auf, dass Eltern und Lehrer die Schulbücher mit neuer Rechtschreibung zu Hause handschriftlich korrigieren sollen. Ein hilfloser Aufruf, denn wer kann das denn? Eine amüsante Realsatire am Rande, die Lübecker Reformgegner sollen in ihrer schriftlichen Klagebegründung mehr Rechtschreibfehler nach den alten Regeln, als nach den neuen gemacht haben.

Der Bayrische Ministerpräsident Stoiber hat jetzt angekündigt, er wolle die Bundesratsinitiative der SPDgeführten Länder zu bundesweiten Volksentscheiden unterstützen um die geplante doppelte Staatsbürgerschaft zu verhindern.

kaq

Proteste verschieben Klinikfusion

STUTTGART. Der Stuttgarter Gemeinderat beschloß am 8. Oktober, daß die Zusammenlegung der vier städtischen Kliniken zu einem Eigenbetrieb nicht, wie von der Verwaltung geplant, zum 1.1.1999, sondern erst zum 1. Juli 1999 stattfinden soll.

Der Entscheidung vorausgegangen war eine Personalversammlung der Beschäftigten aller städtischen Häuser, zu der 900 Beschäftigte gekommen waren. Eindeutiges Ergebnis vieler Redebeiträge war:

Der Zeitdruck für die Fusion wird von den Ärztlichen Direktoren, den Pflegedienstleitungen und den Beschäftigten aller Berufsgruppen abgelehnt, denn sie birgt die Gefahr von Fehlentscheidungen, welche die Mitarbeitenden ausbaden müssen.

Die Zusage für den Erhalt der vier örtlichen Personalräte ist eine zentrale Forderung, um die Personalvertretung gerade bei der jetzt geplanten Fusion, die viele Arbeitsplätze betreffen wird, vor Ort zu haben.

Das Sana-Management wird von den Beschäftigten nicht weiter akzeptiert. Beiträge, die die Kündigung der Sana-Verträge forderten, bekamen den stärksten Beifall, denn unter den drastischen Sparmaßnahmen litten die Arbeitsbedingungen als auch die medizinische Versorgung. Außerdem sagen die Beschäftigten, daß die über 30 Millionen DM Prämie, die die Sana in den letzten 5 Jahren kassierte, den Krankenhäusern zugute kommen soll.

Nahezu einstimmig wurde folgender offene Brief verabschiedet:

Offener Brief der Teilnehmer der Personalversammlung der Krankenhäuser am 30.09.1998

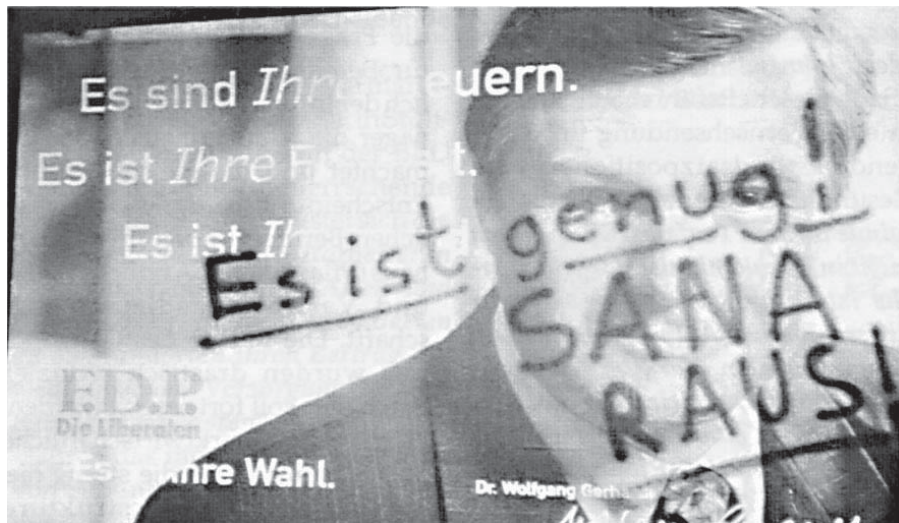
Wir, Teilnehmer der Personalversammlung der Stuttgarter Krankenhäuser, appellieren an Oberbürgermeister Dr. Schuster und die Gemeinderäte, bei der geplanten Zusammenlegung der vier Stuttgarter Kliniken uns Beschäftigte und unsere Interessen nicht zu übergehen.

Wir fordern deshalb:

- Die Zusammenlegung der vier Kliniken muß zumindest um ein Jahr verschoben werden.

- Die Stadt muß vor der Bildung eines Eigenbetriebs verbindlich zusagen, daß es weiterhin vier örtliche Personalräte gibt, und daß die Zuständigkeit des städtischen Gesamtpersonalrats für die Krankenhäuser erhalten bleibt.

Wir Beschäftigte waren an den Überlegungen und Planungen zur Zusammenlegung der vier Stuttgarter



Vor der Wahl: Abgeändertes Plakat auf dem Betriebsgelände des Katharinenhospitals. Nach der Wahl: Die FDP ist aus der Regierung, das Sana-Projekt allerdings ist bloß verschoben.

Kliniken bisher in keiner Weise beteiligt. Informationen über die Zusammenlegung haben wir nur über die Presse und die Veröffentlichungen der Personalräte erhalten. Da durch die Zusammenlegung unsere Interessen massiv berührt werden, fordern wir die Stadt, auf, uns an diesem Prozeß zu beteiligen.

Die Strukturen und Entscheidungsbedingungen innerhalb eines Klinikums müssen sowohl die demokratische Teilhabe aller Berufsgruppen als auch die Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Häuser gewährleisten. Die Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten des Gemeinderats müssen ausgedehnt und nicht noch weiter zurückgeschraubt werden. All dies ist aufgrund der bestehenden Sana-Verträge nicht möglich. Deshalb sollte die Festlegung der neuen Strukturen erst nach Kündigung/Ablauf dieser Verträge geschehen.

Wir Beschäftigte sind der entscheidende Faktor für die Qualität der Patientenversorgung in den Kliniken. Wir befürchten, daß eine weitere Zentralisierung der Entscheidungen zu einer noch größeren Dominanz wirtschaftlicher Erwägungen führt und damit zu einer Verschlechterung der Patientenversorgung vor Ort. Einer solchen Entwicklung muß durch die Einbeziehung der Beschäftigten in den Umstrukturierungsprozeß und durch eine entsprechende Gestaltung der neuen Strukturen entgegengewirkt werden.

Wir Beschäftigten waren bisher das Hauptziel der Sparmaßnahmen des Sana-Managements. Wir befürchten, daß eine Zusammenlegung der Krankenhäuser einen nochmaligen Perso-

nalabbau unter dem Deckmantel der Abschöpfung von „Synergieeffekten“ mit sich bringt. Wir erklären, daß ein weiterer Personalabbau und die damit verbundene Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen nicht akzeptabel ist.

Unsere Vorbehalte gegen die Zusammenlegungspläne werden verstärkt durch die Tatsache, daß es bisher noch keine verbindliche Garantie für das Fortbestehen von örtlichen Personalräten in den einzelnen Krankenhäusern gibt. Auch die Frage der Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats für die Krankenhäuser ist weiterhin ungeklärt. Sowohl örtliche Personalräte als auch die Zuständigkeit des Gesamtpersonalrats bei krankenhäusübergreifenden Fragen halten wir aber für die effektive Vertretung unserer Interessen für zwingend notwendig.

Des weiteren beschloß die Gemeinderatsmehrheit (CDU, FDP, Freie Wähler, REP), daß die Sana (Managementgesellschaft der privaten Krankenkassen) weiterhin die Leitung dieses neuen Eigenbetriebes behalten soll.

Sicherlich waren die Proteste der Beschäftigten ein Grund für die Verschiebung, wenn sie auch leider nur ein halbes Jahr, statt wie gefordert ein Jahr, beträgt. Die Zeit kann genutzt werden, um seitens der Beschäftigten genauere Vorstellungen und Forderungen zu erarbeiten für die Satzung, d.h. die Aufgabenverteilung im neuen Eigenbetrieb.

Bezüglich der Vertragsverlängerung mit der Sana, wollen die Grünen von der Europäischen Kommission prüfen lassen, ob nicht eine europaweite Neuausschreibung erforderlich ist. SPD und Grüne sprachen sich für einen bei der Stadt angestellten Krankenhausdirektor aus. Auch in dieser Frage ist Bewegung noch möglich.

evo



Abschiebungen nigerianischer Flüchtlinge beschlossene Sache – Rückkehrverfahren?

HANNOVER. Beim letzten Treffen des Unterstützerkreises gegen die Abschiebungen am 12. 10. wurde bekannt, daß nunmehr die Abschiebungen der sechs nigerianischen Flüchtlinge endgültig entschieden sind. Die Termine der Abschiebungen liegen zwischen dem 27.10. bis 4.11. Sie werden einzeln abgeschoben von verschiedenen Flughäfen aus. Alle Bemühungen seit 1996 zu erreichen, daß sie von einem anderen Land aufgenommen werden (bemüht wurde sich zum Schluß um Senegal und Ghana), sind bisher erfolglos geblieben. Der Vertreter der NAN (Nigerian Association in Niedersachsen) erklärte zu den bisher gescheiterten Versuchen bezüglich Senegal und Ghana, daß beide Länder wieder Beziehungen zu Nigeria aufgenommen haben, so wurde General Ahubakar (Nigeria) in Ghana zum Staatsbesuch empfangen. In einer Information der Afrika-Initiative und dem Nigeria-Arbeitskreis Hannover heißt es unter der Überschrift „Rückkehrgefährdung“: „Unsere Argumente (gegen die Abschiebung, d.Verf.) sind mit der Mahnwache vom 8.10.98 noch einmal öffentlich geworden. Damit sind alle wichtigen Gründe genannt, aber die Lage in Nigeria verändert sich weiter. Die Sondergesetze bleiben noch in Kraft, Hunderte politischer Gefangener sind weiter inhaftiert, für die Wahlen ist ein neuer Termin im Gespräch (Februar 1999). Einige führende Politiker der Demokratiebewegung sind in den letzten zwei bis drei Wochen zurückgekehrt. Über Johnson Okeke (einer der Flüchtlinge, der freiwillig nach Nigeria ausgereist ist, d.Verf.) heißt es, er habe Stunden im Polizeiverhör verbracht, sei dann aber freigelassen worden. Wenn all diese Informationen eine Lage wiedergeben, die ein niedriges Risiko für unsere sechs Freunde bedeuten würde, bleibt eine Gefährdung weiterhin gegeben, mit drastischen Maßnahmen des Militärregimes wäre aber wohl zunehmend weniger zu rechnen.“ In der Diskussion gab es insofern Differenzen, daß die NAN-Mitglieder sich wesentlich weniger darauf einstellen konnten, daß die Abschiebungen tatsächlich stattfinden und sie sich große Sorgen um die Betroffenen machen, denn selbst wenn der Staat nicht offiziell Sanktionsmaßnahmen vornimmt, bleiben viele Möglichkeiten, die sechs verschwinden zu lassen. Von daher treten sie nach wie vor dafür ein, daß trotz der ziemlich aussichtslosen Lage alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Abschiebungen doch noch zu verhindern. Auch die übrigen Mitglieder sind dafür, alles zu tun, um einen Aufschub zu erreichen.

Gleichzeitig befaßten sie sich aber auch mit der Tatsache, daß die Abschiebungen nicht mehr zu stoppen sind und erörterten Maßnahmen, welche Kontakte für den Zeitpunkt, wenn die sechs Flüchtlinge in Nigeria ankommen, aktiviert werden müssen, um ganz konkret verfolgen zu können, ob sie sich dort unbeschadet aufhalten können. Das weitere werden Kontakte geknüpft über die Gewerkschaft, um die Flugbegleiter, die bei den Abschiebungen Dienst haben werden, darüber zu informieren, um wenn es sich bei den „Fluggästen“ handelt.

In einem Antwortschreiben von Innenminister Glogowski an den Abgeordneten Lippelt (Grüne), der den Innenminister aufgefordert hatte, die Abschiebungen zu verhindern, schreibt Glogowski: „Nach den mir vorliegenden Informationen ist es außerordentlich unwahrscheinlich, daß die ausreisepflichtigen Nigerianer im Falle einer Rückkehr nach Nigeria derzeit mit einer staatlichen Verfolgung zu rechnen haben. Eine aktuelle Nachfrage beim Auswärtigen Amt hat ergeben, daß sich die Menschenrechtsslage in Nigeria in den vergangenen Monaten wesentlich verbessert hat.“ Nach Auskunft einer Vertreterin der Grünen, die beim letzten Treffen des Unterstützerkreises gegen die Abschiebungen anwesend war, hat die Innenministerkonferenz

(mit Ausnahme der grünmitregierten Länder) ebenfalls festgestellt, daß Nigeria nicht mehr zu den Ländern gehört, von denen eine Gefährdung ausgeht. Solche öffentlichen Stellungnahmen durchlöchern den bisher getragenen Protest gegen die Abschiebungen. Trotz der ziemlich aussichtslosen Lage finden noch verschiedene Aktivitäten statt: So u.a. regelmäßige Mahnwachen vor dem Ordnungsamt Hannover, die Vorbereitung einer Demonstration am 22.10., zu der bisher der Ausländerbeirat der Stadt Hannover, die NAN, der Flüchtlingsrat Nds., sowie Landtags- und evtl. auch Bundestagsabgeordnete ihre Teilnahme zugesagt haben sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit. bee

Letzte Meldung:

Am 15.10. wurde bekannt, daß Wole Soyinka nach Nigeria gefahren ist. Daraufhin haben einige Mitglieder des NAN mitgeteilt, daß sie nun ebenfalls nach Nigeria zurückkehren wollen. Aufgrund dieser neuen Sachlage wollen die Anwälte der sechs Flüchtlinge, die ab 27.10. abgeschoben werden sollen, versuchen zu erreichen, daß die Abschiebungen aufgehoben werden und die sechs in einem Rückkehrverfahren nach Nigeria einreisen.

Abschiebung aus Kirchenwanderasyl eingeleitet

KÖLN. Am 20.10. wurde der 26jährige kurdische Flüchtling Halil Ray vor den Türen der ihm Zuflucht gewährenden kath. Kirchengemeinde St. Bruno in Köln-Klettenberg von der Kölner Polizei verhaftet. Obwohl er sofort zur Abschiebung nach Frankreich überstellt wurde, teilte die Polizei Pfarrern und Anwälten mit, Ziel der Verhaftung sei lediglich eine kurze Feststellung der Personalien. Zur selben Zeit wurde im Düsseldorfer Landesinnenministerium über die Bleiberechtsforderung der über 200 Kurden im Wanderkirchenasyl verhandelt.

Das Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW mit 54 zufluchtgewährenden Gemeinden, die Kampagne kein mensch ist illegal sowie eine breite solidarische Öffentlichkeit fordern die sofortige Freilassung Halil Rays, da ihm im Fall einer Abschiebung in die Türkei Folter und Tod drohen. Wir fordern auf, beim Oberstadtdirektor Köln als vorgesetzte Behörde des Ausländeramtes zu protestieren und die Freilassung von Halil Ray zu verlangen, Tel: 0221-221 2053, sowie beim jetzt zuständigen Ausländeramt Karlsruhe, Tel. 0721-6631 225.

kein mensch ist illegal Köln, Foto: arbeiterfotografie



Aufklärung und Aktionen gegen Rechts sind weiter nötig

Von Peter Ritter

Die Rechtsextremen haben den Einzug in den Bundestag und den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern nicht geschafft! Eines der positiven Ergebnisse der Wahlen.

Die von nächtlichen Kolonnen angebrachten Plakate werden von Wind und Regen weggespült, das Problem des Rechtsextremismus aber bleibt. Auch wenn DVU, NPD und Republikaner noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind, sprechen die Wahlergebnisse eine deutliche Sprache.

Zählt man die Ergebnisse der drei Parteien zusammen, kommen sie im Bundestagswahlkreis 270 auf 6,2, im Bundestagswahlkreis 267 auf 5,5 Prozent, im Landtagswahlkreis Uecker-Randow I auf 6,7, in Ostvorpommern auf 6,5 Prozent ... Zähle ich die Stimmen für alle drei in meinem Wahlkreis (Demin II) zusammen, haben dort 1.449 Wählerinnen und Wähler rechtsextrem gewählt. Die Parolen und Aufmärsche der Rechten sind also auf durchaus fruchtbaren Boden gefallen! Kaum sind die Wahlen vorbei, verschickt Herr Frey wieder persönliche Briefe. Dort heißt es u.a.: „... die DVU hat unter schwierigsten Gegebenheiten gegen die Fälschungen der antideutschen Meinungsindustrie und eine gewaltige Übermacht von alten Parteien und ihren Hilfstruppen bei den Wahlen am 27.9. mehr als 600.000 Stimmen erlangt ... Soweit es Ihnen finanziell möglich ist, bin ich für Ihre ... Spende an die DVU aufrichtig dankbar (Zahlschein anbei) ...“ Wir haben also keinen Grund, uns ruhig zurückzulehnen.

Eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern muß sich an ihrem Kampf gegen Rechts messen lassen. Wir sind aufgefordert, in den zahlreichen Bündnissen gegen Rechts

1. für deren Fortbestand und
2. für weitere Aufklärung und Aktionen gegen Rechts zu sorgen.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Europa- und Kommunalwahlen ist dies besonders notwendig, denn die Rechtsextremen brauchen diesmal keine lange Anlaufkurve, sondern können nahtlos an den Landtagswahlkampf anknüpfen. Werden die Erwartungen der Wählerinnen und Wähler vom 27. September für eine neue Politik nicht erfüllt, wird man sich über steigende Prozentpunkte rechts außen nicht wundern müssen. („Offenes Blatt“, Oktober '98)

Peter Ritter ist Sprecher für Antifaschismus der PDS in Mecklenburg-Vorpommern.

10 Uhr
Demonstration
Hauptbahnhof Erfurt
Mit Peter Gingold,
Frank Spieth,
VertreterIn & Antifa-Gruppen

Gegen das Verdrängen
Gegen das Wegschälen
60 Jahre Reichstagsbrand

12 Uhr
8. Antifaschistischer/
Antirassistischer
Ratschlag
Haus d. Gewerkschaften Erfurt

WICHTIG: NICHTS GLEICH LINKS!

Foren:

- Neofaschismus auf dem Vormarsch
- Staatsfinanziert oder zivilcouragiert?
- Bürgerchaften Rechtsentwicklung an den Unis
- Bürgerrechte Innere Sicherheit
- Kein Mensch ist illegal
- Menschenrechte und Asyl
- Nazis im Netz

Streitgespräch
"Staatliches Gewaltmonopol"

Zum 8. Antifaschistischen und Antirassistischen Ratschlag in Thüringen laden antifaschistische Initiativen am 7. November ins Haus der Gewerkschaften nach Erfurt. Eröffnet werden soll der Ratschlag mit einer Demonstration, die um 10 Uhr vor dem Hauptbahnhof in Erfurt beginnen soll und auf der unter anderem Peter Gingold (VVN-BdA) und Frank Spieth (Vorsitzender DGB Thüringen) sowie VertreterInnen der Antifa-Gruppen sprechen werden. Um 12 Uhr beginnt dann der eigentliche Ratschlag im Haus der Gewerkschaften, Juri-Gagarin-Ring 150. (Tel. 0361-65998-13, Fax 0361-6599899.)

Leipzig

Wirtschaftsförderung aus Gewerkschaftssicht

Die Zeitung „Leipzigs Neue“ berichtete am 16. Oktober über eine Sondersitzung des Leipziger Stadtrats zur Wirtschaftsförderung in der Stadt. Hier Auszüge aus einem Beitrag des 2. Bevollmächtigten der IG Metall Leipzig, Bernd Kruppa, der noch einmal die Probleme der massiven Deindustrialisierung im Osten beschreibt und laut „Leipzig Neue“ auf der Sitzung „starke Beachtung“ fand.

Wie Sie wissen, sind seit 1989 in der Region Leipzig rund 110.000 industriell geprägte Arbeitsplätze verlorengegangen. Folge des Wegbrechens ganzer Märkte in Osteuropa und fehlender Konkurrenzfähigkeit, insbesondere nach der Währungsunion, war die Liquidierung und Zerschlagung vieler Leipziger Traditionsunternehmen. Aus heutiger Sicht bringt es uns nicht weiter, darüber zu lamentieren, daß sich unsere Forderung „Erst sanieren, dann privatisieren“ politisch nicht durchsetzen ließ. Der vorliegende Wirtschaftsbericht (der Stadtverwaltung) weist einen Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wirtschaftsstruktur in Leipzig – mit dem Bergbau und der Energie- und Wasserwirtschaft – von knapp 14% aus, der Anteil der Metall- und Elektroindustrie liegt schätzungsweise bei 8%. Das Gros der Betriebe beschäftigt 20 bis 50 Mitarbeiter. Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad liegt bei 90 Mitarbeitern. Nur ganze 6 Unternehmen haben rund 500 oder mehr Be-

schäftigte. So scheint es, daß die größeren Entwicklungschancen Leipzigs vor allem im Dienstleistungssektor und im Bereich Medienwirtschaft / Kommunikation liegen. Nur haben die dortigen Zuwächse eben noch keine entscheidenden Impulse für den Arbeitsmarkt gebracht. Insofern halten wir es für dringend geboten, daß sich Leipziger Wirtschaftsförderung auch weiter auf das industrielle Standbein konzentriert.“

Aus Gewerkschaftsseite ergeben sich folgende Entwicklungsansätze für eine regionale Struktur-, Industrie- und Beschäftigungspolitik, die Kruppa im einzelnen ausführlich erläuterte:

1. Die Kommunikationsbeziehungen der regionalen Akteure müssen ausgebaut und intensiviert werden.
2. Wir brauchen eine konkrete Strategie zum Erhalt und zur Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes.
3. Wir brauchen eine konsequente Unterstützung der in der Region ansässigen Unternehmen, vor allem des Handwerks, bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.
4. Wir brauchen bessere Möglichkeiten und Mittel für die Einzelfallunterstützung in der Auftragsfinanzierung oder bei Insolvenzgefahr.
5. Wir werden auch zukünftig eine enge Verzahnung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung brauchen ...
6. Leipzigs Wirtschaftspolitik muß weiter auf das Ziel der Schaffung von ausreichenden Ausbildungsplätzen in der Region setzen.

(aus: Leipzigs Neue Nr. 21/98, 16.10.98)

Verstoß gegen den Geist des neuen Flüchtlingsgesetzes

Die mangelnde Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Einzelunterkünften kritisieren der Flüchtlingsrat Thüringen e.V., der Evangelische Kirchenkreis Erfurt und der Caritasverband für das Bistum Erfurt.

Seit 1. Januar 1998 ist das Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden Rahmenbedingungen geschaffen, so daß Flüchtlinge nunmehr in Einzelunterkünften untergebracht werden können. Landkreise und kreisfreie Städte können nun eigenverantwortlich entscheiden, ob sie Flüchtlinge ghettoisiert in Gemeinschaftsunterkünften am Rande der Städte oder aber verteilt in verschiedenen Stadtteilen in derzeit leerstehenden Wohnungen unterbringen möchten.

Neun Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes läßt sich feststellen, daß landesweit weniger Flüchtlinge in Einzelunterkünften untergebracht werden als vor der Verabschiedung des Gesetzes. Die Kritik aus Sicht der Verbände gilt besonders dem Innenministerium sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten: „Statt gemeinsamer Verantwortung für die mit dem Gesetz gewollte Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen zu übernehmen, spielen sich die Behörden gegenseitig den Schwarzen Peter zu.“

Besondere Empörung macht sich darüber breit, daß die Stadt Erfurt ein zusätzliches Flüchtlingsheim plant, das noch Ende 1998 belegt werden soll: „Die Errichtung eines neuen Heimes widerspricht dem Geist des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Bestehende Großunterkünfte sollen abgebaut, nicht neue errichtet werden.“

Einige Kommunen scheinen die Verantwortung zu scheuen, eine diesbezüglich eigenverantwortliche Entscheidung zu treffen.

Seit etwa drei Monaten werden in Erfurt keine Flüchtlinge mehr in Wohnungen untergebracht. Mit der Errichtung einer weiteren Gemeinschaftsunterkunft würden Gelder verlorengehen, mit denen der leerstehende Wohnraum der Stadt sinnvoll genutzt und Asylsuchende menschenwürdig untergebracht werden könnten.

Wir müssen in Erfurt grundsätzlich überlegen, wie wir mit Flüchtlingen umgehen wollen. Die künftige Unterbringung von Asylsuchenden in Erfurt sollte nicht seitens der Verwaltung beschlossen werden. Es bedarf einer politischen Entscheidung, die dem Geist des Flüchtlingsaufnahmegesetzes entspricht.“

(Büschleb, Kracht, Bürgin)

aus: UNZ, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 20/98

KOMMUNALE POLITIK

BIBLIOTHEKEN: Wiesbaden. Jährlich fallen rund 300 Bibliotheken den Sparmaßnahmen in den Kommunen zum Opfer.

Das kritisierte die Jahrestagung des Deutschen Bibliotheksverbandes. Sie sieht einen wesentlichen Grund darin, daß Kulturaufgaben nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehören. Das wäre aber dringend nötig, wie die folgenden Zahlen zeigen: 1997 wurden in Deutschland 284 öffentliche Bibliotheken geschlossen. Gleichzeitig wächst das Interesse an Literatur und anderen Medien. 1997 nutzten zehn Millionen Menschen die Bibliotheken, die 175 Millionen Bücher, Schallplatten und andere Medien entliehen. Dreiviertel aller Kinder und Jugendlichen frequentieren die rund 12.000 Einrichtungen.

STANDORTPROBLEME: Schwangau. Bei einem Bürgerentscheid haben sich 59 Prozent der 2300 Wahlberechtigten gegen den Bau eines 50-Zimmer Hotels unterhalb von Schloß Neuschwanstein ausgesprochen. Prinz Max Emanuel von Thurn und Taxis reagierte daraufhin mit einer irgendwie doch witzigen Drohung: er müsse überlegen, ob für die Familie eine Zukunft in Schwangau möglich sei.

MENSCHENRECHTSPREIS: Weimar. Der Menschenrechtspreis der Stadt Weimar wird am 10. Dezember in Weimar an die Rechtsanwältin Meral Danis-Bestas verliehen. Sie ist seit 10 Jahren in der kurdischen Region Diyarbakir in der Menschenrechtsarbeit aktiv und gleichzeitig Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir, dessen Büro seit Mai 1997 geschlossen ist. Sie wurde von amnesty international als Preisträgerin vorgeschlagen. Nach Angaben von ai ist Frau Danis-Bestas als gefährdet einzuschätzen. Gegen sie und weitere 23 Kolleginnen und Kollegen läuft zur Zeit ein Verfahren vor dem türkischen Staatssicherheitsgericht.

MILITARIA-SAMMLUNG: Karlstadt. 8230 Wahlberechtigte stimmten für und 3276 gegen die Militaria-Sammlung der „Gemeinschaft der Sturmartillerie – STUART e.V.“ im „Katzenturm“ der unterfränkischen Kreisstadt. Bürgermeister Keller ist nun drei Jahre an dieses Votum gebunden und hofft auf Zeiten, wenn „der letzte Sturmartillerist die Waffen für immer gestreckt hat“, so daß der Turm endlich einer guten Verwendung zugeführt werden kann. Das „Aktionsbündnis aller, die nicht schweigen“ jedoch will weiterhin mit Aufklärung und Veranstaltungen gegen die „problematische Geschichtsklitterung“ angehen. Es hatte zwar die Mehrheit des Stadtrates dafür gewonnen, die Militaria-Sammlung sofort zu entfernen. Doch das rief „Veteranen“ auf den Plan, die mit dem ehemaligen Wehrbeauftragten

der Bundeswehr und Karlstädter Ehrenbürger Alfred Biehle an der Spitze über 2000 Unterschriften für den Erhalt des „Traditionsraumes“ sammelten. Sie hatten diesen Raum bei ihren jährlichen Bundestreffen seit 1951 Zug um Zug auf 5 Etagen ausgebaut, so daß Stadtbesucher, die seit 1991 wieder in die Türmerstube aufsteigen können, zwangsläufig damit konfrontiert werden.

RÜCKZUGSRÄUME: München. Nachdem sich die rot-grünen Koalitionspartner in Bonn auf eine Neuorientierung in der Drogenpolitik geeinigt haben, geht die Stadt München davon aus, daß nun endlich die von der Stadt geplanten Rückzugsräume für Schwerstabhängige nicht länger blockiert werden. Die sogenannten „Fixerstuben“, in denen Süchtige unter Aufsicht und unter hygienischen Bedingungen Drogen einnehmen können, scheiterte bislang an der Regierung von Oberbayern. Diese untersagte der Stadt die Einrichtung mit der Begründung, eine solche Praxis sei nicht mit dem Bundesbetäubungsmittelgesetz vereinbar. Die CSU drohte gar mit einem Bürgerentscheid. Mittlerweile hat sich auch die Bundesärztekammer für Rückzugsräume ausgesprochen.

BANNMEILE: Frankfurt/Main. Eine „Bürgerinitiative gegen die Drogenszene am Kaisersack“, der nach eigenen Angaben 29 Geschäftsleute aus dem Bahnhofsviertel angehören sollen, verlangt von der Stadt „die sofortige Beseitigung der Drogensüchtigen aus dem Bereich des Hauptbahnhofs und der Kaiserstraße“ und die „Schaffung einer Bannmeile“. Ordnungsdezernent Corts wertete den Forderungskatalog als „Steilvorlage für die Gefahrenabwehrverordnung“ und unterbreitete der SPD erneut verschiedene „Kompromißvorschläge“. Diese ist weiter der Ansicht, daß Corts zunächst noch mehr Sicherheitskräfte anstellen soll.

PARTNERSTADT: München/Harare. „Harare ist die lebendigste und am besten funktionierende Partnerstadt unter den Münchner Schwesterstädten“, betonte Bürgermeister Monatzeder anläßlich des Empfangs der Sozialreferentin der Stadt Harare. Durch Projektpartnerschaften könne der Erfahrungsaustausch auf einer sehr unmittelbaren Ebene erfolgen. Dazu zähle auch die Kooperation der textilen Ausbildungszentren „Budiro“ und „Chinembiri“ in Harare und „La Shilouette“ in München. München habe zwar nicht unbegrenzt Finanzmittel für diese Partnerschaft. Aber in kleinen Schritten könnte bei so manchen Problemen geholfen werden. Dazu zähle auch der neu gegründete Verein, der Spenden zur Unterstützung von Straßenkindern in Harare sammle. Zusammenstellung: baf

ABFINDUNGEN BALD NUR NOCH EIN VIERTEL WERT? 21

in einer Informationsveranstaltung der IG Metall Heidelberg am 15.10. anwesende Betriebsräte haben einen Protestbrief gegen die in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehene verschärfte Besteuerung von Abfindungen an die Bundestagsabgeordneten der Region sowie die Fraktionen in Bonn unterzeichnet:

Werte Abgeordnete, wer te Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, mit größte Empörung haben die unterzeichnenden Betriebsratsvorsitzenden bzw. stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden aus Metallbetrieben der Region Heidelberg Pressemeldungen entnommen, daß die Verhandlungsdelegationen von SPD/Grünen die verschärfte Besteuerung von Abfindungen bei Kündigungen vereinbart haben: Die derzeitigen Freibeträge von 36000, 30000 und 24000 DM sollen halbiert werden bzw. ab 68000 DM ganz entfallen; außerdem soll der halbe Steuersatz für den Restabfindungsbetrag ebenfalls gestrichen werden... Sozialplanabfindungen sind kein Vermögen, sondern höchstens ein gesetzlich erreichter kleiner Nachteilsausgleich. Entlassenen Kolleginnen und Kollegen wird mit dem Verlust des Arbeitsplatzes schon übel genug mitgespielt. Ab 7.4.1999 werden aber Abfindungen durch eine weitere, noch von der CDU/FDP verabschiedete Verschlechterung des Arbeitsförderungsgesetz zusätzlich zusammengestrichen, indem brutal und ausnahmslos auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird.

Wenn jetzt nach den SPD/Grünen-Plänen auch noch bei der Besteuerung drastische Verschlechterungen hinzukämen, wären die Betroffenen gleich dreifach bestraft. Im Schnitt bliebe von Abfindungen nur noch rund ein Viertel übrig. Bleiben derzeit bei einem Einkommen von 70000 DM pro Jahr, bei 52 Jahren, 18 Jahren Betriebszugehörigkeit von z.B. 67000 DM Abfindung in Steuerklasse I/IV noch 58267 DM übrig, wären es künftig nur noch 18472 DM ...

Was unter der alten Regierung Skandal und Plünde-

rung der arbeitenden Bevölkerung genannt worden ist, kann unter der neuen nicht anders bezeichnet werden. Die vorgeschlagene „Verteilung sog. außerordentlicher Einkünfte wie Abfindungen auf fünf Jahre“ ist für Arbeitnehmer/innen unpraktikabel, Roßtäuscherei und nützt ihnen praktisch nichts. Denn erstens würde auch dann die Abfindung erheblich geschmälert. Zweitens sind unsere Kolleginnen und Kollegen keine Steuer-Abschreibungskünstler bzw. Verteilungsexperten. Und drittens wird der Großteil von ihnen länger oder für immer arbeitslos bleiben und überhaupt kein Arbeitseinkommen zur weiteren Verrechnung mehr haben ...

Der Klau von Entlassungsentschädigungen wäre um so beschämender, wenn die Verhandlungsdelegationen von SPD/Grünen auf der anderen Seite beschlossen haben, bei der privaten Vermögensteuer auf Wiedereinführung zu verzichten, weil sie angeblich „nur 2,3 Mrd. DM“ bringe. Arbeitnehmer/innen aber durch Streichung von Abfindungsfreibeträgen um 600 Mio DM ... zu schröpfen – das kann und darf nicht wahr sein!

Wir ersuchen Sie, Ihre gesamten Fraktionsmitglieder und ihre Parteitage daher abschließend, Ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß derartige Maßnahmen auf keinen Fall Regierungsprogramm und Gesetzestext werden.

SCHEINSELBSTÄNDIGKEIT:

Ein weiteres Urteil gegen die Ausweitung von Scheinselbstständigkeit, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist, fällt das LAG Düsseldorf. Im vorliegenden Fall geht es um die Frage des Kündigungsschutzes.

Ein weltweit operierender Konzern zur Beförderung von Expressgut bedient sich bei der regionalen Auslieferung sogenannter „Nahverkehrspartner“ – überwiegend gewerblich angemeldete Kleintransportunternehmer mit ei-



genem Lkw. Als die Firma einem ihrer „Partner“, einem Ein-Mann-Betrieb, die Zusammenarbeit aufkündigte, klagte der Betroffene dagegen.

In dem Rechtsstreit ging es darum, ob der Lkwfahrer selbständiger Unternehmer ist (so der Konzern) oder Arbeitnehmer, der den gesetzlichen Kündigungsschutz in Anspruch nehmen kann.

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hielt das Arbeitsverhältnis für einen typischen Fall von „Schein-Selbstständigkeit“ (12 [6] [5] Sa 909/96). Nach den Vorstellungen des Expressgut-Konzerns sollten die Fahrer alle unternehmerischen Risiken tragen, die in einem Arbeitsverhältnis dem Arbeitgeber zufielen (so den Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit infolge Umsatzrückgangs oder Rationalisierung, den Einkommensausfall bei Krankheit oder im Urlaub).

Die Vorteile des typischen Unternehmers kämen ihnen aber nicht zugute, weil sie faktisch vom „Auftraggeber“ und seinen Weisungen abhängig seien: Ort und Dauer der Arbeitszeit und das Arbeitspensum habe der Konzern festgelegt. Sogar das Logo des Konzerns habe der Lkwfahrer an seinem Fahrzeug anbringen und eine Firmenuniform tragen müssen.

Das Gesamtbild des Vertragsverhältnisses und dessen praktische Durchführung führten daher zu dem Befund, daß der Fahrer seine Arbeit nicht in eigener Regie gestaltet, sondern in persönlicher Abhängigkeit erledigt habe und als Arbeitnehmer anzusehen sei. Deshalb sei die Kündigung unwirksam.

(LAG Düsseldorf, Urteil vom 4. September 1996 – 12 (6) (5) Sa 909/96 – aus CL-Netz)

„BURN-OUT-EFFEKT“ BEI

PÄDAGOGEN: Die Tatsache, daß immer mehr Lehrerinnen und Lehrer vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und in dessen Folge der Steuerzahler immer höhere Pensionszahlungen aufzubringen hat, führt offensichtlich dazu, daß die Arbeitsbedingungen dieses Berufsstandes

näher beleuchtet werden. Verschiedene Untersuchungen zur gesundheitlichen Situation von Lehrerinnen und Lehrern wurden in den vergangenen Wochen auf entsprechenden Kongressen vorgestellt.

Nach einer Untersuchung des bayerischen Schulpsychologen Meidinger sind 80 % aller Lehrer in Deutschland von dem „Burn-out-Effekt“ betroffen. Ähnlich prekär sei die Situation nur noch in der Berufsgruppe der Polizisten. Die Ursache für diesen „Dauerstreß“ sieht Meidinger darin, daß wir „in einer Zeit der Werteunsicherheit“ leben, wo (Eltern und) Lehrer nicht mehr genau wüßten, wann sie den Kindern Grenzen setzen und einschreiten müssen. Die Lehrer hätten Angst, die Bösen zu sein. Meidinger sieht für diese Angst auch Mängel in der Ausbildung der angehenden Lehrer.

Eine andere Untersuchung bezieht sich auf die Lehrer in den neuen Bundesländern. 40 % engagieren sich in ihrem Beruf mehr als für sie gesund ist, so der Psychologie-Professor Schaarschmidt von der Universität Potsdam. Diese Lehrer überforderten sich oft selbst, könnten zuhause nicht mehr abschalten, keine Distanz zwischen Beruf und Privatleben herstellen. Sie seien nie wirklich zufrieden und fühlten sich nicht richtig anerkannt. Als Ursache für diese überdurchschnittlich hohe Zahl von überengagierten Lehrern in den neuen Bundesländern sieht Schaarschmidt in den besonderen Anforderungen, die die „Wende“ im Erziehungssystem mit sich brachte, und die der Lehrer durch exzessive Verausgabung zu kompensieren versuchten. (*Der Tagesspiegel*, 19.10.98)

Zusammenstellung: alk, har

Zwei Fliegen mit einer Klappe?

Erster Internet-Streik

Ein Forderungsvolumen von 6,5% empfiehlt der Vorstand der IG Metall den regionalen Tariffunkommissionen, die in den nächsten Wochen über die Forderungen zur Tarifbewegung '98/99 entscheiden werden. Auf betrieblicher Ebene werden – besonders dort, wo Unternehmensgewinne stark gestiegen sind – teils auch höhere Forderungen diskutiert. Allgemein wird nach den Reallohnverlusten der letzten Jahre eine reale Erhöhung verlangt und erwartet.

Dabei diskutiert die IG Metall in Baden-Württemberg ein weiteres ehrgeiziges Ziel: in dieser Tarifbewegung einen Angleichungsschritt hin zu einem neuen einheitlichen Entgelttrahmentarifvertrag für Arbeiter und Angestellte zu schaffen. Zum Hintergrund: Die bestehenden Lohnrahmentarifregelungen aus den 60er Jahren mit ihren unterschiedlichen Entgeltgruppen für Arbeiter, kaufmännische Angestellte, technische Angestellte und Meister sowie den unterschiedlichen Leistungsentgelten für Beschäftigte im Zeitlohn, im Akkord und mit Gehalt haben zu großen Verwerfungen zwischen den Beschäftigtengruppen geführt. So nennt die IG Metall folgende Differenz- bzw. Angleichungsbeträge bei einem Vergleich mit der Gehaltsgruppe T3 / 2. Beschäftigungsjahr (Grundentgelte und Leistungszulagen berücksichtigt): kaufmännische Angestellte in K3/2 mit 452 DM minus, Akkordbeschäftigte in Lohngruppe 8 mit 295 DM minus, Zeitlohnbeschäftigte in Lohngruppe 8 mit 753 DM minus. Die Einkommen für Arbeiten mit vergleichbaren Ausbildungsanforderungen sind also gravierend verschieden. Die größten Probleme stellen sich dabei im Zeitlohnbereich.

Nach Jahren ergebnisloser Verhandlungen beraten die IG Metall und der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg derzeit intensiv, aber ohne Information der Öffentlichkeit über neue Entgelttrahmentarifregelungen mit ein-

heitlichen Entgeltgruppen und einheitlichen Leistungsentgelten. Übereinstimmung besteht über das grundsätzliche Ziel einer Vereinheitlichung und einen Teil der Einzelregelungen, wichtige Punkte sind aber weiter strittig. So lehnt der Arbeitgeberverband z.B. grundsätzlich Beteiligungs- und Reklamationsrechte von Beschäftigten und Betriebsräten bei den Leistungsbedingungen ab. In den nächsten Wochen sollen hier Eckpunkte klar sein, damit das weitere Vorgehen diskutiert werden kann.

Die Vereinheitlichung der Entgeltregelungen kann nur in einem mehrjährigen Prozeß erfolgen. Für die anstehende Tarifbewegung diskutiert die IG Metall nun mögliche Angleichungsschritte: So könnte z.B. in einem ersten Schritt die Leistungszulage bei den Zeitlöhnen von heute durchschnittlich 16% auf 20% angehoben werden, um den Abstand zu den anderen Beschäftigtengruppen zu verringern. Außerdem soll die Arbeitswertgruppe II die künftige Untergrenze der Entgeltgruppen sein, was eine Anhebung der heutigen Lohngruppen 1/2 und 3 sowie der kaufmännischen Entgeltgruppen K1/1 und K1/2 bedeuten würde. Dabei geht es (ohne Berücksichtigung unterschiedlicher Leistungszulagen) um Differenzbeträge zwischen 12 und 218 DM. Schließlich sollen die Ausbildungsvergütungen an den Ecklohn angebunden werden, über den Faktor wird noch diskutiert.

Eine Schwierigkeit der Diskussion besteht darin, daß mit den Entgelttrahmentarifregelungen zwangsläufig viele verschiedene Fragen angeschnitten sind und daß die Angleichung heute sehr unterschiedlicher Regelungen die Beschäftigtengruppen verschieden betrifft. Trotzdem führt an der Angleichung und Neufassung kein Weg vorbei, wenn die tariflichen Entgeltregelungen auch in Zukunft die betriebliche Realität bestimmen sollen.

rok

Am vergangenen Mittwoch gab es den ersten Internet-Streik als Arbeitskampfmittel. Diese Aktion wurde von den Beschäftigten des FIRST-Institutes der GMD (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung) auf einer Versammlung verabredet, um gegen die drohende Einkommenskürzung zu protestieren. Wie wir bereits berichtet haben (s. Politische Berichte 18/98), hat das Bonner Innenministerium die Tarifverträge zum 30.9.98 gekündigt. Einer Aufforderung der ÖTV zum Eintritt in Tarifverhandlungen wurde ignoriert.

Der Internet-Streik wird von den Beschäftigten so organisiert, daß nur 86,5% der www-Seiten von GMD zu lesen sind. Dies entspricht der Kürzung von 100 auf 86,5%, die die Beschäftigten im Tarifgebiet zukünftig erhalten sollen.

Der Internet-Streik hat viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Viele lokale wie überregionale Zeitungen, lokale Sender und Fernsehen haben darüber berichtet. Solidaritätsadressen aus der BRD, aber auch von Partnern aus den USA, sind eingegangen.

Die Geschäftsführung, die von dieser Aktion überrascht wurde, versucht die Beschäftigten einzuschüchtern. Ihre Taktik zielt auf Spaltung. Bereits im Vorfeld bot sie dem Betriebsrat der im Westen gelegenen Zentrale an, den BAT wieder Kraft zu setzen.

Wir dokumentieren nachfolgend in großen Teilen die Schilderung der Auseinandersetzung, wie sie die Beschäftigten im Internet dokumentiert haben. (Wer selbst nachschauen will, kann dies unter <http://www.first.gmd.de/persons/mtv/d.html>)

ghar

Dokumentiert:

Warnstreik der GMD-FIRST-Beschäftigten gegen neue Ost/West-Ungleichbezahlung

Die GMD: GMD ist eine Großforschungseinrichtung für Informationstechnik des Bundes mit Beteiligung der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin, sie unterhält in Berlin die Institute FOKUS für offene Kommunikationssysteme und FIRST für Rechnerarchitektur und Softwaretechnik. Letzteres wurde 1992 von Charlottenburg im Tarifgebiet West nach Adlershof in das Tarifgebiet Ost verlegt. In einem Sozialplan wurde eine Besitzstandswahrung für die damaligen Beschäftigten ausgehandelt, die auch die Weiterbezahlung nach Westtarif einschloß. (...)

Kündigung der Manteltarifverträge: Der Aufsichtsrat der GMD stimmte am 4.12.97 mit sehr knapper Mehrheit der Kündigung des MTV für die Angestellten bei der ÖTV zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu. Mit Schreiben vom 25.6.98 kündigte daraufhin das Bundesinnenministerium für die Geschäftsführung diesen Tarifvertrag zum 30.9.98. Darüber



hinaus kündigte es gleich auch noch den MTV für Angestellte bei der DAG und den für Arbeiter, ohne dafür durch den Aufsichtsratsbeschuß ermächtigt zu sein.

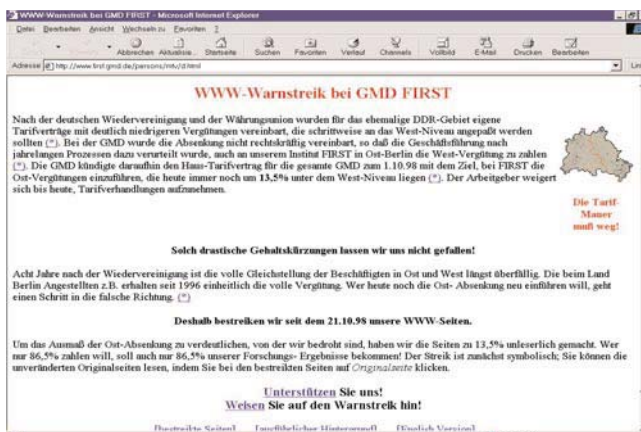
Verbindliche Aussagen über die künftig beabsichtigten Eingruppierungen und Vergütungen gibt es bislang nicht. Die Geschäftsführung äußerte lediglich mündlich, daß bei Vertragsverlängerungen die Beschäftigten von künftigen Tarifierhöhungen ausgeschlossen werden sollen, bis sie langfristig an das Osttarifniveau angeglichen sind; Neueinstellungen sollen grundsätzlich nach Osttarif erfolgen. Nach unseren Informationen prüft die Arbeitgeberseite derzeit, ob darüber hinaus auch bestehende Arbeitsverträge an den Osttarif angepaßt werden können. Darauf angesprochen, wollte ein Vertreter der Geschäftsführung weder bestätigen noch dementieren.

Heute liegen die Ostvergütungen bei 86,5% des Westniveaus.

Einheitliche Lebenshaltungskosten in Berlin: Jede Wiedereinführung des Osttarifs wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Die Spaltung der Tarife in Ost und West ist längst anachronistisch geworden. Die Lebenshaltungskosten in Ost- und West-Berlin haben sich schon lange aneinander angeglichen. Das Land Berlin zog bereits 1996 die Konsequenzen und hob die Gehälter im Ostteil auf Westniveau an. Einzig und allein die vorige Bundesregierung, die nicht müde wurde, die innere Einheit zu beschwören, verweigerte in ihrem Zuständigkeitsbereich die Gleichbehandlung der Mitarbeiter und errichtete neue Tarifmauern zwischen Ost und West. Die jetzige Bundesregierung hat daran bisher noch nichts geändert – offenbar ist sie über die Probleme auch kaum informiert:

Löcher in der Tarifmauer: Nur für Regierungsangestellte? Wie in den letzten Tagen in den Medien berichtet wurde, ist die neue Bundesregierung derzeit auf der Suche nach rechtlichen Möglichkeiten, „ihren“ Ost-Angestellten (große Teile der neuen Regierung werden ihren Sitz in Berlin-Mitte haben) West-Tarif zu gewähren. Angestellte des Bundes, die nicht unmittelbar der Regierung angehören, also auch Wissenschaftler an öffentlichen Forschungseinrichtungen im „Beitrittsgebiet“, hätten dabei das Nachsehen. Die in den acht Jahren nach der Wiedervereinigung etablierte, äußerst komplexe einschlägige Rechtsprechung dürfte ein solches Unterfangen jedoch schwierig, wenn nicht unmöglich machen. Die neue Regierung wird mittelfristig nicht daran vorbeikommen, sich dem Problem der Ost-West-Ungleichbehandlung auf der grundsätzlichen, politischen Ebene zu stellen – schließlich ist es eine ihrer erklärten Zielstellungen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden.

Marktsituation für Informatiker: Be-



reits in der Vergangenheit war der Einfluß der Ost/West-Tarifaueinandersetzung auf die Attraktivität des Instituts spürbar. Wenn jetzt mit dem MTV jede Aussicht auf den Westtarif wegfällt, wird es angesichts der aktuellen Marktsituation für Informatiker schwierig sein, qualifizierte neue Mitarbeiter zu finden. Ähnliches gilt für qualifiziertes Verwaltungspersonal. Um die volle Westvergütung nach BAT zu bekommen, muß man nicht einmal die 1000m westlich bis zur ehemaligen Grenze gehen: 20m von unserem Institut entfernt zog im September das Institut für Informatik der Humboldt-Universität ein, das – unter Landeszuständigkeit – nach Westtarif bezahlt.

Spaltungsversuch der Arbeitgeber: Am 21.7.98 hatte die Gewerkschaft ÖTV die Arbeitgeber zu Verhandlungen über die Wiederinkraftsetzung der Tarifverträge aufgefordert und gleiche tarifvertragliche Regularien für Ost und West verlangt. Das gleiche hatten fast alle Beschäftigten an unserem Institut in einem offenen Brief vom 21.9.98 gefordert. Als Antwort bot das Bundesinnenministerium am 24.9.98 die Wiederinkraftsetzung der GMD-Tarifverträge nur für die Westinstitute an – wir bei FIRST sollen künftig nach Arbeitgeberlaune bezahlt werden. ÖTV und DAG haben sich darüber verständigt, nicht auf diesen Spaltungsversuch einzugehen und stattdessen weiter Tarifverhandlungen für alle GMD-Standorte zu fordern.

WWW-Warnstreik: Auf einer Versammlung der FIRST-Beschäftigten am 14.10.98 haben wir beschlossen, unsere WWW-Seiten zunächst symbolisch bestreiken. Um das Ausmaß der geplanten Gehaltsabsenkungen zu verdeutlichen, sind die Seiten nur zu 86,5% lesbar. Die unveränderten Originalseiten bleiben weiter zugreifbar; Sie können sie lesen, indem Sie bei den bestreikten Seiten auf „Originalseite“ klicken.

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Wenn Sie mit uns der Meinung sind, daß in Ost und West gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden sollte, schicken Sie eine Protest-EMail an GMD-Geschäftsführung und -Aufsichtsrat: (Werner.Gries@bmbf.bund400.de Ekkehard.Warmuth@bmbf.bund400.de senwfk@berlin.snafu.de Wolfgang.Fruehwald@uni-muenchen.de

Ludwig.Hoffmann@veba.de Dieter.Rombach@iese.fhg.de Klaus.Tschirra@kts.villa-bosch.de Heinz-Jürgen.Burkhardt@gmd.de Berthold.Butscher@gmd.de Eva.Huettenhain@gmd.de Rebhan@mwf.nrw.de Bernd.Reuse@bmbf.bund400.de Andreas.Reuter@eml.villa-bosch.de) ... Oder schicken Sie uns eine Unterstützungs-EMail (niko.stumpfoeger@oetv.de), die wir sammeln und veröffentlichen.

Streik der Tischler in Hamburg nach erstem Erfolg ausgesetzt

Für den Erhalt des Flächentarifs

„Nichts geht mehr“, hieß es seit dem 5.10. bei den größeren Tischlereibetrieben nördlich der Elbe. In Hamburg und Schleswig-Holstein wird im Holz- und Kunststoffhandwerk gestreikt. Der Grund für den Ausstand: Die im Fachverband zusammengeschlossenen Unternehmer haben den Tarifvertrag mit der Gewerkschaft Holz- und Kunststoff (ghk) gekündigt und lehnen Verhandlungen ab. Statt dessen haben sie einen für sie günstigeren mit der Christlichen Gewerkschaft (CGD) abgeschlossen, einer Winz-Organisation, die unter den 8000 Arbeitern und Angestellten in der Region kaum vertreten ist. 1,7% Gehaltserhöhung rückwirkend zum 1.8. sieht die neue Vereinbarung vor. Außerdem soll die Wochenarbeitszeit flexibilisiert werden. Statt der 37-Stunden-Woche soll die Arbeitszeit künftig 32 bis 42 Wochenstunden betragen. Folge: Überstundenzuschläge werden erst ab der 43. Wochenstunde statt wie bisher nach der 37. gezahlt. Das zusätzliche Urlaubsgeld wird von 55% des durchschnittlichen Verdienstes der letzten drei Monate auf drei tarifliche Stundenlöhne pro Urlaubstag gekürzt. Und übers Weihnachtsgeld schweigt sich das neue Vertragswerk ganz aus.

Bei der ghk sieht man im Vorgehen der Unternehmer das Ende des Flächentarifvertrags. Dadurch, daß die Christlichen kaum Mitglieder im betroffenen Gewerbe haben, meint der Kieler Gewerkschaftssekretär Michael Börngen, haben die Handwerksmeister praktisch mit sich selbst verhandelt. „Wenn die damit durchkommen, können die in ein paar Jahren den Vertrag ganz kündigen. Dann würden wir vollends ohne Tarifbindung dastehen.“ Im Gegensatz zur CGD kann die DGB-Gewerkschaft auf einen Organisationsgrad von immerhin 30% verweisen, was für das Handwerk nicht so schlecht ist. Allein in Kiel, so Börngen, sind seit Streikbeginn am 5.10. bereits über 50 Neueintritte zu verzeichnen, eine Steigerung um ein Fünftel.

Am Donnerstag, den 8.10., schloß man sich auch in Lübeck und Hamburg an. Insgesamt sind über zahlreiche Kleinbetriebe verstreut ca. 250 Handwerker im

unbefristeten Streik. „Wir konzentrieren uns auf die drei Städte“, meint ghk-Betriebsleiter Jürgen Zülsdorf. Mit Streikposten und Aufklärungsaktionen ist man bestrebt, die Aktion auszuweiten. Die Stimmung sei gut. Auch in den anderen Städten habe es Dutzende von Neueintritten gegeben. „Wir müssen den Meistern direkt dankbar sein, denn so eine Eintrittswelle kennen wir aus dem Handwerk seit Jahren nicht mehr.“ In zwei Betrieben in Hamburg bzw. im Hamburger Umland wurden bereits Haustarifverträge abgeschlossen, in denen die ghk im wesentlichen ihre Forderungen durchsetzen konnte. Dort bleibt es bei der 37-Stunden-Woche, außerdem konnte die 100%ige Lohnfortzahlung bei Krankheit festgeschrieben werden.

Beim Unternehmerverband Holz und Kunststoff zieht man sich darauf zurück, daß sich die ghk ja in die IG Metall auflösen würde. „Dies bedeutet, daß Sie künftig als ‚Metaller‘ die Holzbranche vertreten wollen“, schreiben sie in einem offenen Brief an Zülsdorf. „Wir können dies nicht akzeptieren.“ Am Telefon wollte man beim Verband allerdings weder zum Streik noch zu dieser eigenwilligen Position Stellung nehmen, die der Gewerkschaft die Organisationsstrukturen vorschreiben will.

Bei der Gewerkschaft bestreitet man, daß es für die Meister keine Ansprechpartner aus der Branche mehr geben würde. Es gebe mit der IGM klare Vereinbarungen über die Einrichtung von Branchenausschüssen, so Börngen. Die werden die Tarifkommissionen aus ihren Reihen wählen. Auch in Zukunft werden Tischler selbst über ihre Verträge mit den Verbänden der Gegenseite verhandeln. Der Zusammenschluß sei notwendig geworden, weil die kleinste DGB-Gewerkschaft in den letzten Jahren unter erheblichem Mitgliederschwund zu leiden hatte, verursacht v.a. durch den Abbau von Arbeitsplätzen.

Daß es den Handwerksmeistern weniger ums Geld als um das Aushebeln des Tarifvertrags geht, zeige auch das Kieler Beispiel der Firma Kampowski, berichtet Zülsdorf. Dort hat der Chef die Streikenden mit 2 DM mehr pro Stunde zur Wiederaufnahme der Arbeit überredet. Per Tarifvertrag wollte er das aber nicht festschreiben. „Wir haben die Kollegen gewarnt, aber die haben sich erst einmal von dem Geld blenden lassen.“

Der Streik in Kiel und Lübeck dauert an; in Hamburg wurde er inzwischen unterbrochen. Ein auf Einladung der Arbeits- und Sozialsenatorin Karin Roth zustandene gekommenes Treffen am 15.10. zwischen Vertretern des Fachverbandes für das Holz- und kunststoffverarbeitende Handwerk Hamburgs und der ghk hatte eine gemeinsame Absichtserklärung zum Ergebnis: Danach treten beide Seiten für den Erhalt von Flächentarifverträgen zwischen Gewerkschaft und Fachverband ein. Zur Beilegung des Arbeitskampfes wurde zunächst der Ab-

schluß von Firmentarifverträgen empfohlen. Die Hamburger Arbeitgeberseite sagte zu, sich in den Gremien des Fachverbandes für die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen mit der ghk einzusetzen, um die noch strittigen Fragen zu klären. Damit gab sie die Verweigerungshaltung gegenüber der ghk auf.

Aufgrund dessen setzte die ghk den Streik aus, erwartet jedoch von den Arbeitgebern die umgehende Umsetzung der Vereinbarung, andernfalls soll der Arbeitskampf fortgesetzt werden. Mehrere Firmentarifverträge wurden bereits abgeschlossen.

wop (LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel) und scc (nach einer Presseerklärung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff vom 16.10.)

Widia, Essen

Auseinandersetzung um Sechs-Tage-Woche bei der Widia GmbH

Seit längerem gibt es eine Auseinandersetzung über den Wunsch der Geschäftsführung zur Einführung einer Sechs-Tage-Woche in der Sinterei der Schneidkörper-Fertigung der Widia GmbH in Essen. Inzwischen gibt es etwas Bewegung: Die Betriebsleitung plant auch ohne Vereinbarung einer Sechs-Tage-Woche die Investition eines neuen Sinter-Ofens, der im Jahre 2000 in Betrieb genommen werden soll, und eines weiteren, der im Jahr 2001 einsatzbereit sein soll.

In weiteren Gesprächen mit dem Betriebsrat und den betroffenen Beschäftigten, die Ende Oktober stattfinden sollen, soll es um eine Übergangslösung zur Erweiterung der Kapazitäten gehen – obwohl auch hier der „Teufel“ im Detail steckt. Im folgenden dokumentieren wir einen Artikel aus dem letzten „Betriebsrats-Info“, der einige Argumente gegen die Sechs-Tage-Woche ausführt.

... Im Juli eröffneten die Betriebsleitung des SK-Bereiches und die Geschäftsführung dem Betriebsrat ihre Absicht zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Schon ab 1. September wollten sie ein Schichtmodell einführen, das den Samstag zum Regelarbeitstag machen würde. Dabei favorisiert Herr Orth als verantwortlicher Verhandlungsführer das Schichtmodell, was seit 1994 in der Beschichtung angewendet wird. Was damals absolute Ausnahme bleiben sollte, soll vier Jahre später also weitere Verbreitung finden.

Auch wenn „nur“ 14 Kollegen (einschließlich 3 Neueinstellungen) von dem neuen Schichtmodell betroffen wären:

Zusammen mit den 22 Beschichtern und den 9 Leuten der Wochenendschicht beim Umfang- und Fasenschleifen wären über 12 % der gewerblichen Beschäftigten des SK-Bereiches in regelmäßiger

Wochenendarbeit. Zu recht verweisen die Kollegen aus der Sinterei in ihrem Brief darauf, daß die Zeit für Erholung, Familie und Freizeit durch solche ungünstigen Arbeitszeiten erheblich eingeschränkt werden. Und daß Drei-Schicht-Arbeit, insbesondere Nacharbeit, gesundheits-schädlich ist, ist vom arbeitsmedizinischen Standpunkt aus unbestritten.

Darüber hinaus sind die Kollegen dem Betrieb bereits entgegen gekommen: Sie haben die gleiche Arbeitszeit, wie die Mischungsfertigung und arbeiten 39 Stunden pro Woche, wobei der Ausgleich zur 35-Stunden-Woche über Freischichten erfolgt. Die Betriebsnutzungszeit pro Woche liegt in der Sinterei also schon bei 117 Stunden, mit Zustimmung des Betriebsrates ...

Was sind nun die Gründe der Betriebsleitung und der Geschäftsleitung? Die Sinterei ist seit langem ein Engpaß-Bereich, der Überstundenanteil im letzten Jahr lag bei 27 %. Der Betriebsrat hat deswegen schon vor einem Jahr wiederholt einen neuen Ofen gefordert. Nach hartnäckiger Ablehnung wollen Betriebsleitung und Geschäftsführung dies jetzt auch tun. Ein neuer Ofen ist dabei auch notwendig, um neue Qualitäten herstellen zu können. Damit sich die Investition richtig lohnt und weil nach der derzeitigen Planung für die nächsten Jahre ein Ofen kapazitätsmäßig nicht reicht, halten sie jetzt die Sechs-Tage-Woche für erforderlich.

Der Betriebsrat hat absolut kein Verständnis dafür, daß in diesem Zusammenhang schon wieder gedroht wird, nach dem Motto: Keine Sechs-Tage-Woche – kein neuer Ofen.

Die Investition ist in jedem Fall notwendig, um die Zukunft der Widia zu sichern und um Neuentwicklungen möglich zu machen. Und eine Verlagerung der Entwicklung ist ja wohl nicht geplant, oder?

Fakt ist im übrigen, daß weder in Frankreich noch in den USA in der Sinterei regelmäßige Wochenendarbeit verfahren wird.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die uns vorgelegt wurden, werden von uns derzeit geprüft. Einige Ungereimtheiten gibt es auch bei oberflächlicher Durchsicht. Wenn die ehrgeizige Planung stimmt – für 1999 ein plus von 10 % Umsatz, für die Jahre 2000 und 2001 jeweils 7 % – stellt sich uns jedoch die Frage, warum nicht gleich zwei Öfen investiert werden, bei Beibehaltung der Fünf-Tage-Woche. Eine Rechnung hierzu hat die Betriebsleitung auch angestellt. Danach würde sich für den Bereich Sinterei durch die erhöhten Abschreibungen zunächst zwar eine Erhöhung der Produktionskosten ergeben. Die genannten Umsatzsteigerungen und die damit verbundenen noch höheren Gewinnsteigerungen würden dies jedoch mehr als wett machen.

Den Regelsamstag, um Extraprofite zu erzielen? Das kann es doch wohl nicht sein!

Wechselbad der Gefühle

Die Bundestagsfraktion der PDS ist in einer ersten Einschätzung der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnisgrünen zu folgendem Ergebnis gelangt:

Beim Studium der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnisgrünen sind wir in ein Wechselbad der Gefühle geraten. Die Koalitionsvereinbarung enthält viele wohl formulierte Ziele und eine Reihe konkret angekündigter Gesetzesinitiativen und Maßnahmen, die unsere Unterstützung finden. Sie enthält eine Menge halbherziger und wachswiecher Formulierungen, aus denen im politischen Alltag leicht wieder geflüchtet werden kann. Sie enthält in vielen Bereichen enttäuschende Beteuerungen, es bei der Politik der abgelösten Kohl-Regierung zu belassen. Und sie enthält schließlich riesige Lücken, die den angekündigten Politikwechsel von vornherein unter Pannenverdacht stellen müssen. In der Summe kann jedenfalls nach einer ersten Einschätzung gesagt werden: Die rot-grüne Regierung wird ohne eine kräftige linke Opposition nicht auskommen – eine Opposition, die sie an eigene Versprechen erinnert, die sie zu größerem Mut herausfordert, die ihr mehr neues Denken abverlangt als sie in dieser Koalitionsvereinbarung sichtbar macht, die sie aber auch dort unterstützt, wo sie vom abgewählten konservativen Block innerhalb und außerhalb des Bundestages an vielleicht zaghaften, aber echten Reformprojekten gehindert wird. Die PDS wird ihre Politik gegenüber der neuen Regierung in diesem Sinne bestimmen.

Zu den geplanten Vorhaben der neuen Regierung, die unsere Unterstützung finden könnten, gehören u.a. das Sofortprogramm für 100 000 Ausbildungsplätze, die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Rücknahme einiger Zuzahlungen im Gesundheitswesen sowie des Krankenhaus-Notopfers, die Rücknahme der Einschränkungen beim Kündigungsschutz, die Stärkung der Tarifautonomie und von ArbeitnehmerInnenrechten, die Einführung der Versicherungspflicht für 520/620-DM-Jobs, die Aussetzung der Rentenniveaукürzung, die Erarbeitung eines Konzepts für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die eigenständige Alterssicherung der Frauen, ein effektives Gleichstellungsgesetz für Frauen, die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die bundesweite Einführung von Volksentscheiden, der Ausstieg aus der Atomenergie, die Bekämpfung des Rechtsextremismus, ein Gesetz gegen Diskriminierung

und zur Förderung der Gleichbehandlung von Minderheiten und eine Reihe ökologischer Maßnahmen. Etliche dieser Vorhaben gehen uns zwar nicht weit genug, bei anderen bleibt die Koalition hinter den Versprechungen beider Parteien zurück, wieder andere sind bislang nur schemenhaft genannt. Wir werden darauf drängen, daß sie mehr werden als wohlklingende Ankündigungen. Wir werden die genannten Vorhaben mit antreibender Unterstützung begleiten. Was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betrifft, die die neue Regierung als ihr wichtigstes Ziel genannt hat, bleibt unsere Skepsis nach dem Studium der Koalitionsvereinbarung groß. Das Regierungsprogramm macht keine wirklich umfassenden und strukturverändernden Maßnahmen sichtbar. Im Gegenteil flüchtet es sich stellenweise ausdrücklich in die Fortsetzung der Politik der alten Regierung, die für alle erkennbar die Arbeitslosigkeit nicht bekämpft hat. Auf die Möglichkeit eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors verzichtet die Koalitionsvereinbarung zudem vollständig.

Negativ ist zu bewerten, daß die soziale Stellung der Erwerbslosen in keinem Punkt verbessert werden soll. Die Diskriminierungspolitik der Regierung Kohl gegenüber Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen soll offensichtlich fortgesetzt werden.

Ähnliche Beteuerungen, bisherige Politik fortsetzen zu wollen, finden sich unter dem Stichwort „Deutsche Einheit vollenden“. Mit der bloßen Umformulierung von „Aufbau Ost“ in „Zukunft Ost“ wird jedenfalls keine neue Politik installiert, die das industrielle, soziale, juristische und kulturelle Gefälle zwischen dem Osten und dem Westen unseres Landes behebt. Weder sieht die Koalitionsvereinbarung eine spezielle Wirtschaftsförderung Ost vor noch gibt es ein Bestreben zur Klärung von Eigentumsfragen zugunsten der Ostdeutschen und auch kei-

ne Ansätze zu ihrer Entdiskriminierung. Nicht einmal zu einem Satz zur Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform konnte sich die kommende Koalition durchringen. Offensichtlich will die Koalition entgegen früheren Versprechungen auch nicht die Reste vom Strafrecht im Rentenrecht überwinden und es gibt keine Vorschläge zur Beseitigung der Lücken bei der Rentenüberleitung und des Versorgungsunrechts.

Ein großes Manko der Koalitionsvereinbarung ist die Tatsache, daß SPD und Bündnisgrüne sich nicht wirklich an die Frage der sozialen Gerechtigkeit herantrauen. Sogar die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wird entgegen der Wahlversprechen zumindest so verzögert, daß an eine Realisierung kaum zu glauben ist. Die gesamte Steuerreform folgt keineswegs der Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung des privaten Wohlstands in unserer Gesellschaft. Wo aber verzichtet wird, Reichtum zu begrenzen, wird auch Armut nicht bekämpft werden können. Wo es keine Gerechtigkeit der Einnahmen des Staates gibt, wird auch keine Gerechtigkeit der Ausgaben herbeizuführen sein. Zu befürchten ist deswegen, daß die Verbesserung oder auch nur Bestandssicherung der sozialen Leistungen letztlich in wichtigen Bereichen nicht über die Ankündigung hinauskommen wird. Bei der Kürzung des Rentenniveaus ist dies bereits absehbar, sie ist vorerst nur um maximal zwei Jahre verschoben worden. Eine Steuerreform, die keine Reform der Kommunalfinanzen vorsieht, ist weniger als halbherzig. Das gilt auch für eine ökologische Steuerreform, deren Einnahmen nicht dem ökologischen Umbau dienen sollen.

Es ist daran zu erinnern, daß die neue Regierung ihre Politik mit einer häufig verwendeten Entschuldigungsfloskel startet, die auch der Kohl-Regierung vor 16 Jahren dazu gedient hat, die angebliche Unausweichlichkeit sozialpolitischer Zurückhaltung zu begründen: die Floskel von der „Erblast“, die die neue Regierung übernehme und die ihren Handlungsspielraum einenge. Die Kohl-Regierung hat diese Floskel bekanntlich so lange bemüht, bis sie mit den „Kosten der deutschen Einheit“ eine neue fand. Daß die Kohl-Regierung nicht nur Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut, sondern auch eine leere Staatskasse hinterlassen hat, ist wahr. Wahr ist aber auch, daß sie in einem Teil der Gesellschaft ein nie gekanntes Ausmaß an privatem Vermögen hinterlassen hat und auch dies ist (sogar im Wortsinne) eine Erblast, die eine neue Regierung auf ein verträgliches Maß abtragen könnte.

Wenig bis gar nichts Neues verheißt die



Versicherungspflicht vereinbart

Koalitionsvereinbarung schließlich auf den Gebieten der Außen- und Militärpolitik sowie der Innenpolitik. Die Abstimmung über den NATO-Einsatz in Kosovo hat bereits deutlich gemacht, daß die Koalitionsvereinbarung schon zu dem Zeitpunkt, als sie noch formuliert wurde, in diesem Punkt nicht einmal mehr das Papier wert war, auf dem sie steht: „Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden“ heißt es in der Koalitionsvereinbarung. Der Kosovo-Beschluß des Bundestages, dem die Mehrheit von SPD und Bündnisgrünen zugestimmt hat, ist ein Bruch des Völkerrechts, egal ob er noch zur Ausführung kommt oder (hoffentlich) nicht. Die Koalitionsvereinbarung sieht keine Kürzung der Militärausgaben vor, folglich auch keine Abrüstung, sondern die Fortsetzung der bereits beschlossenen Aufrüstung. Es gibt kein Verbot des Rüstungsexports, nicht einmal eine drastische Einschränkung. Es gibt keine echte Aufwertung der OSZE gegenüber der NATO in der außenpolitischen Orientierung. Die Menschenrechtspolitik rangiert mit vier Pflichtenätzen an untergeordneter Stelle. Es bleibt beim ausgehebelten Asylrecht. Bei der „Harmonisierung der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik“ auf europäischer Ebene fällt der neuen Koalition wie der alten zuallererst die „Bekämpfung illegaler Einwanderung“ ein. Es bleibt beim Großen Lauschangriff und auch bei einer nahezu unveränderten Drogenpolitik. Enttäuschend ist der mangelnde Wille zu Strukturformen im Bildungssystem.

Es ist kein Wunder, daß Gerhard Schröder keine richtige Antwort wußte auf die Frage, ob seine Regierung ein vergleichbares Motto für sich in Anspruch nehmen wolle wie seinerzeit Willy Brandt, der die Absichten der ersten SPD-geführten Koalition mit den Worten „Mehr Demokratie wagen“ zusammenfaßte. Der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnisgrünen mangelt es an Aufbruchstimmung und Erneuerungsmut, für die es in der Gesellschaft durchaus eine Basis und eine Resonanz geben könnte. Sie ist kein großer Wurf, beinhaltet aber eine Reihe kleiner und interessanter Würfe, mit denen neue Debatten ausgelöst werden können.

Die Bundestagsfraktion der PDS wird gegenüber der künftigen rotgrünen Koalition keine bequeme Opposition sein – sie wird es sich selbst aber auch nicht bequem machen. Wir werden alle Projekte der neuen Regierung mit kritischer Sorgfalt begleiten, je nach Lage unsere Unterstützung oder unsere Alternativen einbringen und die gesellschaftliche Diskussion darüber vorantreiben helfen. Die rotgrüne Regierung darf mit einer linken Opposition rechnen, die den Kampf um wirkliche Reformen nicht langweilig werden läßt.

Außenpolitik in der Kritik

Stellungnahmen gegen den Kriegseinsatz im Kosovo

Der abgewählte alte Bundestag wurde für den 16.10. noch einmal zusammengerufen, um den Beschluß der Bundesregierung, daß sich die BRD am Nato-Militärschlag gegen Jugoslawien beteiligt, abzusegnen und dabei vorzuspiegeln, daß die Kriegsgegner, die es in der bündnisgrünen und auch in der SPD-Fraktion immer noch gibt, ihre erste Zerreißprobe vermeiden könnten. In relativ vielen Stellungnahmen wandten sich verschiedene Gruppierungen, vor allem aus der ehemaligen Friedensbewegung, gegen die das Völkerrecht verletzende Kriegspolitik. Einige Stellungnahmen dokumentieren wir ganz bzw. auszugsweise. Trotz der deutlichen Opposition gegen den Militärschlag der Nato und eine deutsche Beteiligung daran fällt auf, daß die Kritik sich auf die Mittel der deutschen Außenpolitik beschränkt und ihre (Expansions-)Ziele weitgehend verschont. scc

Friedenskonferenz protestiert gegen Kosovo-Beschluß des Bundestages: Hände weg vom Kriegseinsatz!

Mit einhelligem Protest reagierte die Friedensbewegung Baden-Württembergs auf den Beschluß des Deutschen Bundestags, sich ggf. am Bombardement der NATO auf Jugoslawien zu beteiligen.

Für die Vertreter von Friedensinitiativen und -gruppen aus dem ganzen Land, stellt dieser Beschluß eindeutig einen Bruch des Völkerrechtes dar (siehe nachstehend dokumentierte Erklärung).

Die Diskussion über den Einsatzbeschluß des Bundestags nahm einen großen Teil der landesweiten Konferenz des Friedensnetzes Baden-Württemberg am Samstag (17. Oktober 1988) im Heilbronn ein. Dazu waren auch Vertreter der Friedensbewegung nahestehenden Bundestagsparteien eingeladen. Winfried Wolf, wiedergewählter Bundestagsabgeordneter der PDS, stellte sich mit seiner Kritik an der überwiegenden Zustimmung zum Einsatzbefehl durch die Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen voll auf die Seite der KriegsgegnerInnen, während die ebenfalls wiedergewählte Angelika Köster-Loßack für Bündnis 90 / Die Grünen den Beschluß mit dem Hinweis auf die drängende Hilfe für die Menschen im Kosovo verteidigte. Ein Vertreter der SPD hatte seine Teilnahme mit dem Hinweis auf den parallel tagenden Landesparteitag der SPD abgesagt.

Angeichts der Zustimmung der Mehrheitsfraktionen des Bundestags zu diesem neuen Kriegseinsatz beschlossen die Friedensgruppen ihre Anstrengungen zur Beendigung des militärischen Interventionskurses der alten Bundesregierung zu verstärken. Dazu sollen 50000 Unterschriften für die sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw gesammelt werden. Der Auftrag dieser Truppe bestehe ausschließlich aus grundgesetzwidrigen Kampfeinsätzen im Ausland. Sie stelle damit die Speerspitze einer militärisch gestalteten Außenpolitik dar.

Das Kommando Spezialkräfte soll auch 1999 im Mittelpunkt der Ostermärsche stehen, mit deren Vorbereitung auf der Konferenz begonnen wurde.

Dieter Lachenmayer

Beschluß zur baden-württembergischen Friedenskonferenz am 17.10.98 in Heilbronn:

Hände weg vom Kriegseinsatz in Jugoslawien!

Die alte Bundesregierung, allen voran Minister Rühle, hat innerhalb der NATO auf einen Militärschlag gegen Jugoslawien gedrängt. Für den jetzt von der NATO und vom Deutschen Bundestag am 16. Oktober beschlossenen Militärschlag stehen 450 Kampfflugzeuge bereit. Der Bundestag hat dem Einsatz von 14 Tornados sowie die Bereitstellung von weiteren Soldaten einschließlich des Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr zugestimmt. Der jetzt beschlossene Militärschlag gegen Jugoslawien bedeutet nichts anderes als Krieg gegen einen souveränen Staat. Für diesen Angriff gibt es weder eine völkerrechtliche Legitimation noch eine sachliche oder eine moralische Rechtfertigung.

Die Friedensbewegung befürchtet:

- Ein Militärschlag wird die Gewalt im Kosovo nicht beenden, sondern eskalieren.
- Ein Militärschlag kann den Flüchtlingen im Kosovo nicht helfen, da er weiteren Haß erzeugen wird.
- Ein Militärschlag bedeutet den Tod vieler Menschen. Er wird weitere Obdachlose und Flüchtlinge produzieren.
- Ein Militärschlag wird nicht die friedliche Konfliktaustragung befördern, sondern die bewaffneten separatistischen Kräfte auf der einen und die serbisch nationalistischen Kräfte auf der anderen Seite stärken.
- Ein Militärschlag gegen Jugoslawien zieht die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des dadurch begonnen Krieges auf den ganzen Balkan und weit darüber hinaus nach sich.

Für diesen Militärschlag gegen Jugoslawien gibt es keine völkerrechtliche Grundlage. Der NATO-Vertrag zwingt

die Bundesrepublik weder, einem solchen Schlag zuzustimmen noch sich daran zu beteiligen. Das Grundgesetz stellt zudem aus gutem Grund die Vorbereitung eines solchen Krieges eindeutig unter Strafe. Um so mehr verbietet sich die Teilnahme deutscher Soldaten an einem Bombardements Jugoslawiens nach einem Blick in die Geschichte.

Wir erwarten von der neuen Mehrheit im Bundestag, daß sie sich an ihre eigenen Parteiprogramme, die Beschlüsse ihrer Parteitage hält. Wir fordern vom neuen Deutschen Bundestag, daß er die am 16. Oktober getroffene Zustimmung zum Militärschlag gegen Jugoslawien zurücknimmt,

Statt Kriegsvorbereitung und Militärschlag sind humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Kriegsoffer, die Unterstützung aller friedensbereiten Kräfte und Beiträge zu einem friedlichen Interessenausgleich unter Beachtung der Souveränität und territorialen Integrität Jugoslawiens notwendig.

NATO-Einsatz ohne UN-Mandat?

Stellungnahme von Staats- und Völkerrechtlern zur Erklärung des amtierenden Außenministers Dr. Klaus Kinkel. Bundesaußenminister Kinkel hat nach dem Kabinettsbeschuß vom 12. Oktober 1998 erklärt:

„Im Lichte des Unvermögens des Sicherheitsrates, seinem Gewaltmonopol bei dieser besonderen notstandsähnlichen Situation gerecht zu werden, fußt die Rechtsgrundlage angesichts der humanitären Krise im Kosovo auf Sinn und Logik der Sicherheitsratsresolution 1160 und 1199 in Verbindung mit dem Gesichtspunkt der humanitären Intervention und einem Mindeststandard in Europa für die Einhaltung der Menschenrechte, dem wir die Qualität eines sich entwickelnden regionalen Völkerrechts beimessen. Dies ist ein Fall, in dem das Völkerrecht ein militärisches Tätigwerden zur Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden humanitären Katastrophe, nachdem alle zivilen Mittel erschöpft sind, ausnahmsweise erlaubt.“ (vgl. u.a. FAZ vom 13.10.1998, S. 2)

Auch wenn es – nach dem offenbaren Einlenken des jugoslawischen Regimes von Milosevic – nicht zu einem NATO-Militäreinsatz gegen Jugoslawien kommen sollte, muss festgehalten werden, dass diese Erklärung von Minister Kinkel nicht ausreichend ist, um eine Teilnahme der Bundeswehr zu rechtfertigen. Eine Teilnahme ohne UN-Mandat würde – worauf Herr Kinkel bis vor kurzem selbst zu Recht immer wieder hingewiesen hat – gegen geltendes Völkerrecht und zugleich auch gegen innerstaatliches Recht verstoßen.

Im einzelnen:

1. Die UN-Sicherheitsrats-Resolutionen 1160 und 1199 enthalten gerade keine Ermächtigung zum Einsatz mi-



NATO Aufklärungsflugzeug über Jugoslawien

litärischer Gewalt nach Art. 42 oder Art. 53 UN-Charta. Die entsprechenden Bemühungen der USA haben im Sicherheitsrat bezeichnenderweise nicht die erforderliche Zustimmung gefunden. Angesichts dieser Beschlußlage ist es unzulässig, unter Berufung auf „Sinn und Logik“ den Regelungsgehalt der Resolution umzuinterpretieren.

2. Auch auf den Gesichtspunkt der „humanitären Intervention“ – also die Anwendung bewaffneter Gewalt zur Verhinderung oder Beseitigung massiver Menschenrechtsverletzungen in einem fremden Staat – kann ein Militärschlag nicht gestützt werden. Während in der Staatenpraxis und in der Völkerrechtsdoktrin vor dem Inkrafttreten der UN-Charta (1945) die gewaltsame „humanitäre Intervention“ durch Einzelstaaten umstritten war, ist seitdem ein grundlegender Wandel der Völkerrechtslage eingetreten. Denn dem strikten völkerrechtlichen Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 UN-Charta unterfällt nunmehr „jede“ Art der Anwendung von Waffengewalt gegen einen anderen Staat, sofern in der UN-Charta keine rechtfertigende Ausnahme vorhanden ist. Als völkerrechtlicher Rechtfertigungsgrund für einen nach der UN-Charta zulässigen Gewalteinsatz kommt bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen nur eine ausdrückliche Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat nach Art. 42 oder Art. 53 UN-Charta in Betracht, das „Selbstverteidigungsrecht“ gegen einen „bewaffneten Angriff“ auf einen anderen Staat nach Art. 51 UN-Charta greift vorliegend nicht ein. Die weit überwiegende Mehrheit der Völkerrechtler geht heute deshalb zu Recht davon aus, dass militärische Interventionen ohne ausdrückliches Mandat des UN-Sicherheitsrates gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoßen, das zugleich eine „allgemeine Regel des Völkerrechts“ im Sinne von Art. 25 GG darstellt.

3. Vor einer Aufweichung des Gewaltverbots durch die Konstruktion eines „Rechts auf humanitäre Intervention“ kann auch im Hinblick auf die Folgen nicht entschieden genug gewarnt werden. Es würde z.B. iranische Interventionen in Afghanistan und im Irak, indische in Sri Lanka usw. rechtfertigen. Was der NATO und den USA recht ist, müßte das Rußland und der GUS, China, Indien, Pakistan und einer islamischen Allianz nicht billig sein?

4. Falsch ist es auch zu behaupten, dass der Schutz der Menschenrechte ein „sich entwickelndes regionales Völkerrecht“ darstelle, das in Abweichung von der UN-Charta militärische Gewaltausübung erlaube. Richtig ist, dass der Menschenrechtsschutz eine ganz grundlegende Entwicklung des gesamteuropäischen regionalen Völkerrechts ist. Aber diese Entwicklung ist gerade nicht durch militärische Aktionen durchgesetzt worden; Gewaltausübung ohne UN-Mandat hat es in Europa bisher nicht gegeben. Davon abgesehen setzt das Entstehen von Völker(gewohnheits-)recht sowohl eine gefestigte gemeinsame ständige Staatenpraxis als auch eine entsprechende gemeinsame Rechtsüberzeugung voraus. Daran fehlt es gerade hinsichtlich eines NATO-Einsatzes ohne UN-Mandat.

5. Wer im Hinblick auf das u.a. von Rußland im UN-Sicherheitsrat wahrgenommene Veto-Recht von einem „Mißbrauch“ oder einer „notstandsähnlichen Situation“ redet, sollte vorsichtig sein. Müßte er dann nicht in gleicher Weise urteilen, wenn es etwa um durch amerikanisches Veto wiederholt verhinderte Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates zum Verhalten Israels im Nahost-Konflikt oder der Türkei im Kurdenkonflikt geht? Richtig ist freilich: Das in der UN-Charta aus historisch erklärbaren Gründen verankerte Veto-Recht der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates bedarf – rechtspolitisch betrachtet – der Korrektur.

6. Falsch ist es schließlich zu behaupten, dass der militärische Einsatz der NATO erforderlich sei, weil alle nicht-militärischen Mittel erschöpft seien. Es fehlt bislang an der Entwicklung eines hinreichenden (nicht-militärischen) Konzepts für die Entschärfung des Kosovo-Konflikts durch die interessierte Staatengemeinschaft. Zwar sind zur Erhöhung der Verhandlungsbereitschaft des jugoslawischen Regimes einzelne nicht-militärische Sanktionsmaßnahmen verhängt worden, die bisher nicht hinreichend gegriffen haben, nicht zuletzt deshalb, weil ihre Einhaltung nicht ausreichend überwacht worden ist. Zudem ist das Spektrum möglicher nicht-militärischer Sanktionen keineswegs erschöpft. Schließlich sind sog. positive Sanktionsmöglichkeiten bisher überhaupt nicht oder jedenfalls nur unzureichend in Erwägung gezogen worden, ob-

wohl sie durchaus zur Verfügung stünden (z.B. Angebote an die Konfliktparteien auf vorteilhafte Kooperationsmöglichkeiten mit der EU für den Fall der aktiven Mitwirkung an einer friedlichen Lösung des Kosovo-Konflikts).

7. Deutschland hat sich in Art. 2 des 2+4-Vertrages vom 12. September 1990, der völkerrechtlichen Grundlage seiner staatlichen Vereinigung, verbindlich verpflichtet, dass – „von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ und dass – „das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Das darf nicht in Frage gestellt werden.

8. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Out-of-Area-Urteil vom 12. Juli 1994 herausgestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland nach Art. 24 Abs. 2 GG einem „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ beitreten dürfe. Dann seien auch Einsätze der Bundeswehr erlaubt, „die im Rahmen und nach den Regeln des Systems stattfinden“. Das ist eine tragende Erwägung des Urteils. Mit der Beteiligung am NATO-Einsatz im Kosovo spricht sich die Bundesrepublik Deutschland erstmals von den Regeln dieses Systems frei. Eine Rechtfertigung im Rahmen eines Systems der kollektiven Sicherheit ist nicht ersichtlich. Das kann in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden.

Erstunterzeichner:

Prof. Dr. Michael Bothe (Universität Frankfurt/Main), Dr. Peter Becker, Rechtsanwalt und Notar (Marburg), Prof. Dr. Edmund Brandt (Universität Lüneburg), Dr. Dieter Deiseroth (Düsseldorf), Prof. Dr. Erhard Denninger (Universität Frankfurt/Main), Prof. Dr. Götz Frank (Universität Oldenburg), Prof. Dr. Erich Küchenhoff (Universität Münster), Prof. Dr. Norman Paech (HfWP Hamburg), Prof. Dr. Helmut Ridder (Universität Giessen)

Nur eine zivile Politik mit Perspektive kann den Frieden in Kosovo langfristig sichern

Eine Stellungnahme zum aktuellen Kosovo-Konflikt aus dem Bereich von Friedensforschung und Friedensbewegung

(...)Vielen Analytikern des Konfliktes ist bewußt, dass er leicht zum Auslöser für einen großen Balkan-Krieg werden könnte. Diese Erkenntnis signalisiert gleichzeitig, dass er nicht im engen Rahmen des Kosovo allein gelöst werden kann. Die vielfältigen Verwerfungen und Spannungen auf dem Balkan bedürfen einer weiten politischen Perspektive zu ihrer Lösung. Die nationalistischen Rivalitäten gilt es aufzulösen zugunsten einer kooperativen Haltung zur Entwicklung der ganzen Region. Die Menschen aller Gruppierungen und Völker müssen dadurch begreifen, daß sie gegeneinander nur verlieren werden, aber im Mit-

einander über ethnische Grenzen hinweg alle gewinnen können. Dazu bedarf es der Unterstützung aus ganz Europa und darüber hinaus.

Die Perspektive besteht im Beginn einer Balkan-Kooperation, die als sicher sehr langfristiges Ziel eine Verbindung mit der EU ermöglicht. Daran können sich alle Staaten und Völker beteiligen, die kooperationsbereit sind und auf gewaltsamen Konfliktaustrag verzichten. Hierüber ist mit den Gesellschaften, also den BürgerInnen in Serbien, Montenegro, in Kosova und den anderen Balkanstaaten ein offener und öffentlicher Dialog in den vielfältigsten Formen so zu entwickeln, daß er nicht von den Herrschenden unterbunden werden kann. Die Menschen selbst müssen ihr Interesse an einer solchen Perspektive begreifen und deshalb für Frieden und Versöhnung eintreten. Das wäre gleichzeitig ein großer Schritt in Richtung Demokratisierung und zunehmender gegenseitiger Toleranz. Beide sind wesentliche Schlüssel zur Befriedung des Balkans.

Aus dem Ausland, aus den vielen Staaten Europas muß die Botschaft von oben und unten kommen: Wir sind an der Seite derer, die auf Gewalt verzichten, ihren Geschwisterkampf beenden und sich zur Kooperation zusammenfinden. Diese Botschaft muß ganz ausdrücklich die serbische Bevölkerung einschließen und ansprechen. Dies hätte eine enorme sozialpsychische Bedeutung, um das Trauma, Serbien müßte sich gegen die ganze Welt verteidigen, überwinden zu können. In diesem Zusammenhang sollte auch die baldmöglichst Rückkehr der Jugoslawischen Föderation in die OSZE auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das politische Instrument, um eine solche Kooperation in Gang zu setzen, könnte eine institutionalisierte Dauerkonferenz sein, wie sie im Ost-West-Konflikt in der Form der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“ (KSZE, heute OSZE) recht erfolgreich praktiziert wurde. Diese Konferenz hätte die Aufgabe, die Fundamente für eine gemeinsame Entwicklung zu erarbeiten, die mit einem „Balkan-Marshall-Plan“ verwirklicht werden sollte. An diesem Vorhaben können sich alle europäischen Staaten beteiligen, die auf Gewalt gegeneinander verzichten. Dort ginge es nicht mehr um den scheinbar ethnischen Konflikt zwischen kosova-albanischer, serbischer Bevölkerung usw., sondern um den Dialog zwischen kooperationsbereiten Kräften auf dem Balkan. – Von der EU sollten Konsultationsgespräche über eine solche Balkanzusammenarbeit, erforderliche Vorbereitungsschritte und Verfahren eingeleitet, aber auch die Bereitschaft zur materiellen Unterstützung eines solchen Vorhabens signalisiert werden. (...)

Die Entfaltung einer Perspektive für zukünftige Entwicklung und Vertrauensbildung gehören zusammen. Darum ist es wichtig, daß auf vielen Ebenen (Kirchen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Wis-

senschaft, Medizin, Wirtschaft usw.) Serien von Zusammenkünften organisiert werden, in welchen Erwartungen und Möglichkeiten der Entfaltung von Zusammenarbeit erörtert werden. Ganz in diesem Sinne sind alle Kräfte und Gruppierungen, die sich für eine friedliche, zivile Lösung einsetzen, zu unterstützen. Dies kann durch die Bereitstellung finanzieller Mittel erfolgen, durch Einladungen ins Ausland, um den Gruppen ein internationales Forum zu geben, durch Bereitschaft der Medien, die gewaltfreie Arbeit bekannt zu machen, durch die Ausrichtung von Regionalkonferenzen, auf denen sich Friedens- und Anti-Kriegsgruppen, Gruppen aus verschiedenen Staaten der Region besprechen und Zusammenarbeit vereinbaren können usw. Dabei muß die eigenständige Arbeit solcher Gruppen respektiert und Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden.

Um eine solche Entwicklung zu ermöglichen, muß der aktuelle Konflikt um den Status des Kosovo entschärft werden, ehe er später unter der neuen Perspektive überprüft und geregelt werden kann. Es erscheint daher sinnvoll, gegenwärtig eine vorläufige, möglichst großzügige Autonomie-Regelung zu vereinbaren, die in bestimmten Intervallen entsprechend den gemachten Erfahrungen und der neuen Entwicklung im Rahmen der KSZE für Südost-Europa zu überprüfen ist. In diesem Zusammenhang sollte der serbischen Seite die Aufhebung der verhängten Sanktionen zum frühestmöglichen Zeitpunkt in Aussicht gestellt werden. Die humanitäre Hilfe, die die kosova-albanische und serbische Bevölkerung gegenwärtig benötigt, ist nicht nur unter dem Aspekt die Menschen dort, der Linderung von Not zu begreifen, sondern auch als ein Signal an die europäische Politik, daß sie nun ein neues Verhältnis zu den Balkanstaaten sucht, das nicht mehr auf Militäraktionen und geopolitischen Interessenskalkülen wie in der langen Vergangenheit beruht, sondern auf der Einsicht, daß die europäische Zusammenarbeit allen Menschen und Völkern in diesem Kontinent zu dienen hat. Das ist freilich eine große Herausforderung an alle Europäer.

Erstunterzeichner/innen: Prof. Dr. Astrid Heide-Albrecht, TU Berlin, Prof. Dr. Ulrich Albrecht, FU-Berlin, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung, Prof. Dr. Elmar Altvater, FU Berlin, Prof. Dr. Hanne-Margret Birkenbach, Prof. Dr. Andreas Buro, Friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Dr. Dieter Deiseroth, Richter am OVG, Prof. Dr. Erich Küchenhoff, Universität Münster, Prof. Dr. Dieter S. Lutz, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) in Hamburg, Dr. Regine Mehl, Dr. Reinhard Mutz, IFSH, Hamburg, Prof. Dr. Horst-berhard Richter, Direktor des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt/M., Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen des Versöhnungsbundes, Klaus Vack, Bürgerrechtler, Sensbachtal, Dr. Christian Wellmann, SCHIFF, Kiel Kontakt: Andreas Buro, Graevenwiesbach, T. 06086-3087 und Clemens Ronnefeldt, Krastel, T. 06762-2962

Belgrad – Traum oder Alptraum

Von Franz-Karl Hitze

Der stilisierte Kofferranhänger über der Silhouette der Stadt auf dem Titelbild läßt erkennen, wo die Reise hingeht. Belgrad, die weiße Stadt an Donau und Save, wurde von der Herausgeberin für ein literarisches Städtebild ausgewählt. Ursula Rütten läßt sechs Belgrader, zwei Frauen und vier Männer, erzählen, wie sie Belgrad erlebt, gelebt und aus der Ferne betrachtet haben. Leser, die Belgrad kennen, finden sich bei den Spaziergängen durch die Stadt mit der Geschichte und Kultur historischer Stätten verbunden. Plätze, Parks und monumentale Bauten aus der Jahrtausendwende und der Neuzeit werden lebendig.

Die sechs Autoren wie die Herausgeberin gehören unterschiedlichen Generationen an. Fast ist man geneigt zu sagen, Väter, Söhne und Töchter betrachten die Stadt aus unterschiedlicher Sicht. Zu ihnen gehören Ivan und Andrej Ivanji, Vater und Sohn, beide Germanisten, Journalisten und Literaturwissenschaftler. Ivan, der Vater, auch als ND-Autor bekannt, zeichnet das Belgrad der Vierziger und der Gegenwart. Er schwelgt in Erinnerungen, wie er als kleiner Junge ein Autoren am Kalemegdan, der alten Festung aus dem Mittelalter, erlebt hat; erinnert sich an die Bombardements der deutschen Luftwaffen am 6. April 1941, dem Tag des Naziüberfalls auf Jugoslawien; an die bombenwerfenden „fliegenden Festungen“ der US-Air-Force im Oktober 1944, die helfen wollten, die deutschen Besatzer zu vertreiben, aber mehr

zivile Ziele als Anlagen der Wehrmacht trafen.

Aus Wien, seinem Emigrationsort, nach Belgrad kommend, erlebt er von Mal zu Mal den verkommenen Flair seiner Heimatstadt. Gerade in den vergangenen Jahre des Bürgerkrieges haben über 200.000 meist junge Menschen ihr Land verlassen. Ivan Ivanji kommt zu der Erkenntnis, daß sich nach diesem Aderlaß der Organismus der Stadt lange nicht erholen kann (S. 79). Vorbehaltslos verurteilt er den Terror der berüchtigten Belgrader „Freischärlertruppen“, den „die Tiger“ in Bosnien ausgeübt haben. Er ist erschrocken, daß „Belgrad“ heute in der westlichen Welt für „Aggression“ steht. Ungerechterweise, wie er meint, „... weil es nicht die besten Belgrader waren, die diese aggressive Politik angefangen und betrieben haben“. Bei seiner Positionsbestimmung verweist Ivanji darauf, „daß nicht die Stadt ... pauschal schuldig gesprochen werden (darf), sondern einige aus der Provinz hergereiste Politiker“ (S. 86). Eine mutige Position, die ihm sicher nicht neue Freunde verschafft. Ähnliche sind bei anderen Autoren, wie bei seinem Sohn Andrej Ivanji, zu finden. Andrej ist aus Liebe Ansichten zu seiner Geburtsstadt wieder aus jahrelanger Emigration zurückgekehrt. Auch Borka Pavićević, eine montenegrinische Theaterfrau, lebt in und schreibt über Belgrad, das, wie sie meint, in einer namenlosen „Region“ zu einem schwarzen Fleck zu

verkommen scheint.

Den letzten Beitrag in diesem Buch verfaßt die Herausgeberin selbst. Sie stellt, was viele andere vor ihr versäumt haben, den jüdischen Stadtteil Dorćel vor. Dort lebten vor dem Zweiten Weltkrieg 1939 noch insgesamt 10.388 Juden. Bis auf wenige wurden sie von der SS und ihren Helfern 1941 ermordet.

Das Buch ist mehr als eine Lektüre für unterwegs. Es macht nachdenklich, wenn man an die völkerrechtswidrigen Drohgebärden der NATO denkt, Serbien für die Politik seiner „hergereisten“ Führer mit Bomben und Raketen zu bestrafen. Ursula Rütten (Hrsg.), *Belgrad, mein Belgrad*, EVA:Rotbuch-Verlag GmbH, Hamburg 1998, br. 217 Seiten, Preis 29,80 DM.

Franz-Karl Hitze, Diplomgesellschaftswissenschaftler und Journalist, ist zusammen mit Heinz Kühnrich Autor des bei GNN erschienen Buches: Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945



Rundreise von Gewerkschaftern aus Diyarbakir

In der Zeit vom 29. Oktober bis 17. November besuchen drei Gewerkschaftskollegen die Bundesrepublik: Mehmet Isiktas, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsdachverbandes KESK in der Türkei und Vorsitzender von Haber-Sen Diyarbakir (Gewerkschaft für Telekommunikation und Postwesen), Celalettin Birtane, Vorsitzender von Encrji Yapi-Yol-Sen Diyarbakir (Gewerkschaft für Energie und Straßenbau), und Sefik Türk, Vorstandsmitglied von Egitim-Sen Diyarbakir (Erziehungsgewerkschaft). Sie folgen einer Einladung des DGB Heidelberg, des DGB Karlsruhe, der HBV und ÖTV Hamburg und der GEW München. Die Kollegen hatten einen solchen Informationsbesuch angeregt, nachdem

seit Jahren Gewerkschaftsdelegationen aus der Bundesrepublik in die „heimliche kurdische Hauptstadt“ Diyarbakir gekommen waren.

Die Kollegen werden berichten über die äußerst schwierige Arbeit der Gewerkschaften in den kurdischen Ausnahmezustandsgebieten, die ständigen Bedrohungen, Festnahmen, über Folter bis hin zum Verschwindenlassen und zu offenen Mord an KollegInnen. Ein weiteres Thema werden die menschenunwürdigen Lebensbedingungen in Diyarbakir und den kurdischen Ausnahmezustandsgebieten sein, die durch Vertreibung, Dorfzerstörungen und das dadurch hervorgerufene millionenfache Flüchtlingselend entstanden sind. Zu den Fragen der Gewerkschafts- und Menschenrechte ist unsere Solidarität nötig. Allein die Erziehungsgewerkschaft Egitim-Sen hat in Diyarbakir 26 von „unbekannten Tätern“ ermordete Mitglieder zu beklagen.

Die Arbeit der Gewerkschaften wird

durch die Ausnahmezustandsbehörden in Diyarbakir ständig behindert, teilweise völlig unterbunden. Zwei Beispiele: Zum Antikriegstag 1997 und auch 1998 wurden alle Gewerkschaftsvorstände und die Mitglieder des Dachverbandes KESK vorübergehend verhaftet. Der Antikriegstag stand in beiden Jahren unter dem Motto: Frieden und für die Brüderlichkeit der Völker! In diesem Jahr wurden nur von der Gewerkschaft Egitim-Sen in der Zeit von Januar bis April 23 Kolleginnen und Kollegen wegen ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit aus Diyarbakir verbannt. Die rechtliche Grundlage dafür gibt das Ausnahmezustandsrecht. Der „Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand“ in Diyarbakir hat sie kurzerhand an Hunderte von Kilometern entfernte Orte im Westen der Türkei versetzt und ihnen jegliche weitere Gewerkschaftstätigkeit untersagt. Unter ihnen befand sich auch der bis dahin amtierende Vorstand von Egitim-Sen.

Ein weiteres Anliegen der Kollegen

Den folgenden Bericht über eine Veranstaltung des Deutschen Freidenkerverbandes in Köln entnehmen wir den *Lokalberichten Köln*. Den Vortrag, über den hier berichtet wird, hielt Günter Baumann.

Das Thema war für mich zunächst irritierend. Denn unter Anthropologie verstehe ich eine Wissenschaft, die den Menschen selbst zum Gegenstand ihrer Forschung hat. Was soll das mit Kritik der Religion zu tun haben? Und dennoch. Genau hier ist der Ansatz bei Feuerbach. Er begreift den Menschen als ein Wesen, das mit seiner Welt in einen sinnlichen Zusammenhang tritt. Feuerbach: „Ich brauche zum Denken die Sinne, vor allem die Augen, gründe meine Gedanken auf Materialien, die wir uns stets nur vermittelt der Sinnen-tätigkeit aneignen können, erzeuge nicht den Gegenstand aus dem Gedanken, sondern umgekehrt den Gedanken aus dem Gegenstand, aber Gegenstand ist nur was außerhalb dem Kopfe existiert. (...) Auf dem Gebiete der eigentlichen theoretischen Philosophie gilt mir im direkten Gegensatz zur Hegelschen Philosophie, wo gerade das Umgekehrte stattfindet, nur dieser Realismus, der Materialismus im angegebenen Sinne.“

Mit diesem Ansatz kommt er zu einer Kritik der Religion, wie sie mir neu oder zumindest in gewisser Weise bisher fremd war. So in seiner 1841 erschienenen Schrift „Das Wesen des Christentums“ (kann heute im Buchhandel wieder gekauft werden). Von seinem anthropologischen Ansatz ausgehend, besieht er sich den religiösen Menschen und kommt so zu seiner Analyse: „Du glaubst an die Liebe als eine göttliche Eigenschaft, weil du selbst liebst, du glaubst, daß Gott ein weises, ein gütiges Wesen ist, weil du nichts Besseres von dir kennst als Güte und Verstand, und du glaubst, daß Gott existiert, daß er also Subjekt oder Wesen ist – ... –



Ludwig Feuerbach

Anthropologie und Kritik der Religion

weil du selbst existierst, selbst Wesen bist. (...) Die Notwendigkeit des Subjekts liegt nur in der Notwendigkeit des Prädikats.“

Nach meinem Verständnis meint Feuerbach hier: Wir stellen uns Gott als etwas Wirkliches vor, weil nur durch seine angenommene physische Existenz, die uns notwendigen Prädikate (ich liebe, ich bin gütig etc.) faßbare Eigenschaften werden. Der Mensch projiziert in Gott ihm notwendige Eigenschaften. So werden Prädikat und Subjekt eins. Dieser Gott hat sich historisch mit der Menschheitsentwicklung daher notwendig auch verändert. Und daher meinte Feuerbach: „Solange dem Menschen das Prädikat eines bloßen Naturmenschen zukommt, solange ist auch sein Gott ein bloßer Naturgott. Wo sich der Mensch in Häuser schließt, da

schließt er auch seine Götter in Tempel ein. (...) Mit der Erhebung des Menschen aus dem Zustande der Roheit und Wildheit zur Kultur, mit der Unterscheidung zwischen dem, was sich für den Menschen schickt und nicht schickt, entsteht gleichzeitig der Unterschied zwischen dem, was sich für Gott schickt und nicht schickt. (...) Ein wahrer Atheist, d.h. ein Atheist im gewöhnlichen Sinne, ist daher auch nur der, welchem die Prädikate des göttlichen Wesens, wie z.B.: die Liebe, die Weisheit, die Gerechtigkeit Nichts sind, aber nicht der, welchem nur das Subjekt dieser Prädikate Nichts ist. Und keineswegs ist die Verneinung des Subjekts auch notwendig zugleich die Verneinung der Prädikate an sich selbst. (...) Wenn aber Gott als Subjekt das Bestimmte, die Qualität, das Prädikat aber das Bestimmende ist, so gebührt ja in Wahrheit dem Prädikat, nicht dem Subjekt der Rang des ersten Wesens, der Rang der Gottheit.“

Diese Ansicht Feuerbachs hat in der Diskussion die Frage entstehen lassen, ob Feuerbach einen pantheistischen Ansatz vertrete, wonach Gott in allen Dingen der Welt existiert. Ich meine: Feuerbach hat dargelegt, daß der sich seiner selbst bewußt werdende Mensch kein Subjekt Gott mehr braucht und daher auch keinesfalls pantheistisch eingestellt ist.

Feuerbach hielt selbstbestimmtes Wollen unabdingbar für ein glücklich geführtes Leben des Menschen: „Vernunft, Wille, Liebe oder Herz sind keine Kräfte, die der Mensch hat – denn er ist nichts ohne sie, er ist, was er ist, nur durch sie.“

Hieran entzündete sich eine Diskussion um die gesellschaftlichen Verhältnisse in der früheren DDR. Wenn der Mensch nur durch seine Vernunft etc. Mensch ist, wie in Feuerbachs anthropologischer Vorstellung vom Menschen, dann ist das Kommunistische Manifest in der DDR zumindest mißverstanden worden: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

So gesehen, hätte die DDR auch unter Berufung auf Feuerbach die freie Entfaltung des einzelnen fördern können und damit zugleich etwas gegen die Religiosität unternommen, die zu ihrem Untergang zumindest beigetragen haben dürfte. Dennoch hat die DDR für die Bildung und Ausbildung der Menschen weitaus mehr getan als die sich ausschließlich am Profit und individueller Verwertbarkeit orientierende Schul- und Weiterbildungspolitik in der kapitalistischen BRD. Dennoch scheint mir das Kommunistische Manifest eben doch eine ungeklärte Aufgabenstellung zu enthalten, deren Lösung für jeden sozialistischen Neuanfang nach meiner Meinung entscheidend ist. Sie zu lösen, wird im Sinne von Feuerbach die Religiosität und die Macht der Religionen und der Esoterik entscheidend schwächen.

b., *Lokalberichte Köln*

aus Diyarbakir ist die staatliche Anerkennung des Gewerkschaftsdachverbandes KESK. KESK vertritt über 500.000 Mitglieder im Bereich der staatlichen Dienste und Unternehmen in der Türkei. Der Verband ist bisher nicht offiziell anerkannt worden. Auch hier können entscheidende Impulse zur Unterstützung aus Europa kommen. Eine Anerkennung des Verbandes würde z.B. auch eine Vertretung bei der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf bedeuten. Dieser Schritt kann von den Gewerkschaften aus Europa unterstützt werden. Damit wäre der Alleinvertretungsanspruch des regierungstreuen Gewerkschaftsverbandes Türk-Is gebrochen, was einen bedeutenden Fortschritt für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei bedeuten würde.

Die Kollegen aus Diyarbakir werden während ihrer Rundreise Gespräche mit Gewerkschaften und Parteien führen. Über die obigen Themen werden sie auf Veranstaltungen sprechen und für Dis-

kussionen zur Verfügung stehen. Sie werden auch die Gedenkstätte in Buchenwald besuchen.

Gespräche und Veranstaltungen sind vorgesehen in:

- 30.10. Bonn,
- 2.11. Mannheim,
- 3.11. Karlsruhe,
- 4.11. Heidelberg,
- 5. und 6.11. München,
- 9. und 10.11. Hamburg,
- 10. und 11.11. Berlin,
- 12.11. Dortmund oder Essen,
- 13.11. Frankfurt / Main,
- 16.11. Bonn.

Veranstaltungen sind bisher geplant in

- Mannheim, 2.11., 19.00 Uhr im Bürgerhaus,
- Neckarstadt-West, Lutherstraße,
- Karlsruhe, 3.11., 19.00 Uhr im DGB-Haus,
- Großer Saal, Ettlinger Straße
- Heidelberg, 4.11., 19.00 Uhr,
- München, 5.11. bzw. 6.11.
- Hamburg, 9.11., 19.00 Uhr im Curio-Haus,
- Rothenbaumchaussee
- Berlin, 10.11. bzw. 11.11.

rub

Setkaní – Treffen deutscher und tschechischer Linker –
Schwanthalerstr. 139 Rgb., 80339 München, Fax 089-5028112

Soeben erschienen:

Deutsch-Tschechische Nachrichten Nr. 2

Aus dem Inhalt:

- „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“ (Willy Brandt) – Von Prof. Horst Schneider, Dresden
 - 60. Jahrestag des Münchner Abkommens – Veranstaltung in München – Manifestation in Cheb – Erklärung des VVN-Bundesvorstands
 - Tschechische Presse: Wem gehört die tschechische Presse? (Postmark Prague/PP) – Pressefest der Zeitung „Haló noviny“: Woher kommt der Name „Haló noviny“? (PP) – Haló noviny – oder wo ist „Rudé právo“ geblieben? (PP) – „Postmark Prague“ stellt sich vor (PP)
 - Tschechische Wirtschaft: Jetzt offiziell in der Rezession (PP) – Prognosen zum Bruttoinlandsprodukt nach unten korrigiert (PP) – Transnationale heizen den Einzelhandelskrieg an (PP)
 - Jahrestreffen des Witikobunds verhindert (Antifaschistische Aktion Ulm/Neu-Ulm)
 - Deutsche Minderheitenpolitik – Von Hunno Hochberger
- Erscheint monatlich. Jahresabo für 30 DM (Förderabo: 60 DM), zusätzliche Exemplare kosten 0,80 DM/Exemplar. Probeexemplar kostenlos. Zu bestellen bei GNN Verlag Stuttgart oder Setkaní München.

Zum Vormerken: Winterschule, ARGE-Treffen:

Sonntag, 3. Januar 1999, 14 Uhr bis Mittwoch, 5. Januar 1999, Abreise am 6. Januar.

Ort:

Jugendherberge „R. Breitscheid“ in 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25
Themen in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte

3.-22. November: Friedenswochen, Veranstaltungen der Friedensinitiativen

3. November: Wahlen zum US-Kongreß

7. November: 80 Jahre Räterevolution 1918–1998, Veranstaltungen und Aktionen

7. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

9. November: Gedenken an die Reichspogromnacht, Mahnwachen und Veranstaltungen

9. – 13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

11. – 16. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

14./15. November: Sie reden vom Frieden und planen den Krieg – Kongreß der Informationsstelle Militarisation im Gemeindehaus Lamm in Tübingen, Infos unter Tel: 07071-49154

20./21. November: 7. isw-Forum: Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende mit Prof. Karl Georg Zinn, Michael Wendt u.a. Gewerkschaftshaus München. Infos: 089-130041

27. – 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

5./6. Dezember 98: 4. Kasseler Friedensforum. Bundesweiter Ratschlag der Friedensbewegung

8. Dezember: SPD-Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

11./12. Dezember: EU-Gipfel in Wien – Europaweite Euromarsch-Aktivitäten dagegen

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

23./24. Januar 1999: Europäische Konfe-

renz der Euromarschinitiativen gegen Erwerbslosigkeit in Köln

7. Februar 1999: Landtagswahl Hessen

9. Februar 1999: 100 Tage Prüf-Plakette bundesweite Aktionen der Arbeitslosen-Gruppen zur Bewertung der Taten der Bundesregierung

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln. Die Bundesregierung führt dort den Vorsitz. Aktionen der Euromarschbewegung.

6., Juni 1999: Bürgerschaftswahl in Bremen

13. Juni 1999: Europawahlen, Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

18./20. Juni 1999: Weltwirtschaftsgipfel in Köln. Ein bundesweites Bündnis bereitet Protestaktionen vor.

13. Juni 1999: Europawahlen

Juli 1999: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW

19. September: Landtagswahl in Sachsen

September 1999: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVen in Berlin

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Herbst: Landtagswahlen im Saarland und in Thüringen

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030/69 40 10 39, Fax: 030/69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43 18 88 20, Fax: 040/43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711/62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Für Abos etc: Bitte neue Anschrift des GNN Verlags Stuttgart beachten!
GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Telefon- und Faxnummer bleiben.